

16/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 16. Sitzung/ Tag 2 – öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend

Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

16. Sitzung/ Tag 2 – öffentlicher Teil

Mittwoch, 28. Feber 2007

Gesamtdauer der 16. Sitzung/ Tag 2:

11.08 Uhr – 17.45 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 04 02

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Mag. Dr. Martin Graf

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria
und weitere Finanzdienstleister**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

16. Sitzung/ Tag 2 – öffentlicher Teil

Mittwoch, 28. Feber 2007

Gesamtdauer der 16. Sitzung/ Tag 2:
11.08 Uhr – 17.45 Uhr

Lokal VI

Die 16. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister wird am Mittwoch, den 28. Februar 2007, fortgesetzt, und zwar um 11.07 Uhr. Die Beratungen finden zunächst – bis 11.21 Uhr – unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

11.22

Obmann Mag. Dr. Martin Graf leitet – um 11.22 Uhr – zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, die **Auskunftsperson Dr. Kurt Pribil** in den Sitzungssaal zu bitten.

Der Obmann teilt mir, dass Dr. Pribil Akte, wie verlangt, im Original mitbringe. Diese würden im Sitzungssaal aufgelegt. Dr. Pribil habe auch Kopien mitgebracht, auf denen es aber keine Faksimilespezifizierung gebe, sodass der Ausschussobmann darum ersucht, dass die Parlamentsdirektion den übergebenen Kopiesatz für die Fraktionen entsprechend vorbereiten und dann zur Verfügung stellen möge. Alle anderen Kopien, die diesen Schutz nicht hätten, würden eingezogen, so der Obmann.

(Die **Auskunftsperson Dr. Kurt Pribil** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Bernd Träxler** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann ersucht Auskunftsperson und Vertrauensperson darum, den Inhalt der mitgebrachten Schachteln auf die Tischpulte neben ihrem Platz zu stellen – sowie den Verfahrensanwalt darum, zu überprüfen, ob die Originale mit dem Kopiesatz übereinstimmen. Wenn das der Fall sei, dann benötige man keine Einsichtnahme mehr in die Originale, denn die Kopien würden, mit Faksimilespezifizierung, sowieso verteilt.

Der Obmann dankt Herrn **Dr. Kurt Pribil** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und fragt, ob sich hinsichtlich der Personalien seit der letzten Einvernahme von Dr. Pribil irgendeine Änderung ergeben habe, was die Auskunftsperson **verneint**.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Pribil, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (*Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Sodann ersucht der Obmann um die Personalien der Vertrauensperson.*

Vertrauensperson Dr. Bernd Träxler: Mein Namen: Bernd Träxler; Anschrift: 1170 Wien; Geburtsdatum: 9.10.1973; Angestellter der Finanzmarktaufsicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage die Mitarbeiter dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Träxler als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Herr Abgeordneter Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Auskunftsperson Traumüller hat in ihrer Einvernahme am Montag, den 26. Feber, nachdem sie mehrere Fragen zum Verschmelzungsvorgang und zur Spaltungsbilanz nicht beantworten konnte, dem Ausschuss Herrn Dr. Träxler als mögliche Auskunftsperson vorgeschlagen.

Wir haben vor, diesem Vorschlag von Herrn Traumüller nachzukommen – und insofern ist, glaube ich, diese Vertrauensperson auszuschließen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn man sagt, „wir haben vor“, so ist das noch nicht gewährleistet – und dann gibt es keinen Ausschließungsgrund. Wenn es einen Antrag gibt, der beschlossen wird, dass der Betreffende vorgeladen wird ... (*Abg. Krainer: Nein, das stimmt nicht, was Sie sagen!*)

Noch einmal: Das hat der Ausschuss zu **beschließen**, und die Fraktionen werden dazu eine Meinung haben, und der einzelne Abgeordnete, so sehr es Sie erstaunen mag, hat auch eine Meinung dazu, aber ich sage Ihnen klipp und klar: Solange man nur mit einer Absicht schwanger geht, ist das Kind noch nicht auf der Welt!

Das heißt also, wenn man beabsichtigt, Herrn Dr. Träxler zu laden, dann soll man einen **Ladungsantrag** einbringen, dann werden wir darüber befinden – und dann gibt es eventuell einen Ausschlussgrund. Wenn allerdings ein solcher Beschluss **nicht** vorliegt, dann ist – sozusagen auf bloßen Verdacht hin – eine Vertrauenspersonen **nicht** auszuschließen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Könnten Sie, Herr Vorsitzender, bitte noch einmal die Frage vorlesen, die Sie gestellt haben, auf die ich mich gemeldet habe?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die hat doch jeder verstanden! (*Abg. Rädler: Wir haben Sie verstanden! Krainer muss halt aufpassen!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Darf ich Sie ersuchen, noch einmal diesen Passus, der ja offensichtlich der Geschäftsordnung entnommen ist, vorzulesen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das steht in der Geschäftsordnung Verfahrensordnung Untersuchungsausschuss, § 14 betreffend Vertrauenspersonen; das wurde wörtlich wiedergegeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Muss ein **Beschluss** vorliegen, dass diese Person auszuschließen ist? – Ich glaube nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es muss ein Beschluss vorliegen, um diese Person auszuschließen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Führen wir jetzt gerade eine Geschäftsordnungsdebatte ab? (*Abg. Rädler: Sie haben begonnen!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist relativ einfach zu beantworten, Herr Abgeordneter Krainer: Wenn Sie der Meinung sind, dass eine Person als Vertrauensperson auszuschließen ist, dann müssen Sie einen **Antrag** einbringen – und über diesen wird dann abgestimmt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Passus ist – und deswegen habe ich Sie ersucht, diesen noch einmal zu verlesen; aber das wollen Sie nicht tun, ist in Ordnung –, dass eine Vertrauensperson auszuschließen ist, wenn ein Mitglied der Meinung ist, dass diese Person möglicherweise selbst als Auskunftsperson geladen werden wird.

Das ist seit der Sitzung von vergangendem Montag offensichtlich der Fall, weil die Auskunftsperson Traumüller Fragen **nicht** beantworten konnte, darauf verwiesen und dem Ausschuss vorgeschlagen hat, dass, wenn es darüber hinaus Fragen gibt – die es ja ganz offensichtlich gibt, und zwar nicht nur von meiner Fraktion, sondern auch von der der Grünen –, die kompetente Ansprechperson Herr **Dr. Träxler** wäre.

Ja, wir wollen Herrn Dr. Träxler hören zum Thema Verschmelzungsvorgang beziehungsweise Spaltungsbilanz, und zwar auf Empfehlung von Herrn Dr. Traumüller. Und damit ist Dr. Träxler als Vertrauensperson auszuschließen.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Für eine solche Vorladung gibt es keinen Antrag, der ist nicht vorhanden, aber es gibt jetzt die Möglichkeit, dass Sie einen **Beschlussantrag** stellen – und das sollten Sie vielleicht tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist meines Wissens nach **nicht notwendig**, dass bereits eine Ladung dieser Person **beschlossen** sein muss. – Geht das aus der Geschäftsordnung hervor?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Begründet haben Sie das, Herr Kollege Krainer, aber Sie haben noch keinen **Antrag** gestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also ich kann das gern noch formell so wiederholen. Erklärt habe ich das bereits, ich glaube, durchaus plausibel und auch wenig überraschend, weil das ja relativ logisch ist auf Grund der Befragung am Montag, dem 26., wo zwar nicht alle, aber doch die meisten anwesend waren, und wir wollen Dr. Träxler hören, habe ich bereits gesagt. Und deswegen ist er meiner Meinung nach quasi automatisch als Vertrauensperson auszuschließen, und ich ersuche den Ausschuss, wenn das notwendig ist ... (*Obmann Dr. Graf: Nein, einen automatischen Ausschluss, Herr Kollege Krainer, gibt es nicht!*)

Ich stelle den **Antrag** an den Ausschuss, einen solchen Beschluss, wenn das von der Geschäftsordnung her so vorgesehen ist, zu fassen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt jetzt also den Antrag des Abgeordneten Krainer auf Ausschluss der Vertrauensperson Dr. Träxler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): § 14 Abs. 2 lit. a der Verfahrensordnung verlangt die **Voraussichtlichkeit** der Ladung. Die Voraussichtlichkeit einer Ladung ist dann gegeben, wenn nicht bloß jemand ankündigt, ihn vielleicht laden zu wollen, sondern wenn der Ausschuss das bereits **beschlossen** hat; dann ist die Voraussichtlichkeit hinreichend konkretisiert. Und noch bildet der Ausschuss seinen Organwillen durch **Mehrheitsbeschluss**.

Es kann diese Voraussichtlichkeit dann geklärt werden, indem man einen Ausschlussantrag stellt. Das ist jetzt – endlich! – geschehen. Bis jetzt hat es ja keinen solchen Antrag gegeben. Die bloße Ankündigung, dass jemand **vor hat**, eine Ladung eventuell in Erwägung zu ziehen, ist **keine Voraussichtlichkeit**.

Abgeordneter Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Hoher Ausschuss! Es war ja von Haus aus klar, dass es eine Fraktion hier in diesem Ausschuss gibt, die ein strategisches Interesse daran hat, aus dem größten wirtschaftlichen und politischen Skandal in der Geschichte der Zweiten Republik, der sich eindeutig in einem bestimmten politischen Umfeld ereignet hat, einen „**Skandal der FMA**“ zu machen.

Wir werden eine solche Strategie natürlich nicht mittragen – das habe ich hier schon mehrmals verkündet –, und daher werden wir auch diesem Antrag des Herrn Kollegen Krainer **nicht zustimmen**, ein Antrag, der eindeutig wieder in die Richtung geht: Versuchen wir, von der BAWAG abzulenken und einen Skandal der FMA daraus zu konstruieren!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich möchte sagen, dass ich eine gewisse Sympathie habe für das, was Kollege Krainer geäußert hat, weil ich bei der Befragung letztes Mal Herrn Traumüller gefragt habe, wer die Sachbearbeiter für die Bewilligung dieser Verschmelzung gewesen sind. Eine vollständige Liste der Personen wollte er uns noch schicken, sodass wir uns auch überlegen, wen wir laden wollen.

Aber nun zur Verfahrensordnung selbst. Ich denke, dass die Passage, „wer voraussichtlich als Auskunftsperson im Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss geladen wird“, nicht so streng zu sehen ist, denn hätte der Gesetzgeber das streng gemeint, dann hätte er nicht formuliert, „geladen wird“, sondern „geladen ist“.

Im Übrigen würde mich interessieren, wie unser Herr Verfahrensanwalt diese Passage in der Verfahrensordnung interpretiert und wie er das sieht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Hoher Ausschuss! Wir haben in der Vergangenheit schon mehrmals Fälle gehabt, wo wir die Verfahrensordnung strapazieren mussten, weil in der Verfahrensordnung nicht immer und überall und für alle Situationen ausreichend Klarheit geschaffen ist. Daher würde ich schon vorschlagen, dass wir uns an die Buchstaben der Verfahrensordnung halten. Ich erinnere nur daran, dass, was den Ausschluss der Ersatzmitglieder betrifft, auch nicht ausreichend Vorsorge geleistet ist, wie das zu handhaben ist. Daher bin ich schon dafür, dass wir uns an die Verfahrensordnung halten, weshalb man auch dem Antrag des Herrn Kollegen Krainer **nicht zustimmen kann**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte nur auf die Konsequenz aufmerksam machen, die lautet: Man hätte ja diesen Antrag früher stellen können, dann hätte nämlich Herr Dr. Pribil die Möglichkeit gehabt – und das ist jetzt wirklich ein Anliegen in punkto Fairness der Auskunftsperson gegenüber –, sich um eine **andere Vertrauensperson** umzuschauen.

Ich hätte größtes Verständnis dafür, wenn sich Herr Dr. Pribil dann, wenn man ihm sozusagen in laufender Sitzung die Vertrauensperson „hinausschießt“, an den Verfahrensanwalt wendet und sagt, dass jetzt seine Rechte, die sich aus der Verfahrensordnung ergeben, schwerwiegend verletzt sind, denn er hat das Recht, eine Vertrauensperson mitzubringen; diese habe man aber soeben hinausgeschickt. Da würde Dr. Pribil mit Recht einmahnen, dass man dann die Sitzung unterbricht und einen neuen Ladungstermin ausmacht. – Ob so etwas allerdings Sinn macht, weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir machen hier immer wieder die Erfahrung, dass unmittelbare Mitarbeiter, die tatsächlich potentiell als Anhörungsperson zur Verfügung stehen könnten, als Vertrauenspersonen mitgenommen werden.

Im Kommentar der Verfahrensordnung steht, dass man da im Auge hatte, rechtsfreundliche Vertrauenspersonen zu benennen und/oder Angehörige.

Ich mache jetzt den Vorschlag, die Sitzung für rund 15 Minuten für eine Fraktionsführerbesprechung zu unterbrechen. (*Verfahrensanwalt Dr. **Brustbauer**: Können wir zuerst noch die Meinung ... – Abg. **Krainer**: Der Antrag ist **sofort** abzustimmen! Mein Antrag ist **sofort** abzustimmen!*)

Ich bitte alle Fraktionsführer, zu mir zu kommen. Die Sitzung ist **unterbrochen**.

11.38

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.38 Uhr **unterbrochen** und um 11.54 Uhr als **nichtöffentliche** Sitzung **wieder aufgenommen**. Fortsetzung: 11.54 Uhr bis 11.56 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil**.)

11.57

Obmann Mag. Dr. Martin Graf leitet – um 11.57 Uhr – zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über – und ersucht darum, die Auskunftsperson Dr. Pribil sowie deren Vertrauensperson wieder in den Saal zu bitten.

Der Obmann stellt fest, dass heute kein Einwand gegen die Vertrauensperson Dr. Träxler vorliege, und fragt, ob unter den Ausschussmitgliedern darüber Konsens bestehe. – Kein Einwand.

Der Obmann erinnert – in Fortsetzung der Belehrung der Vertrauensperson – auch Dr. Träxler an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlichen falschen Aussage habe Dr. Träxler bereits zuvor mithören können. Diese Belehrung werde auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könne daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Dr. Träxlers Aufgabe als Vertrauensperson sei die **Beratung** der Auskunftsperson. Dies schließe aber nicht das Recht ein, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Dr. Träxler sich nicht daran halte, könne er vom Ausschuss als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sollte die Vertrauensperson der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, dann habe sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser werde, falls er es für erforderlich halte, den Ausschussobmann informieren.

Der Obmann richtet an Dr. Träxler ausdrücklich das Ersuchen, sich auf die Position der **Vertrauensperson** zu beschränken, der Auskunftsperson nur dann, wenn diese um Rat frage, diesbezüglich zur Verfügung zu stehen und sich im Übrigen an den Verfahrensanwalt zu wenden. (*Dr. **Träxler**: Ja!*)

Herr Dr. Pribil, Sie haben vor Eingang in die Befragung grundsätzlich die Möglichkeit, eine Sachverhaltsdarstellung aus Ihrer Sicht über den Untersuchungsgegenstand darzulegen. – Wollen Sie davon Gebrauch machen?

Dr. Kurt Pribil (Vorstand der Finanzmarktaufsicht): Heute nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Sichtung der Originalakte, um davon Kopien anzufertigen, dauert doch etwas länger: Der Verfahrensanwalt muss sich voll auf seine

Aufgabe bei der Anhörung der Auskunftsperson konzentrieren, sodass wir übereingekommen sind, dass im Anschluss an die Sitzung dieses Procedere mit dem Abgleich der Unterlagen fortgesetzt und dann erst seitens der Parlamentsdirektion das Kopieren der Unterlagen für die einzelnen Abgeordneten durchgeführt wird.

Nunmehr kommen wir zur Befragung. – Herr Kollege Krainer ist am Wort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Vorstand Pribil, könnten Sie uns bitte, kurz erläutern, welche Unterlagen Sie heute dem Ausschuss vorlegen? Was ist der Inhalt dieser Unterlagen – und wieso werden diese erst heute vorgelegt?

Dr. Kurt Pribil: Wir haben die Management-Gespräche umfassend geliefert; das ist in dem Ordner drinnen. Ausgenommen davon ist der bankaufsichtliche Prüfbericht des Jahres 2001, weil wir den bereits an das Parlament gesendet haben. Der Inhalt dieser Unterlagen ist das Ergebnis der jeweiligen Management-Gespräche plus die vorbereitenden Unterlagen.

Zu Ihrer letzten Frage – warum wir sie erst jetzt geliefert haben –: Wir haben uns immer bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen und auch in Absprache, ein bisschen koordinierend mit BMF und OeNB und auch mit dem Parlament, das zu liefern, was genau gefordert worden ist, weil es sicher auch eine große Herausforderung für unsere Mitarbeiter ist.

In einer der Aufforderungen an die FMA sind **die Protokolle** – ich möchte nicht spitzfindig sein: **die Protokolle** – gefragt worden, und die Protokolle der Management-Gespräche haben wir geliefert. Aber es ist selbstverständlich – das ist, glaube ich, in einer der letzten Befragungen herausgekommen und war der Wunsch der Parlamentarier –, dass wir auch **die vorbereitenden Unterlagen** liefern. Diesem Wunsch sind wir nachgekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Liegt in der Zwischenzeit ein Protokoll des Management-Gesprächs vom 24. Oktober 2003 vor?

Dr. Kurt Pribil: Nein, es liegt noch kein Protokoll vor. (*Die Auskunftsperson spricht sich kurz mit der Vertrauensperson.*) – Da gibt es keines.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, aber ich frage an und für sich die Auskunftsperson, und immer bekomme ich die Antwort von Herrn Dr. Träxler. – Wenn Sie es nicht wissen, dann sagen Sie mir bitte, Sie wissen es nicht. Aber es geht nicht, dass die Antworten immer souffliert werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht gehen wir wirklich diesen Weg, dass wir die eigenen Wahrnehmungen des Herrn Dr. Pribil oder sein eigenes Wissen hören wollen, wenn er Auskunft gibt: Er persönlich weiß es jetzt nicht, aber er kann sich **kundig** machen; das steht ihm zu.

Dr. Kurt Pribil: Darum würde ich bitten. Vielleicht ist das Vorgehen möglich, dass ich sage: Okay, das weiß ich momentan nicht; darf ich mich beraten?

Sie haben mir jetzt ein Datum genannt, und das Datum kenne ich nicht auswendig.

Ich weiß – wenn ich diese Antwort noch ergänzen kann –, dass es **ein** Protokoll nicht gibt. Das ist nicht erfreulich, sage ich auch ganz offen. Das hat ein Mitarbeiter, von dem wir uns inzwischen getrennt haben, der bei diesem Management-Gespräch dabei war, **nicht gemacht**. – Aber nicht allein deshalb haben wir uns von ihm getrennt; das ist klar.

Das ist uns passiert, und das ist nicht in Ordnung. Daher liegt dieses Protokoll jetzt auch im Nachhinein nicht vor, weil wir es einfach nicht haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zur nächsten Frage: Es gibt Gerüchte, die ich nicht teile, das sage ich ausdrücklich; ich möchte sie nur in den Raum stellen, damit Sie sie dementieren können, weil ich davon ausgehe, dass Sie nein sagen; ich habe dann auch keine weiteren Fragen dazu, ich möchte Sie nur irgendwie mit diesem Gerücht konfrontieren.

Die Frage ist: Haben Sie Herrn Schüssel vertrauliche Unterlagen und Informationen aus der FMA zukommen lassen? – Weil Sie als Vertrauensperson des früheren Bundeskanzlers gelten.

Dr. Kurt Pribil: Definitiv: nie und nimmer!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Danke sehr; etwas anderes habe ich auch nicht erwartet.

Am 1. August 2006 ist in der „Kleinen Zeitung“ ... (Abg. **Rädler:** *Warum fragen Sie dann?*) – Das geht auf meine Redezeit, Herr Kollege Rädler! Machen Sie Zwischenrufe, wenn Kollege Stummvoll dran ist!

Am 1. August 2006 ist in der „Kleinen Zeitung“ ein Artikel erschienen, in dem ein Kredit der KPMG bei der BAWAG aufgeschienen ist, angeblich nicht in der richtigen Höhe et cetera, aber nichtsdestoweniger. Dr. Wagner von der KPMG hat ausgesagt, dass er sehr bald danach mit Ihnen telefoniert hat – 1. 8., 2. 8., in dem Bereich – und Sie damit konfrontiert hat. Ich darf hier zitieren, dass Sie ihm Folgendes gesagt hätten auf die Frage, woher diese Informationen an die Zeitung kommen – ich zitiere jetzt wörtlich aus dem Protokoll der 15. Sitzung auf Seite 111 –:

„DDr. Martin Wagner: Von der FMA nicht. Es gibt Informationen, die durch verschiedenen Kanäle hinausgehen. Es kann das Ministerium sein, es kann die Staatsanwaltschaft sein, es kann die OeNB sein, und damit ist der Kreis so groß, dass Sie sich nur noch so helfen können, eine Anzeige gegen Unbekannt zu machen.“

Haben Sie während dieses Telefonats geklärt, dass diese Informationen nicht von der FMA hinausgehen sind?

Dr. Kurt Pribil: Ich möchte kurz bleiben, aber darf Ihnen ein bisschen den Sachverhalt, wie er sich mir erinnerlich darstellt, präsentieren.

Wir haben über die Notenbank – was absolut korrekt ist – die Kredite, die an die KPMG gegangen sind, mitgeteilt bekommen, mit der Vermutung oder dem Hinweis, der Möglichkeit, dass es hier zur wirtschaftlichen **Abhängigkeit** des Wirtschaftsprüfers kommen könnte. Wir haben daher unmittelbar – was wir auch mussten – Schritte eingeleitet und ermittelt. Die Ermittlungen haben dann ergeben, dass diese Abhängigkeit **nicht** gegeben ist.

Soweit ich mich jetzt erinnern kann, im besten Wissen und Gewissen, habe ich mit Dr. Wagner sogar zweimal telefoniert. Einmal im Vorfeld, während der Ermittlungen und weit vor der Berichterstattung in den Medien; da hat er mich auf die Sensibilität hingewiesen, und ich habe ihm natürlich gesagt: Das verstehe ich voll, und wir werden alles unternehmen, damit das auch vertraulich bleibt. Ich habe dann auch angeordnet, dass es einen Verschlussakt gibt und dass wir diese Sache höchst sensibel behandeln. Darum habe ich mich schon im Vorfeld gekümmert.

Er war dann natürlich beim zweiten Mal erbost darüber – was ich verstehe –, dass diese Zahlen oder zumindest Daten oder Informationen darüber in der „Kleinen Zeitung“, glaube ich, erschienen sind. Ich habe ihm dann nur gesagt: Unser Problem ist, dass diese Informationen natürlich in mehreren Organisationen vorhanden sind. – Sie haben es absolut richtig zitiert. Ich möchte die anderen auch nicht beschuldigen! Das Problem ist nur – und das haben wir in anderen Fällen auch gehabt –: Wenn der

Multiplikator größer ist, dann ist eben die Wahrscheinlichkeit sehr groß und für uns kaum mehr nachvollziehbar, wo es passiert ist.

Aber wir nehmen diese Sache sehr ernst, und wir kümmern uns darum, dass Dinge dieser Art – bei uns ist es schon seit Jahren so – nicht passieren. Ich weiß, dass es in anderen Fällen auch passiert ist. Wir gehen da FMA-intern sehr strikt vor.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In diesem konkreten Fall: Welche genauen Prüfungsschritte haben Sie da unternommen, um auszuschließen, dass das aus den eigenen Reihen kommt?

Dr. Kurt Pribil: Erstens einmal: Wir haben schon im Vorfeld, wie ich gesagt habe, einen Verschlussakt gemacht. Wir haben das auch in verschiedenen Sitzungen zur Sprache gebracht – noch einmal einen Appell an die Mitarbeiter gerichtet –, und wir kontrollieren das laufend.

Außerdem haben wir eine sehr strikte Politik, zum Beispiel – ich nenne nur drei Punkte; es sind mehrere – die **Clean-Desk-Policy**: Es darf nichts herumliegen, denn es kann natürlich sein, dass Informationen „per Zufall“ – unter Anführungszeichen – nach außen dringen. Wir haben Vertraulichkeits-Bereiche, eine sehr straffe Compliance-Ordnung, und wir haben auch nur drei Personen – und da gehen wir ganz besonders rigoros vor –, die Kontakt mit den Medien aufnehmen dürfen – es sei denn, es gibt eine fachliche Auskunft nach Rücksprache –, und das sind Herr Grubelnik und die beiden Vorstände.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es hat keine konkrete Untersuchung zu diesem Fall gegeben?

Dr. Kurt Pribil: Ich kann nicht bei jeder Möglichkeit – ich bitte um Verständnis, es waren in der letzten Zeit leider sehr viele Daten in der Öffentlichkeit –, ohne einen Hinweis zu haben, Mitarbeiter nachhaltig beschuldigen, dass sie Daten nach außen gebracht haben; die Informationen können, wie gesagt, von verschiedenen Seiten gekommen sein. Und das stärkste Instrument – und das haben wir schon vorher gemacht – ist der Verschlussakt. Diese Daten sind nur ganz wenigen – ich möchte jetzt nicht lügen, ich weiß nicht wie vielen –, nur einer Handvoll Personen bewusst gewesen, mit denen wir natürlich auch direkt oder indirekt über den Abteilungsleiter gesprochen haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gibt es darüber einen schriftlichen Bericht?

Dr. Kurt Pribil: Soweit ich weiß, gibt es darüber keinen schriftlichen Bericht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Am 1. September 2006 hat die Zeitung „Österreich“ in ihrer ersten Ausgabe auf Seite 9 unter dem Titel „SPÖ-Kredit bei BAWAG“ konkrete Zahlen über Verbindlichkeiten der SPÖ bei der BAWAG veröffentlicht. Darüber wurden sehr detaillierte Informationen veröffentlicht. Am 11. September hat der Rechtsanwalt der SPÖ, Gabriel Lansky, einen Brief an die OeNB und auch an Sie, an die FMA, gesendet mit der Bitte, diesen Informationsfluss aufzuklären. Die OeNB hat diesen Brief beantwortet, Sie haben ihn auch beantwortet und haben vehement ausgeschlossen, dass die Informationen aus der FMA gekommen wären. Wie konnten Sie das feststellen?

Dr. Kurt Pribil: Auch dazu, erster Teil meiner Antwort: weil wir schon Vorkehrungen FMA-intern getroffen haben, dass das nicht passiert. Aber kein System der Welt – ich lege aber trotzdem, sage ich gleich, für meine Mitarbeiter meine Hand ins Feuer – kann 110-prozentig ausschließen, dass ein Mitarbeiter am Abend beispielsweise mit irgendjemandem telefoniert. Das glaube ich aber nicht, denn wir haben alles getan,

dass diese Dinge nicht passieren; wenn Derartiges auffliegt, dann gehen wir ganz rigoros vor.

Der zweite Punkt ist auch hier der Anhaltspunkt – ich brauche einen klaren Anhaltspunkt! In „Österreich“ vom 1. September wird bei diesen Daten auf Vorstandsprotokolle Bezug genommen, es werden **Kontenrahmen** genannt und nicht die GKE-Abfragen, die wir gemacht haben. Also ist das auch aus der Zeitung heraus, „Österreich“ vom 1. September, kein wirklicher Hinweis darauf, dass diese Daten aus der FMA gekommen sind. Im Gegenteil: Zitiert wurden Vorstandsprotokolle und Kontenrahmen – und nicht Daten der GKE.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Seit wann wissen Sie von Abfragen der FMA über die GKE in dieser Frage?

Dr. Kurt Pribil: Im Laufe des Spätsommers, da es, glaube ich, irgendwann einmal in einem internen Banken-Jour Fixe, wie wir das nennen, oder vielleicht sogar in einer Vorstandssitzung berichtet worden ist; ich glaube in einem Banken-Jour Fixe. Faktum ist aber auch, dass das nichts Außergewöhnliches ist. Wir haben allein im August vergangenen Jahres sieben oder acht Projekte hinterfragt – mit einem teilweise noch höher Grad der Detaillierung. Wir machen da auch keine Unterschiede, ob das ein großes oder ein kleines Institut ist oder welche Partei das ist – wir würden das bei jeder anderen Partei genauso machen –, wenn es nachhaltige Hinweise gibt. Und es gab nicht nur Hinweise in den Medien, allgemeine Gerüchte, sondern auch Hinweise, dass es Unterlagen gäbe. Diese Abfrage hat auch absolut den Verdacht entkräftet, dass es zu irgendwelchen Zahlungen gekommen ist.

Das heißt – um noch ein bisschen präziser zu sein –, ich weiß in vielen Fällen gar nicht – und als Vorstand muss ich es auch nicht immer wissen –, wie viele Abfragen und wie viele Projekte gemacht werden. Wir haben jetzt – ich habe mich natürlich ein bisschen schlauer gemacht – noch ein paar Projekte laufen, wo die Abfragen das Vier-, Fünf-, Sechsfache überschreiten, weil wir eben in einem laufenden Verfahren das als absolut effizientes und oft benütztes Instrument einsetzen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war: Seit wann wissen Sie von diesen 256 GKE-Abfragen von Ihrer Behörde?

Dr. Kurt Pribil: Dass es 256 Abfragen sind, weiß ich seit Montag; dass wir nachgefragt haben, weiß ich seit Sommer; vielleicht Ende August, vielleicht Anfang September; das kann ich jetzt seriöserweise nicht mehr sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie haben Sie im Sommer davon erfahren, dass es dieses Projekt gibt, die SPÖ-Konten abzufragen?

Dr. Kurt Pribil: Wir haben einmal in der Woche, wenn andere Fälle sind alle 14 Tage, **Banken-Jour Fixe**, also Bereichs-Jour Fixe, wie mit anderen Abteilungen auch, wo die Abteilungsleiter und der Bereichsleiter uns über verschiedene Fälle, über aktuelle Fälle informieren – das ist sozusagen selbstverständlich –, und im Rahmen einer dieser Sitzungen, soweit ich mich jetzt erinnern kann, ist auch genannt worden, dass man das recherchiert hat und dass es keine wie immer gearteten Hinweise gibt, sondern im Gegenteil: dass sich die Beschuldigungen, die Vermutungen in den Medien, die auch letztendlich genährt worden sind durch Verhöre von Herrn Flöttl, nicht erhärtet haben, sondern dass die Abfrage entlastend war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gibt es darüber etwas Schriftliches in der FMA? Ein Protokoll dieser Sitzung?

Dr. Kurt Pribil: Es gibt Protokolle, aber ich weiß nicht, ob dieser Punkt protokolliert war, weil viele dieser Dinge unter dem täglichen Geschäft, 2, 3 Minuten – und das war

wirklich kein besonderer Tagesordnungspunkt –, unter dem allgemeinen Tour d'Horizon abgehandelt worden sind. Ich kann es Ihnen jetzt wirklich nicht sagen, aber wir können gerne nachschauen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer hat den Auftrag gegeben, diese Kredite abzufragen?

Dr. Kurt Pribil: Das weiß ich nicht. – Ich habe es nicht getan, definitiv nicht, es kann aber durchaus sein, dass das im Rahmen der laufenden Aufsichtstätigkeit automatisch passiert. Das ist auch absolut in Ordnung so, weil wir uns da nicht in Details einmischen und – wie ich schon vorhin erwähnt habe –, unabhängig des Institutes, unabhängig des Vereines oder wenn es eine politische Partei ist, dieselben aufsichtsrechtlichen Ermittlungen einsetzen. Also wir haben da nicht irgendetwas anderes im Hinterkopf gehabt. Das ist nicht unsere Aufgabe, und so verstehen wir auch nicht die FMA – wir verstehen die FMA als absolut unabhängige Organisation.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Diese drei Mitarbeiter, deren Namen ich jetzt aus Datenschutzgründen nicht nennen will, haben welche Aufgabe im Rahmen der FMA?

Dr. Kurt Pribil: Einer ist auf jeden Fall ein höchst qualifizierter Experte, der andere Mitarbeiter ebenfalls, Mitarbeiter der Analyseabteilung, und der dritte Mitarbeiter hat, soweit ich das jetzt weiß, auch analytische Aufgaben, aber eher im Sinne von unterstützend administrativ.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind alle drei in derselben Abteilung?

Dr. Kurt Pribil: Ja, sie sind alle in derselben Abteilung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): In derselben Gruppe?

Dr. Kurt Pribil: Das weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie etwas nicht wissen, sagen Sie es einfach, ich habe kein Problem damit! Die werden sich ja nicht selbst diesen Auftrag gegeben haben. – Wer muss ihnen diesen Auftrag gegeben haben? – (*Dr. Pribil spricht sich mit seiner Vertrauensperson.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da Sie das konkret ja nicht wissen, lautet die Frage also: Wie ist das allgemeine Procedere?

Dr. Kurt Pribil: Deshalb ist es auch in diesem laufenden Status. Da war die BAWAG in unserem Hauptfokus oder eines unserer hauptbeaufsichtigten Institute – oder eines der größten Projekte. Klar. Und in dieser Phase war vor allem die Behördenabteilung schon eingebunden und die Analyseabteilung: die I/2 und die I/4, wie wir das intern bezeichnen. Im Laufe dieser Ermittlungen sind beide Abteilungen kurzgeschlossen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wer jetzt den Auftrag gegeben hat, ob das von einer Abteilungsleitung ausgegangen ist oder von einem Mitarbeiter selbst.

Die Abfrage bei der Großkreditevidenz ist ja etwas Selbstverständliches und soll auch etwas Selbstverständliches sein. Ich würde das nur befürworten, da mehr abzufragen, weil genau dann ersichtlich wird, wie sich Kredite entwickeln. Und oft scheitert es daran, dass wir eben Prioritäten setzen müssen, dass wir nicht alle Mitarbeiter gleichzeitig auf alle Banken sozusagen loslassen können; also ist das nichts Außergewöhnliches, wenn die Abteilungen von sich aus hier Schritte setzen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie auf Grund des Briefes des Anwaltes Lansky die interne Revision oder sonst jemanden beauftragt, die Sache zu untersuchen?

Dr. Kurt Pribil: Nein, haben wir nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihnen muss doch bekannt gewesen sein auf Grund der Berichte bei diesem wöchentlichen Banken-Jour Fixe, dass die Daten in diesem Haus offensichtlich vorhanden waren und abgefragt wurden.

Haben Sie die Mitarbeiter gefragt, die diese Abfrage durchgeführt haben? Haben Sie in irgendeiner Art und Weise geschaut, ob die Daten, die in der Zeitung veröffentlicht sind, in Ihrem Haus liegen und da in irgendeiner Art und Weise einen aufklärerischen Schritt gesetzt?

Dr. Kurt Pribil: Ich habe schon erwähnt, dass in der Zeitung „Österreich“ Bezug genommen wurde auf Vorstandsprotokolle und da auch nicht die konkreten Abfragen aus der Großkreditevidenz erschienen sind, sondern **Kreditrahmen** genannt wurden. Das heißt, wir haben gar kein Indiz, keinen Beweis, auch annähernd einen Beweis gehabt, dass das von uns herausgekommen ist. Wir haben natürlich gesagt, wie bei vielen anderen Gesprächen auch mit dem internen Revisor, er möge darauf auch bei seinen verschiedenen Prüfungen achten. Wir haben das System erstellt, aber wir können das System nicht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, wir haben die Frage jetzt ausreichend erörtert. Gibt es noch etwas Neues zu diesem Thema? Wir fragen ja auch nicht, ob in der SPÖ eine Revision eingeleitet worden ist, weil vielleicht der Verdacht besteht, dass es von dort gekommen ist. Wir können auch fragen, ob bei anderen Parteien ebenfalls Abfragen gemacht wurden. Das würde das Bild abrunden.

Haben Sie, Herr Abgeordneter, noch eine neue Frage zu diesem Komplex? Es wiederholen sich nämlich die Antworten.

Dr. Kurt Pribil: Darf ich noch etwas sagen, was vielleicht ein bisschen aufklärend noch ist, und zwar zur **internen Revision**: Wir haben jetzt sogar noch einen zweiten Mitarbeiter und wir legen großen Wert darauf, dass die beiden alle Bereiche und Abteilungen durchforsten, das tun sie auch. Im Rahmen ihres Planes haben sie einmal auch – das trifft nicht ganz Ihre Frage – die Compliance-Regelung bei uns durchleuchtet und geprüft, und wir haben weitere Maßnahmen gesetzt. Das kann aber auch nicht garantieren, dass nicht privat irgendwer telefoniert. Ich wiederhole: Wir haben kein Indiz, ich lege meine Hände ins Feuer für meine Mitarbeiter. Mehr kann ich nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Tun Sie das nicht! – Nächste Frage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Scheinen die von Ihnen zitierten Kreditrahmen bei der GKE auf und sind diese Rahmen abgefragt worden?

Dr. Kurt Pribil: Ich weiß jetzt nicht genau, was alles abgefragt worden ist. Das ist meiner Meinung nach auch nicht meine Aufgabe. Es sind die Stände abgefragt worden und es sind, glaube ich, die Rahmen auch abgefragt worden. Aber vor allem die Stände, soweit ich das jetzt sagen kann.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, alle Informationen, die in der Zeitung „Österreich“ veröffentlicht wurden, wurden auch zirka zehn Tage vorher im Rahmen Ihrer Behörde abgefragt?

Dr. Kurt Pribil: Das kann ich Ihnen jetzt seriös nicht hundertprozentig beantworten. Richtig ist, dass einige dieser Daten, die in „Österreich“ genannt worden sind, soweit **ich** weiß, nicht hundertprozentig deckungsgleich – das kommt auch noch dazu –, erschienen sind, aber bei weitem nicht alle. Und, wie gesagt: Das ist natürlich kein Beweis, aber vor allem mit dem Zitat der Vorstandsprotokolle und nicht mit Hinweis auf Unterlagen aus der FMA heraus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Liegen Ihrer Behörde die Vorstandsprotokolle der BAWAG vor?

Dr. Kurt Pribil: Nein, definitiv nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gab es zu irgendeinem Zeitpunkt, zum Beispiel im Sommer einen Zugriff auf diese Vorstandsprotokolle seitens Ihrer Behörde?

Dr. Kurt Pribil: Ob wir im Rahmen der Vor-Ort-Prüfung beziehungsweise die Kollegen der Notenbank, mit denen wir gemeinsam dort waren, auf Vorstandsprotokolle Zugriff genommen haben, weiß ich nicht. Das kann durchaus sein. Wir haben beziehungsweise die Gruppe hat Tausende von Seiten durchgegangen, kontrolliert und analysiert. Das mag sein, ändert aber, bitte, nichts daran. Ich kann nur noch einmal wiederholend sagen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, bitte nicht! Nicht noch einmal wiederholen!

Neue Frage, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass die OeNB dieselbe Anfrage von Rechtsanwalt Lansky bekommen hat wie Sie?

Dr. Kurt Pribil: Es ist mir im Laufe der letzten Tage bekannt geworden. Mitte des letzten Jahres habe ich davon aktiv nichts gewusst, was aber nicht heißt, dass diese Information an mir vorbeigeschummelt worden ist, weil das ist auch nicht unbedingt etwas, was ich wissen muss.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass es dazu einen Aktenvermerk in der OeNB gibt? (*Dr. Pribil: Nein!*) – Dort wird diese Sache detailliert angegangen, weil anscheinend die OeNB eine andere Policy betreibt als die FMA, nämlich dass sie derartigen Hinweisen immer ganz konkret nachgeht, und die kommen zu dem Schluss – wenn ich zitieren darf –:

Die abgefragten Daten stimmen mit den von Rechtsanwalt Dr. Lansky angeführten Zahlen überein. – Nämlich die aus der Zeitung „Österreich“. – Und dann schreibt er auch noch erhellend:

Bisher sind die angeführten Mitarbeiter der FMA im Zuge der Ermittlungen zum Thema BAWAG P.S.K. nicht in Erscheinung getreten. – Zitatende.

Wie darf ich als Unbeteiligter das jetzt verstehen?

Dr. Kurt Pribil: Ich möchte mich da nicht beziehen auf interne ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bitte, diese Frage anders zu formulieren. Sie können nicht fragen, wie Sie es verstehen sollen. Sie müssen eine Frage formulieren, die die Auskunftsperson beantworten kann.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie erklären Sie es, dass diese Mitarbeiter mit der BAWAG P.S.K. nichts zu tun hatten und genau jene das abgefragt haben?

Dr. Kurt Pribil: Dazu zwei ganz kurze Geschichten. Erstens: Ich glaube, ich habe das öfter schon gesagt, wir – und das möchte ich schon klarstellen – legen großen Wert darauf, dass Informationen nicht aus der FMA hinausgehen. Wir haben da ganz strikte und bestimmte Regeln, die wir auch durchziehen, und ganz klare Standards. Aber ich kann nicht vorweg einen Mitarbeiter beschuldigen, wenn es keine Indizien gibt. Wir werden nicht müde, weiterhin darauf zu drängen und zu achten, dass keine Informationen hinausgehen.

Zweitens, auf Ihre konkrete Frage: Wir sind ein Team und die Analyseabteilung ist verschränkt zuständig. Der eine Kollege oder die Kollegin, wie ich gesagt habe, ist

unterstützend tätig, das heißt, die macht oder der macht öfter solche Großkreditabfragen; die unterstützen sich gegenseitig. Und der Dritte ist zumindest jetzt Abteilungsleiter geworden und war auch im Übrigen zuständig, war intern zuständig, das heißt aber nicht, dass er jetzt aktiv mit jedem Mitarbeiter aus der Notenbank in Kontakt getreten sein muss. Auch hier kann man nicht konstruieren, dass es eine Art bewusste Aktion, wenn Sie das andeuten wollen ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich deute hier gar nichts an.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Fragerecht geht jetzt über an die ÖVP. Ich bitte die Vertrauensperson, sich auch bei den schriftlichen Informationsweitergaben zurückzuhalten. – Wir wollen hier das Wissen des Herrn **Dr. Pribil** haben.

Dr. Kurt Pribil: Nein, also es gab in dem Punkt auch keine Kommunikation mit der OeNB. Und ich darf noch einmal sagen, weil ich glaube, das ist wichtig ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Pribil, Sie haben das schon mehrfach gesagt, wir haben das auch mehrfach im Protokoll. Ich weiß das.

Jetzt ist Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll an der Reihe.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wir nehmen zunächst einmal mit Überraschung zur Kenntnis, dass die Kreditfinanzierung der SPÖ hier auch ein Thema im Banken-Untersuchungsausschuss ist. Wir nehmen den Ball gerne auf, wenn es gewünscht ist, wir müssen uns dann nur für die nächste Sitzung ein bisschen mehr vorbereiten. (*Abg. Krainer: Sehr witzig!*) Ich bin nicht vorbereitet darauf. Wenn es gewünscht ist, können wir gerne die SPÖ-Kreditfinanzierung ein bisschen stärker zum Thema dieses Ausschusses machen.

Bei der letzten Befragung hier, vor allem von Mag. Ittner und Dr. Traumüller, ist bei uns, aber nicht nur bei uns, sondern auch bei den anwesenden Medien der Eindruck entstanden, da gibt es ein Ping-Pong zwischen FMA und Notenbank, wer wo versagt hätte, wer wo etwas anders machen hätte können. Das ist natürlich kein sehr guter Eindruck in der Öffentlichkeit und auch bei uns nicht.

Jetzt meine Frage – zunächst ganz allgemein –: Wie funktioniert eigentlich die Kooperation zwischen Notenbank und FMA? Das ist ja auch für die künftige gesetzgeberische Tätigkeit in diesem Haus ein ganz wichtiger Aspekt, denn wir haben ein Kooperationsmodell – Schwerpunkt ist die FMA, aber in Kooperation mit der Notenbank.

Daher meine Frage: Wie funktioniert dieses Modell in der Praxis?

Dr. Kurt Pribil: Mich bitte einzubremsen, wenn es zu lang wird; das ist natürlich eine breite Frage, das heißt, ich versuche, nur einen Teilaspekt und nur die wichtigsten Punkte zu beantworten. Eine der wichtigsten Sachen schon zu Beginn der FMA war die Zusammenarbeit mit der Notenbank und die Notenbank war – ich darf das auch sagen – ganz entscheidend beteiligt, dass es die FMA in der Form auch gibt. Wir hatten damals das Verfassungsgerichtgutachten, das der FMA 1 den Boden unter den Füßen weggezogen hat. Und die OeNB hat sich da sehr eingesetzt, dass es letztendlich zu einem einstimmigen Beschluss im Parlament, zu einer unabhängigen FMA gekommen ist.

Die Schnittstellen zwischen OeNB und FMA sind vor allem im Bankbereich. Und da haben wir gleich mit April 2002 uns zusammengesetzt und uns darauf geeinigt, dass wir uns eng informieren wollen, über verschiedene Kanäle und auf allen Ebenen. Beispiele daraus sind das Abteilungsleiterforum, das laufend in bestimmten Abschnitten zusammentritt, und auch das Koordinationsforum. Wir haben auch

versucht, bei den Vor-Ort-Prüfungen vieles gemeinsam zu erreichen. Das ist auch gelungen.

Um nur eine Zahl zu nennen: Anfang 2002 war die Zahl der Vor-Ort-Prüfungen bei den Banken 14, Ende 2006 haben wir über 50, knapp 60 Vor-Ort-Prüfungen geschafft. Da haben wir wirklich gemeinsam geschaut, dass sowohl die Notenbank Mitarbeiter aufnimmt als auch in reduziertem Maße, was die Vor-Ort-Prüfungstätigkeit betrifft, die FMA. Richtig aber ist auch, das heißt, wir haben auf einem durchaus guten – ich meine, ich möchte das jetzt auch bewusst ins Positive ziehen – Niveau begonnen und haben dieses Niveau der Zusammenarbeit gesteigert.

Aber natürlich: Wo Menschen handeln, gibt es auch ein bisschen Spannungen und die hat es auch gegeben, und es gibt auch Ansätze, diese Zusammenarbeit weiter zu verbessern. Das möchte ich auch gar nicht leugnen, gerade bei der Schnittstelle der Vor-Ort-Prüfungen und der Analysetätigkeit.

Ich möchte jetzt nicht da Vorstellungen präzisieren, denn das wird Teil auch der Arbeitsgruppe sein, die im Regierungsübereinkommen vorgesehen ist. Das heißt, wir beginnen da absolut nicht bei null. Wenn dieser Eindruck vorherrschen sollte, dann ist das absolut falsch, sondern wir beginnen auf einem durchaus hohen Niveau, nur wir können beide – das sage ich auch – noch und vor allem in der Zusammenarbeit besser werden.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wir hätten uns ja, auch wenn es diesen Untersuchungsausschuss nicht gäbe, jetzt ungefähr vier Jahre nach Inkrafttreten der FMA zusammengesetzt und gefragt: Wo kann man etwas verbessern? Wo sind gewisse Kinderkrankheiten aufgetaucht?

Meine Frage ist rückblickend, weil ich als Mitglied der Gesetzgebung schon manchmal den Eindruck habe und vor allem manchmal bei der FMA damals schon hatte: Der Gesetzgeber hat es leicht. Mit einem Federstrich ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens in das Gesetz hineingeschrieben, aber oft, gebe ich zu, bemessen wir die Vorlaufzeit ein bisschen kurz. Wenn ich mich an den Start der FMA erinnere: Keine Büros waren da, zu wenige Mitarbeiter waren da.

Rückblickend – das kann durchaus kritisch uns gegenüber sein –: War die Vorlaufzeit vor dem 1. April 2002 aus eurer Sicht doch eher kurz bemessen? Ich sage noch einmal: Der Gesetzgeber sagt, ab 1. April gilt das. Aber war damals nicht doch gerade in dieser für die BAWAG kritischen Zeit nicht die Vorlaufzeit zu kurz? – Ich kann zwar auf Knopfdruck sagen, wann ein Gesetz in Kraft tritt, aber ich kann auf Knopfdruck nicht Büroräumlichkeiten, Personal und so weiter bereitstellen.

Dr. Kurt Pribil: Andreas Grünbichler und ich wurden mit 1. November 2001 bestellt, wir hatten eine Vorlaufzeit von sechs Monaten bis 1. April, um die wichtigsten organisatorischen Vorkehrungen zu machen – das trifft es nicht ganz, weil operativ wurden wir erst tätig mit 1. April 2002. Und wir haben auch keinen Zugriff beziehungsweise keine Möglichkeiten gehabt, die Mitarbeiter aus dem BMF zu steuern. Was aber in dieser Phase gekommen ist, war – ich glaube, eine Woche vor Weihnachten – das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, dass die FMA so nicht starten darf. Wir wussten zu diesem Zeitpunkt, knapp vor Weihnachten, nicht, ob es die FMA überhaupt geben wird, oder ob sie dann als nachgeordnete Dienststelle des BMF oder überhaupt im BMF wieder sein wird.

Die Zeit bis zum April haben wir eigentlich primär damit verwenden **müssen**, Alternativen in Verhandlungen mit der Notenbank, mit dem Finanzministerium, mit einzelnen Parlamentariern auch zu schauen, ob es noch zu einer anderen Lösung kommt. Zu der ist es auch gekommen, zu einer Lösung, die rein organisatorisch noch

besser war als die erste, aber das hat halt auch ein paar Monate von der Zeit genommen.

Aber unabhängig davon: Mit der Gründung – und dieses Problem hatten andere Organisationen in Europa ja auch, ich denke an die **FSA** in **London** –, das dauert seine Zeit und man kann nicht einfach den Schalter umlegen und dann ist die neue Aufsicht da und funktioniert hundertprozentig besser.

Eine letzte Zahl: Das BMF war ja unterausgestattet die letzten Jahre, wenn nicht das letzte Jahrzehnt – aus meiner Sicht, bitte, eine rein persönliche Bewertung –, was die Aufsicht über die Banken betrifft. Und wir haben dann ja nicht gleich mit mehr Leuten in diesem Bereich, sondern sogar mit **weniger** gestartet, weil nicht alle Mitarbeiter des BMF übergegangen sind in die FMA.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Eine letzte Frage zur im Regierungspakt verankerten Arbeitsgruppe. Gibt es da schon Vorbereitungsarbeiten in der FMA? – Erstens.

Zweitens: Lässt sich abschätzen, wann die zusammentreten wird? – Ich frage aus dem Grund, weil ja eine Konsequenz unseres Untersuchungsausschusses sein wird, welche Schlussfolgerungen wir aus unserer Arbeit ziehen, was die künftige Effizienz der Bankenaufsicht betrifft. Da wäre es natürlich nicht gescheit, wenn zwei Gremien, diese Arbeitsgruppe und unser Ausschuss, zu völlig unterschiedlichen Aussagen kämen.

Ist da vom Zeitplan her irgendeine Möglichkeit, dass man sich da gegenseitig informiert?

Dr. Kurt Pribil: Erste Antwort: Wir haben einige Überlegungen schon angestellt, in verschiedenen Varianten gedacht – das ist richtig.

Zweiter Teil: Wann es diese Arbeitsgruppe gibt, wissen wir noch nicht. Meines Wissens muss die das Finanzministerium einberufen, und da gibt es – aber das ist meine persönliche Bewertung – zwei Elemente, die da eine Rolle spielen: Das eine Element sind die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, und das zweite Element sind die Ergebnisse des Rechnungshofes, der bei uns geprüft hat und der voraussichtlich Ende erstes/Anfang zweites Quartal zumindest mit einem Entwurf seines Berichtes herauskommen beziehungsweise uns übermitteln wird.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Vorsitzender! Das heißt natürlich, dass die Ergebnisse unseres Untersuchungsausschusses dann in die Erkenntnisse des Rechnungshofes im Rahmen dieser Arbeitsgruppe einfließen müssen.

Mein Anliegen ist ja die Zukunftsgestaltung und weniger die Vergangenheitsbewältigung. – Ich habe keine Fragen mehr.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Zur Frage der Verschmelzung BAWAG/P.S.K.: Herr Dr. Pribil, was können Sie uns dazu erzählen?

Dr. Kurt Pribil: Soweit ich weiß, haben wir gesagt, wir liefern eine detaillierte schriftliche Information, was wir machen werden. Wenn Sie von mir zusätzlich noch eine Antwort wollen aus meiner Sicht, so ist die Verschmelzung ein Prozess, der schon mit dem Kauf der P.S.K. begonnen hat.

Der Antrag ist dann im Jahr 2005 zu uns gekommen – wir haben ihn sehr genau angeschaut und sehr genau geprüft. Geprüft wird er im Hinblick auf ein neues Institut, das entsteht, das heißt auf die Einhaltung der Bestimmungen im BWG, ob entsprechend Eigenmittel vorherrschen et cetera. Es ist keine Bilanzprüfung! Und wir

beziehen uns auch auf das Testat des Wirtschaftsprüfers – damals der KPMG –, was wir gemacht haben.

Es gab aus der damaligen Sicht – aus der **damaligen Sicht!** – keine Auffälligkeiten, und die Bewilligung ist absolut korrekt abgelaufen.

Ein Punkt vielleicht noch, weil mir das auch ein Anliegen ist: Zum damaligen Zeitpunkt, da wir diese Verschmelzung bewilligt haben, waren die drei Impacts – ich nenne sie einmal „Impacts“ – überhaupt nicht absehbar. Die drei Impacts waren der Refco-Kredit, die Karibik-Geschäfte und letztendlich das Settlement mit den amerikanischen Behörden. – Diese drei Punkte, diese drei Elemente, die nachher entstanden sind, waren zu dem Zeitpunkt in keiner Weise ersichtlich. Daher sind auch die Zahlen – ich will jetzt gar nicht ins Detail gehen –, die aus der Verschmelzungsbilanz im Nachhinein vielleicht eine gewisse Parallelität gezeigt haben, diese Parallelität zum damaligen Zeitpunkt überhaupt nicht ableitbar.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Von diesen Impacts wollen wir jetzt nicht reden, die konnten Sie natürlich nicht wissen, aber Sie kennen und mussten die **Restvermögensbilanz** kennen, von anderen auch als **Spaltungsbilanz** bezeichnet.

Diese hat im Wesentlichen drei zentrale Positionen: eine Verbindlichkeit in der Größenordnung von 1,482 Milliarden €, eine Forderung der P.S.K. an die BAWAG aus der Weiterleitung von Liquidität, die die P.S.K. gehabt hat – wurde uns erklärt.

Auf der Aktivseite war eine Beteiligung an der P.S.K., die in dieser Restvermögensbilanz in der Größenordnung von 1,364 Milliarden € zurückgelassen wurde, und schließlich auch Wertpapiere.

Ohne dass man mit großen Kenntnissen an die Prüfung einer Bilanz herangeht, fällt doch auf, dass es sich hier um eine Verbindlichkeit handelt, deren Höhe beträchtlich ist. – Würden Sie dem zustimmen? (*Dr. Pribil: Ja!*) – Und dieser hohe Betrag hat bei der Beurteilung der Frage der Verschmelzung welche Rolle gespielt? (*Dr. Pribil: Darf ich mich kurz beraten?*) – Eigentlich, Herr Dr. Pribil, frage ich **Sie**, wie Sie das einschätzen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Pribil weiß es selbst nicht – oder wie?

Dr. Kurt Pribil: Ich kann es Ihnen aus meiner Sicht – ich bin, das sage ich auch, kein Verschmelzungsspezialist; wir liefern daher Dinge nach – mit meinen Worten sagen.

Das heißt, wenn ich die Frage richtig verstanden habe: Die AVB-Bilanz hat für uns überhaupt keine Probleme bereitet, das war lupenrein! Das Eigenkapital war ausreichend hoch. Die Verrechnungsverbindlichkeiten, die Sie genannt haben, waren mehr als gedeckt.

Da ich zuerst kurz gesagt habe, die Buchwert- und Verrechnungsverbindlichkeiten sind hoch: Ja, das stimmt, aber es ist natürlich alles relativ! Und ich darf da nur eine Vergleichszahl nennen: Beispielsweise hatte die P.S.K. allein in Summe Forderungen gegenüber anderen Kreditinstituten in der Höhe von 7 Milliarden €. Und wenn man auf der anderen Seite dann herausnimmt, dass sich von diesen 7 Milliarden € 1,4, 1,5 gegenüber der BAWAG, gegenüber dem Mutterinstitut sukzessive entwickelt haben – das ist ja dann nicht plötzlich ein Kredit, der entstanden ist –, so ist es durchaus nachvollziehbar, dass die FMA, meine Mitarbeiter, diese Verschmelzungsbilanz bewilligt haben.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Lassen wir die Forderungen der BAWAG in der Höhe von 7 Milliarden € einmal weg – und bleiben wir bei der Restvermögensbilanz. Sie haben gesagt, die Verbindlichkeiten waren **mehr als gedeckt**. – Auf Grund welcher Beurteilung können Sie diese Aussage treffen?

Dr. Kurt Pribil: Weil auf der Aktivseite der Buchwert und die Wertpapiere – der Buchwert in Höhe von knapp 1,4 Milliarden € und die Wertpapiere in Höhe von, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, 670 Millionen € – die Verbindlichkeiten bei weitem übertagt haben.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Meine Frage wäre aber gewesen: Waren das **werthaltige Forderungen**?

Dr. Kurt Pribil: Da müssen wir uns – das ist aber nichts Neues, das machen wir bei allen anderen Dingen auch – auf das Testat des Wirtschaftsprüfers, auf das Testat der KPMG berufen – und das haben wir auch getan. Die haben das geprüft – und haben das auch zu prüfen! Das ist nicht – mit Verlaub – Aufgabe der FMA, sonst würden wir Doppelgleisigkeiten zulassen. Da müssen wir uns auch im Sinne eines effizienten Vorgehens darauf verlassen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Okay, aber dass dort unüblich hohe Verbindlichkeiten gestanden sind, dem würden Sie zustimmen?

Dr. Kurt Pribil: Nein, dem würde ich **nicht zustimmen** – definitiv nicht! –, weil diese Art der Verbuchung auch nichts Außergewöhnliches ist. Auch bei anderen Verschmelzungen ist es so, dass, wenn das Konstrukt gewählt wird – und das können wir nicht verbieten, dass da eine Holding etabliert wird –, das eine oder andere in die Holding hinaufgezogen wird bei dieser Verschmelzung – was auch bei der Verschmelzung BAWAG/P.S.K. geschehen ist.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Es ist vielleicht aus der Perspektive des Umgründungsgesetzes und aus steuerrechtlicher Perspektive nicht unüblich, aber die Tatsache, dass da eine Verbindlichkeit in der Höhe von 1,5 Milliarden € bestehen bleibt, ist doch unüblich – im Übrigen hat uns das Herr Dr. Ittner bei seiner Aussage in der letzten Befragung bestätigt. Und das hätte doch beunruhigen müssen. Zumindest dieser Faktor!

Auch Herr Zöchling hat uns bei seiner Befragung hier gesagt, dass die Verbindlichkeit bis zum Ende bestehen geblieben ist. Und genau diese Verbindlichkeit war es ja, die die BAWAG nach dem Auftreten der drei genannten Impacts, wie Sie es gesagt haben, vor die großen Probleme gestellt hat. – Oder sehen Sie das anders?

Dr. Kurt Pribil: Das sehe ich etwas anders, weil es in keiner Phase zu einem Vermögensabfluss des Konzerns gekommen ist, zweitens durch diese Darstellung der Bankkonzern sogar besser dagestanden ist, was für uns – alles aus der Sicht des damaligen Szenarios – nichts Ungewöhnliches ist, und, dritter Punkt, diese Art, wie ich das gesagt habe, von Tätigkeiten beziehungsweise von Konzernbildungen und Hinaufführen von Verbindlichkeiten, Verrechnungsverbindlichkeiten, wird nicht nur aus steuerlichen Gesichtspunkten gemacht, ist nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen europäischen Ländern genauso üblich. Das heißt, daraus konnten wir **nicht** ableiten, dass es da zu Irregularitäten kommt.

Hätte der Wirtschaftsprüfer, der das testiert, irgendwelche Hinweise gehabt, dass er Vermutungen gehabt hat, was ich ihm nicht unterstelle – ich betone: was ich ihm nicht unterstelle! –, dann hätte er uns sofort im Sinne des § 63 darüber informieren müssen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber der Bankkonzern, also die BAWAG-P.S.K.-neu, ist ja nur deshalb so gut dagestanden, weil eben die Verbindlichkeiten in der Restvermögensbilanz stehen geblieben sind, sonst hätte der Bankkonzern BAWAG P.S.K. ganz anders ausgesehen.

Dr. Kurt Pribil: Darf ich mich kurz beraten? (*Abg. Krainer: Bitte die Antwort der Auskunftsperson! Da wird permanent souffliert, aber unaufgefordert! Wir hören uns*

das, was Träxler zu sagen hat, noch an! Wir fragen **Sie**, was **Sie** wissen! Träxler kann das im Detail dann noch sagen!)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich würde – nachdem wir sozusagen dann auch jemanden hören wollen, der als Sachbearbeiter diese Materie bearbeitet hat – gerne **Ihre** Einschätzung dazu hören.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch einmal die Spielregel: Sie dürfen sich selbstverständlich beraten, aber das kann nicht sozusagen Antriebsfeder der Vertrauensperson sein, sondern da müssen Sie uns auch sagen, Sie haben keine definitive Kenntnis darüber, aber Sie können sich diese Information beschaffen – und dann beraten Sie sich. Aber wir wollen ja wissen, was die Vorstände wissen, und nicht, was die Mitarbeiter wissen, sonst sind die falschen Auskunftspersonen da, aber das geht ja nicht, denn sonst müsste ja die nächste Frage sein, wozu es einen Geschäftsführer gibt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Nein, nicht nur das, was Sie wissen, sondern wie Sie es **einschätzen**. Herr Dr. Pribil, ich weiß nicht, Sie sind von Ihrer Ausbildung her, nehme ich an, Betriebswirt und müssen doch eine Vorstellung darüber haben, was es bedeutet, wenn man in der Restvermögensbilanz eine Verbindlichkeit in der Höhe von 1,5 Milliarden € stehen lässt, und zwar nur meiner Ansicht nach deshalb stehen lässt, um den neu gebildeten Konzern BAWAG P.S.K. besser darstellen zu können.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist dann ein Ergebnis, da kann man fragen, ob er den gleichen Schluss zieht oder nicht. Wenn er es nicht weiß, wird er es uns sagen, aber ich bitte, die Spielregeln einzuhalten!

Dr. Kurt Pribil: Ich wollte mich beraten, aber ich verstehe das. Wenn, würde ich dann aktiv tätig werden und nachfragen bei Dr. Träxler, nur bitte ich auch um Verständnis, dass ich nicht jede Zahl im Kopf habe und nicht beantworten kann, und das wollte ich sagen. Wie die Eigenkapitalausstattung wäre, wenn oben nicht Verrechnungsverbindlichkeiten von 1,5, sondern von nur 800 stehen würden, das kann ich nicht ad hoc beantworten.

Faktum ist, dass, auch wenn das oben ist in der AVB, zu keinem Zeitpunkt ein Abfluss stattgefunden hat und die AVB auch als Konzern die Eigenmittelanforderungen erfüllen muss. Das heißt, wir schauen ja auch auf die AVB, wir lassen ja nicht die AVB da oben irgendwo schwirren und schauen uns nur den Bankkonzern an, sondern in der weiteren Aufsicht ist auch die AVB als Finanzholding einer Bankengruppe mit in unserer Aufsicht. Und: Oben und unten haben die Eigenmittelerfordernisse gestimmt, sind die anderen Bestimmungen des BWG erfüllt worden, daher gab es zum damaligen Zeitpunkt – Sie haben ohnehin gesagt, Sie werden auch die Mitarbeiter befragen, die Ihnen zu einigen technischen Details noch viel besser Antworten geben können – **keinen Hinweis**, dass diese 1,482 außer der Norm sind. – Ich kann das nur im besten Wissen und mit bestem Gewissen hier sagen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben jetzt zwei interessante Dinge gesagt. Zuerst haben Sie gesagt, zu keinem Zeitpunkt war das, was unten vorhanden war, in der Restvermögensbilanz nämlich, ein Problem. Später, am Ende Ihrer Ausführung, haben Sie jetzt gesagt, zum Zeitpunkt der Fusion. Letzterem würde ich zustimmen, aber Ersterem kann man schon deshalb nicht zustimmen, da sich im Nachhinein herausgestellt hat, dass zumindest Teile dieser Wertpapierforderungen in der Höhe von 670 Millionen € nicht mehr werthaltig gewesen sind. Und das ist ein Problem, oder sehen Sie das anders?

Dr. Kurt Pribil: Ich hoffe, ich bringe einen Vergleich, der plastisch ist. Ich kann ja nicht jemandem sozusagen das Autofahren verbieten oder, wenn er eine Bewilligung hat, verbieten, sozusagen gefährliche Güter zu transportieren – mit dem Hinweis, dass da etwas passieren kann. Da muss ich genau schauen und schauen, dass die entsprechenden Risikovorkehrungen getroffen werden. Das haben wir getan.

Wir konnten **nicht** wissen, dass inzwischen, weil es kriminelle Aktivitäten gab – vermutlich gab –, dass nicht-werthaltige Papiere und Depots auf Liechtensteinischen Stiftungen gelegen sind. Aber aus der damaligen Sicht war das ein ganz normaler Vorgang und konnte weder dem Wirtschaftsprüfer noch uns als abnormal auffallen.

Das habe ich zuerst aber schon auch gesagt: Diese drei Impacts hat es zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben. Natürlich, mit diesen drei Impacts war die Bank auch damals nicht gesund – das ist keine Frage. Ich rede hier nicht eine Bank hier gesund. Unser Interesse ist es, muss es sein, dass sie auf dem richtigen Weg ist.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich fange noch mit einem anderen Thema an, der Frage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzmarktaufsicht.

Sie haben gesagt, Sie mussten unter sehr schlechten Bedingungen starten. Wie schaut es eigentlich heute, nicht nur im Hinblick auf eine noch immer gegebene Knappheit aus, wie schaut es mit der Qualifikation des Personals aus? Wie schaut es mit der Zufriedenheit des Personals in der Finanzmarktaufsicht aus?

Dr. Kurt Pribil: Zwei Zahlen und dann eine Antwort zur Frage der Zufriedenheit. Wir sind im Jahre 2002 mit knapp 90 Mitarbeitern gestartet, in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt, um genau zu sein, und mit 22 Mitarbeitern im Bereich der Bankenaufsicht. Das war sehr spärlich. Wir hatten Ende 2006 202 Mitarbeiter; davon waren 65 im Bereich der Bankenaufsicht tätig, um diese Spanne zu ziehen. Das ist mir besonders wertvoll, dass sich im Laufe dieser Zeit – wie gesagt, das geht nicht einfach mit dem Umlegen eines Schalters – sehr viel an Aufsichtskultur verbessert hat. Und ich sage auch: gemeinsam, in Zusammenarbeit mit der Notenbank.

Was die Mitarbeiter betrifft, so verhehle ich nicht, dass wir da schauen müssen – wir haben da auch ein Programm entwickelt, wir nennen das **Attraction Programme** –, dass die Fluktuationsquote nicht zu hoch ist.

Die Ausbildung der Mitarbeiter – darauf legen wir großen Wert – ist sehr gut. Leider oder Gott sei Dank, je nachdem, wie man das sehen will – ich sage auch: Gott sei Dank –, werden sehr viele Mitarbeiter von den Banken abengagiert, weil sie in diesen drei, vier Jahren sehr viel Expertise aufgebaut haben, nicht nur in der Aufsicht vor Ort, sondern auch grenzüberschreitend; viele der Aufsichtsschritte werden auch grenzüberschreitend gesetzt. Wir arbeiten daran, sozusagen gerade die Schlüsselkräfte noch mehr an uns zu binden. Das ist eine der Herausforderungen des kommenden Jahres, des laufenden Jahres.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie sind also mit der Qualifikation Ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sehr zufrieden. – Das steht nicht ganz im Einklang mit dem, wenn ich das jetzt noch in Erinnerung habe: Einer der AMIS-Anwälte – der, der die Franchise-Partner vertreten hat – hat gemeint, die Qualifikation der Leute in der FMA sei sehr schlecht und stark verbesserungswürdig, wenn ich das jetzt aus dem Gedächtnis heraus zitiere.

Aber Sie bleiben dabei: Das Ausbildungsniveau ist ausreichend, ist gut; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Prüfbereich sind qualifiziert?

Dr. Kurt Pribil: Gerade im Bereich 3 – ohne die anderen Bereiche, die mir genauso am Herzen liegen, zu disqualifizieren –, das ist der Bereich Aufsicht über die

Wertpapierfirmen, ist die Qualifikation sehr, sehr hoch, weil da schon die BWA mit sehr guten Ausbildungen begonnen hat und wir schauen, dass wir da auch die Fluktuation nicht zu hoch halten und gerade dort die Mitarbeiter höchsten europäischen Standard haben. – Dass das ein Anwalt von AMIS sagt, verwundert mich nicht, aber ich weise es dennoch entschieden zurück.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wie hoch ist dann die durchschnittliche Verweildauer von MitarbeiterInnen in der FMA, wenn Sie selbst sagen, die Fluktuationsquote ist zu hoch?

Dr. Kurt Pribil: Die Fluktuationsquote letztes Jahr war etwas über 10 Prozent. Das ist meiner Meinung nach, also für mich, meine Einschätzung, zu hoch. Ich möchte sie nicht auf null drücken – das ist auch nicht gesund für ein Unternehmen –, aber sie sollte **unter** 10 Prozent liegen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben meine Frage nicht beantwortet: Wie hoch ist die durchschnittliche Verweildauer?

Dr. Kurt Pribil: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur die Zahl der Fluktuation. Die durchschnittliche Verweildauer kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Was sind dann die Gründe für diese hohe Fluktuation? – Sie haben schon den Aspekt der Abwerbung genannt, aber gibt es da auch andere Gründe?

Dr. Kurt Pribil: Ein Teil ist auch – das ist nur ein Teil einer Antwort –: Wir haben auch ein für eine Behörde sehr leistungsorientiertes Gehaltssystem, wo wir klar nach Leistungen auch Prämien vergeben und auch Vorrückungen nach Leistungen machen. Daher verlassen uns auch einige Mitarbeiter, die sehen, dass sie nach zwei, drei Jahren nicht in die FMA passen. Das heißt, wir sind von der Seite her, von unten her auch kein goldener Käfig und sollen das auch nicht sein. – Das ist eine zweite Begründung.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Arbeitszufriedenheit, qualitative Faktoren spielen auch eine Rolle?

Dr. Kurt Pribil: Wir haben auch im letzten Jahr zwei bis drei Mitarbeiterbefragungen gemacht, wo es teilweise unterschiedliche Ergebnisse gibt. Wir schauen sehr wohl, dass die Arbeitszufriedenheit hier eine Rolle spielt, aber wir sehen uns auch nicht unbedingt – und ich meine das jetzt wirklich nicht zynisch – als nur soziale Stätte, wo man allen Wünschen entgegenkommen kann.

Ich glaube, dass das Arbeitsklima ein gutes ist; es kann natürlich in einigen Abteilungen verbessert werden. Das haben wir auch getan: Es gab ein, zwei kritischere Abteilungen, wo wir uns dann von dem Abteilungsleiter auch getrennt haben. Also, da schauen wir schon drauf, aber wir sehen schon auch, dass die Arbeitszufriedenheit sehr stark aus der Tätigkeit selbst herauswachsen muss.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Einen Betriebsrat haben Sie auch? (*Dr. Pribil: Ja!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, ich möchte Sie zunächst konfrontieren mit dem Protokoll der 2. Sitzung des Koordinationsforums vom 19. August 2002. Sie waren Teilnehmer dieses Forums; der Vorsitz lag, glaube ich, damals bei Frau Dr. Tumpel-Gugerell, weil es die zweite Sitzung war; das hat immer gewechselt: erste Sitzung FMA, zweite Sitzung OeNB. – Sie erinnern sich an diesen Vorgang? (*Dr. Pribil: Ja!*) – Da ist der zentrale Punkt diese Frage, ob man jetzt bei der BAWAG eine Vor-Ort-Prüfung noch im Jahr 2002 macht oder ob man das Ganze

sozusagen durch ein Managementgespräch ablöst. – Ich lese Ihnen den zentralen Satz vor:

„Die OeNB schlug daher vor, anstelle einer Vor-Ort-Prüfung im 4. Quartal 2002 ein gut vorbereitetes Managementgespräch zu führen und die Vor-Ort-Prüfung Ende 2003 (im 1. Halbjahr 2003) ablaufen zu lassen. Eine Terminabsprache für Herbst erfolgt mit Dr. Gancz.“

Zu diesen zwei Sätzen hätte ich Sie gerne befragt. Erstens: Wer genau war der Einbringer dieses Vorschlages? – Ich sage Ihnen gleich dazu, wir haben dazu eine Aussage eines OeNB-Mitarbeiters. Nun hätte mich interessiert, wer Ihrer Erinnerung nach diesen Vorschlag gemacht hat.

Dr. Kurt Pribil: Den Vorschlag, die Prüfung vorzuverlegen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, den Vorschlag, statt der 4. Quartalsprüfung, also statt der Vor-Ort-Prüfung im 4. Quartal 2002 ein Managementgespräch zu machen. (*Dr. Pribil: Das weiß ich nicht ...*) – Es heißt, nur die OeNB hätte diesen Vorschlag gebracht – steht im Protokoll. Wer ist das Ihrer Erinnerung nach gewesen?

Dr. Kurt Pribil: Das weiß ich nicht. Da kann ich mich nicht mehr erinnern. Es ist von der OeNB dieser Vorschlag, wie es auch im Protokoll steht, eingebracht worden. Ich kann mich wirklich nicht erinnern, ob es jetzt Mag. Ittner war oder Mayerhofer – ich weiß es nicht. Das will ich nicht sagen, denn ich kann mich wirklich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich konfrontiere Sie mit der Aussage des Herrn Mayerhofer, der gesagt hat, das war Frau Dr. Tumpel-Gugerell. – Ist das möglich – Ihrer Erinnerung nach, wenn ich Ihnen das jetzt vorhalte?

Obmann Dr. Martin Graf: Der Vorhalt ist nicht ganz richtig. Direktor Mayerhofer hat gesagt, zu **verantworten** hat das die Frau Tumpel-Gugerell (*Abg. Mag. Stadler: Ach so!*), wenn die OeNB einen Vorschlag macht. – **So** ist es, denn sie war die Ranghöchste. So hat er das, glaube ich, gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke für die Korrektur. – Das heißt also, es ist nicht eruierbar, von wem dieser Vorschlag verbalisiert wurde? – Sie haben auch keine Erinnerung daran?

Dr. Kurt Pribil: Ich habe beim besten Willen keine Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann gehen wir zur Deutung dieses Satzes. Wenn ich diesen Satz auseinandernehme und sozusagen einmal von seinem grammatikalischen Aufbau versuche, den Sinn dieses Satzes zu erschließen, dann lese ich diesen Satz wie folgt:

Dass man zunächst also der Meinung war, seitens der OeNB, statt der Prüfung im 4. Quartal 2002 ein gut vorbereitetes Management-Gespräch zu führen **und** nach wie vor als **Aliud** – das heißt also, als Ergänzung dazu, nicht als Ersatz, Ersatz durch Management-Gespräch – dann doch noch eine Vor-Ort-Prüfung Ende 2003 durchzuführen. – Ist das richtig? (*Dr. Pribil: Ja!*) – Das würde bedeuten, dass man aber bei dieser Vor-Ort-Prüfung, die für Ende 2003 ins Auge gefasst wurde, schon den ursprünglichen Prüfungsgegenstand, der ja veraktet war, im Auge hatte, und nicht einen anderen Prüfungsgegenstand? (*Obmann Dr. Graf: Ich gebe dieses Protokoll der Auskunftsperson zur Erinnerung. – Dr. Pribil: Ich habe es!*)

Verstehen Sie, worauf ich hinauswill? – Es war der Prüfungsgegenstand und der Prüfauftrag aus dem Jahr 2000 für die Prüfung im Jahre 2001 – 14.12.2000 bis 12.2.2001 – die Prüfung des internen Kontrollsystems, des Risiko-Managements im

Zusammenhang mit Geschäften bestimmter Natur, insbesondere die ganzen Off-shore-Geschäfte, die Krediterteilung zur Finanzierung von Kapitalmarktgeschäften Dritter – diese so genannte Follow-up-Prüfung zu der Prüfung 1994. Das war bei der Veraktung, die offensichtlich von der Finanzmarktaufsicht ja gekannt war – das hat Herr Dr. Traumüller hier, glaube ich, ausgesagt, ... – Nein, da bin ich mir jetzt nicht sicher. Traumüller hat das, glaube ich, nicht ausgesagt. Das hat wer anderer gesagt. Nein: Die Nationalbank wusste von der Veraktung! So war es! Die Nationalbank wusste von der Veraktung und vom Einlegevermerk, der angeblich von Dr. Heilingsetzer stammt.

Daher: Ist das so zu verstehen, dass hier nicht eine andere Prüfung oder ein anderer Prüfungsgegenstand im Auge war, sondern dass man schon davon ausgegangen ist, dass das, was man 1994 geprüft hat, 2000, 2001 zum Teil erfolglos geprüft hat, dann eben nicht im 4. Quartal 2002, sondern eben 2003 im Herbst stattfinden soll?

Dr. Kurt Pribil: Das kann ich so nicht bestätigen, sondern: Darf ich, weil es, glaube ich, wichtig ist, ein bisschen diese ersten Monate ganz kurz schildern, mit Bezug auf diesen Passus.

Wir haben in den ersten Monaten 2002 in der FMA auch in Gesprächen mit der Notenbank festgestellt, dass die Zahl der Vor-Ort-Prüfungen relativ beschränkt ist – 14 oder 16 Vor-Ort-Prüfungen waren es 2001, soweit erinnerlich –, und gleichzeitig hatten wir einen Verzug – beziehungsweise damals OeNB und BMF –, weil es eben kaum Mitarbeiter gegeben hat, von fast einem Jahr.

Und wir haben uns dann im Vorfeld zu diesem zweiten **KoFo** darauf geeinigt, dass wir einen Neustart – ich nenne es einmal so –, einen kompletten Neustart beginnen, gemeinsam mit der Notenbank. Die Notenbank hat schon im Vorfeld begonnen, zusätzliche Mitarbeiter für die Prüfungstätigkeit aufzunehmen, was absolut d'accord war. Und wir haben dann auch gesagt, wir schauen, damit uns dieser Verzug nicht mehr passiert – eine Maßnahme: zusätzliche Aufnahmen; zweite Maßnahme: eine detailliertere Planung. Das heißt, wir haben gesagt, wir bleiben bei der Jahresplanung, versuchen die aber runterzuberechnen auf Quartale.

Und genau dieser Plan lag dann diesem zweiten KoFo vor. Und da war die große Diskussion – oder: von der FMA eingebracht; „große Diskussion“, das klingt jetzt ..., das war's nicht, denn das ist eine laufende Diskussion, also nichts Besonderes –, zu sagen: Passt dieser Plan so, oder können wir Dinge ändern?

Von der FMA, ich glaube sogar, von mir – das kann ich jetzt nicht bestätigen, aber auf jeden Fall habe ich das begrüßt –, haben wir gesagt: Warum nehmen wir jetzt die Prüfung der BAWAG im, glaube ich, dritten oder vierten Quartal des Jahres 2003 und ziehen die nicht vor, wie ursprünglich auch geplant, im alten Plan: viertes Quartal 2002?, einfach, weil – wir hatten keine irgendwo verdeckten Kenntnisse von Karibik oder so, sondern einfach, weil es eine systemrelevante Bank ist, und da macht das durchaus Sinn, die ein bisschen früher zu machen.

Darauf kamen von OeNB-Seite, von wem auch immer der Teilnehmer, die Argumente: Wir sind nicht so weit mit unseren Ressourcen, wir müssen erst nachziehen; und: bitte – zweites Argument – lasst doch die Verschmelzung BAWAG-P.S.K. passieren, geschehen, dann schauen wir uns gerade vor allem diese Verschmelzung stärker an! – Und da wurde der Prüfgegenstand dann schon 2003 ein anderer, als ursprünglich im Prüfbericht 2001 angerissen. Und diese Argumentation der Notenbank war durchaus akzeptabel und verständlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist jetzt aber genau sozusagen der Beginn der – nennen wir es einmal vornehm – Prüfproblematik, denn mit dieser

Änderung des Gegenstands – von der ursprünglichen Absicht, das was ich Ihnen schon vorgelesen habe, zu prüfen, hin dann zu einem anderen Prüfgegenstand – ist genau der ursprüngliche Gegenstand, dem man nachgehen hätte sollen, außer Acht geblieben und ist sozusagen aus dem Schwerpunktbereich hinausgegangen. Das ist sozusagen wirklich im Geschehen, ich würde sagen, der Breakdown. Und da würde mich jetzt interessieren, wer diese Änderung des Gegenstandes initiiert hat, auf wessen Initiative das zurückging.

Dr. Kurt Pribil: Das eine war – das muss ich auch vorausschicken, weil es, glaube ich, ganz wichtig ist, auch bei der Übergabe der Akten gewesen ist –, dass der Prüfbericht 2001 – ich möchte das jetzt gar nicht werten – noch vor der FMA behandelt, die Maßnahmen daraus bewertet worden sind, und geschlossen, erledigt, abgelegt worden ist und es kein offener Akt und keine offenen Maßnahmen waren aus unserer Sicht.

Mir geht es jetzt nicht darum, was Dr. Stummvoll schon gesagt hat, den Ball hin- und herzuspielen, sondern vorauszublicken und zu sagen: Wo können wir noch besser werden? – Und es geht mir schon gar nicht darum, der Notenbank hier irgendetwas „umzuhängen“, sondern wir waren natürlich gerade am Anfang, und sind es auch weiterhin, sehr daran interessiert, partnerschaftlich mit der Notenbank den Prüfbericht und den Prüfplan zu erstellen.

Natürlich – dazu stehen wir auch –, wir sind verantwortlich, die FMA ist verantwortlich für den konkreten Prüfauftrag, aber dieser Prüfplan ist gemeinsam entstanden, wird auch gemeinsam diskutiert und ist auch in diesem KoFo gemeinsam diskutiert worden. Und in gemeinsamer Kooperation sowohl der Mitarbeiter von uns, die damals ursprünglich aus dem Finanzministerium gekommen sind, als auch mit früheren und teilweise auch neuen Mitarbeitern der Notenbank haben wir uns dann darauf geeinigt, dass die kommende Prüfung 2003 dann vor allem eine IT-Prüfung ist und eine Prüfung der Verschmelzung, auch mit Hinweis, inwieweit die Interne Revision, die Konzernrevision, die neue, arbeitet. Das ist richtig.

Ganz konkret kann ich Ihnen Ihre Frage nicht beantworten, wer jetzt sozusagen in der Diskussion als Erster den Vorschlag gebracht hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es deutet vieles darauf hin, dass das auch aus der Nationalbank kam. Das geht zumindest aus dem Protokoll so hervor, oder ist so herauszulesen, wenn ich Ihnen den Satz vorhalte:

„Die OeNB wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass zunächst aus Kapazitätsgründen“ – das haben Sie richtig geschildert – „der Inhalt der Prüfung (Gesamt- oder Teilprüfung) genau festgelegt werden müsse. Aus Sicht der OeNB wäre es auch sinnvoll,“ – auch sinnvoll! – „die Organisationsumstellung aufgrund der Zusammenführung dieser beiden Institute zunächst über einen gewissen Zeitraum zu beobachten. Eine Auflagenprüfung (Anlagenprüfung) sei auf alle Fälle im Jahr 2003 durchzuführen.“

Das heißt also, man war sich zumindest zu dem Zeitpunkt auch bei der Nationalbank noch im Klaren: Das, was die Auflagen aus dem Prüfbericht 2001 waren, zu überprüfen, wäre auf jeden Fall noch durchzuführen, aufbauend auf dem Prüfbericht aus 1994; und das, was man zusätzlich machen sollte oder könnte, ist, diese Zusammenführung zu überprüfen.

Dr. Kurt Pribil: Jetzt verstehe ich! – Diese Auflagenprüfung ist ein großes Missverständnis: Diese Auflagenprüfung hat mit Karibik und mit der anderen Prüfung – ich darf es so plakativ sagen – überhaupt nichts zu tun, denn die Auflagenprüfung bezog sich auf die sogenannte **CAD-Prüfung**, auf eine Modellprüfung.

Diese ursprüngliche Modellprüfung hat es im Jahre 1999 gegeben. Ich möchte jetzt nicht so technisch werden: Da gibt es ein **VaR-Modell**, also die großen Banken haben da ein sehr sophisticated statistisches Modell entwickelt, und das wurde von den Experten der Notenbank – wie gesagt, damals gab es uns nicht – genau angeschaut, ob dieses Modell, das im Computer drinnen ist, wirklich entsprechend alle Funktionen erfüllt. Und da gab es dann 1999 den Bescheid, damals noch des Finanzministeriums, mit konkreten Auflagen. Und diese Auflagen – ich kann es jetzt nicht zitieren – mussten nach 3 Monaten, nach 6 Monaten, nach 12 Monaten und nach 24 Monaten geprüft werden. Davon ist die Rede!

Die Prüfung nach drei Monaten ist erfolgt – das war eine ganz kurze –, die Prüfung nach 6 Monaten ist erfolgt, die Prüfung nach 12 Monaten meines Wissens nicht. Und diese Auflagenprüfung war diese Prüfung 24 Monate danach, wo man sich vor allem das sogenannte **Vega-Risiko** angeschaut hat, also inwieweit der Optionspreis abhängig ist von den Schwankungen der Aktie oder des Underlyings. Das ist dann 2003 gemacht worden. Das war zufriedenstellend und hat aber mit der anderen Prüfung, auch mit der Prüfung 2001 und mit den daraus möglichen Schlussfolgerungen oder Nicht-Schlussfolgerungen nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wir haben drei unterschiedlichen Prüfgegenstände: diese Kontrollsysteme – die Sache, wie ich sie vorgetragen habe –, dann die Auflagenüberprüfung und als Drittes die Überprüfung der Umstände der Zusammenführung.

Dr. Kurt Pribil: Was jetzt die BAWAG betrifft, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, um das geht es ja! Der Untersuchungsgegenstand ist hier jetzt einmal nur die BAWAG. (*Dr. Pribil: Nein, ich sage nur, es gibt mehrere Prüfungen ...*) Über Raiffeisen und andere würden wir auch gern reden, aber da reden wir ein anderes Mal. Es geht hier jetzt nur einmal um die BAWAG mit diesen drei Prüfbereichen. Und von diesen drei Prüfbereichen ist dann aber bei der tatsächlichen Vor-Ort-Überprüfung des Jahres 2003 in Wahrheit nur der dritte Gegenstand überprüft worden. Und das ist genau das Problem dann gewesen, das Einfallstor für die kontinuierliche Fortsetzung des Missbrauchs.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich ein paar ergänzende Fragen stellen: Wer hat das Protokoll der zweiten Sitzung des Koordinationsforums am 19. August 2002 geschrieben?

Dr. Kurt Pribil: Frau Mag. Nößlinger, eine Mitarbeiterin unseres Hauses.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entspricht dieses Protokoll den tatsächlichen Gegebenheiten?

Dr. Kurt Pribil: Ja, das entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten und ist auch damals mit der OeNB abgestimmt worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist irgendetwas, was in diesem Protokoll steht, anders umgesetzt worden in weiterer Folge, oder ist alles so umgesetzt worden, wie es in diesem Protokoll steht?

Dr. Kurt Pribil: Also, ich kenne jetzt nicht jeden einzelnen Satz ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Beschränken wir es auf diese Passage betreffend BAWAG.

Dr. Kurt Pribil: Es ist in dieser Passage, glaube ich, drinnen, letzter Satz, soweit ich das im Hinterkopf habe, dass man das in den nächsten KoFo – Koordinationsforen – diskutiert, also diese Prüfung. Ich habe dann noch nachgeschaut auch in den Texten:

Wir haben dann in den nächsten Koordinationsforen im Protokoll nur die Diskussionen über die weiteren Vorprüfungstätigkeit, über den Vorprüfungsplan abgebildet, habe aber nichts mehr über die BAWAG selbst gefunden. – Wenn das der Zweck Ihrer Frage war?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Koordinationsforen finden ja bis zum heutigem Tage statt. (*Dr. Pribil: Jawohl!!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es irgendwelche Protokollprobleme seit der ersten Sitzung des Koordinationsforums?

Dr. Kurt Pribil: Soweit ich weiß, nicht. Es gab sicher im gegenseitigen Austausch – oder hat es wahrscheinlich gegeben – etwas, wo man gesagt hat: Bitte, das haben wir anders gesehen, ändert das! Das glaube ich schon, aber sonst nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, bei anderen Protokollen ist es durchaus vorgekommen, dass OeNB, wenn FMA Protokoll führt und man übermittelt das, durchaus Änderungswünsche begehrt? – Ist das richtig? Oder hat es nie Änderungswünsche gegeben?

Dr. Kurt Pribil: Also, ganz präzise habe ich das jetzt nicht in meinem Hinterkopf.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist Ihnen etwas bekannt?

Dr. Kurt Pribil: Mir ist nicht bekannt, dass es da große Probleme gibt, normal ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es kleine Probleme? (*Dr. Pribil: Bitte?*) Bitte auch das präzise. Sie hängen immer ein paar Worte an, wo ich immer nachfrage. Sie sagen, große Probleme sind Ihnen nicht bekannt. Dann sage ich: Welche **kleinen Probleme** haben Sie?

Dr. Kurt Pribil: Mir sind keine Abstimmungsprobleme bekannt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was sagen Sie dazu, wenn ich Ihnen im Wesentlichen sinngemäß vorhalte, dass die Vertreter der Nationalbank, die wir hier gehört haben, allen voran Tumpel-Gugerell und Mag. Ittner, immer wieder sagen, das ist ja nur ein „Protokollentwurf“. Was sagen Sie zu so einer Aussage? Stimmt das? Ist das nur ein Protokollentwurf? Oder ist das falsch?

Dr. Kurt Pribil: Ich überlege nur, wie man einen Protokollentwurf ... Ich versuche das im Ablauf ... Also ganz konkret: Der erste Schritt ist natürlich ein Protokollentwurf, jeweils von der Person, die eingeladen hat, oder von dem Institut; das wird dann an das andere Institut geschickt und ist damit abgestimmt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Ihnen vorliegende Exemplar, das Sie jetzt ...

Dr. Kurt Pribil: Ist abgestimmt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist das ein Entwurf: ja oder nein?

Dr. Kurt Pribil: Ist aus meiner Sicht abgestimmt und daher nicht nur ein Entwurf.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was heißt: aus Ihrer Sicht? Kann es eine andere Sicht geben?

Dr. Kurt Pribil: Es können immer Leute anders bewerten, aber meiner Meinung nach: Objektiv kann ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Meiner Meinung nach gibt es ein **abgestimmtes** Protokoll und ein **nicht abgestimmtes**.

Dr. Kurt Pribil: Dieses Protokoll ist abgestimmt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn es ein **nicht abgestimmtes** Protokoll aus dem Jahre 2002 aus dem Koordinationsforum gibt, müsste man das nicht dann in einer der darauffolgenden Sitzungen behandeln? Wie ist da das Procedere?

Oder umgekehrt: Wenn Sie sagen, Herr Dr. Pribil, es hat noch nie am Anfang einer nächstfolgenden Sitzung eine Protokollbeanstandung über die vorhergehende Sitzung gegeben, ist das auch eine Antwort.

Dr. Kurt Pribil: Meinem Erinnern gibt es die Protokolle, die werden abgestimmt, und sollte es größere Probleme geben, dann wird natürlich ... – Und dieses Recht steht jedem offen, jeder Partei, in der nächsten Sitzung zu artikulieren, ob das jetzt auf der Tagesordnung steht oder nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, wie wir ihn kennen. Deshalb wundert mich – das habe ich Ihnen vorgehalten – der permanente Verweis, ohne das man uns dann erklärt, was man darunter versteht, dass man sagt, das ist ja nur ein Entwurf, ist ja nicht unterschrieben und so weiter. Daher muss ich ja fragen, weil das ist ein zentraler Punkt in dieser ganzen Auseinandersetzung, und da werden Sie unter Umständen, wenn es der Ausschuss beschließt, zu einer Gegenüberstellung antreten müssen, Sie als Ranghöchster von der FMA und Frau Dr. Tumpel-Gugerell von der OeNB – unter Umständen –, wenn das weiter so bleibt, dass man sagt, wenn irgend jemand behauptet, dieses Protokoll **entspricht nicht** den Tatsachen, dann muss man es dem, der sagt, das **entspricht** den Tatsachen, gegenüberstellen, und dann müssen die beiden dann sagen, was los ist, denn sonst wissen wir nicht, ob es ein echtes oder gefälschtes Protokoll ist, ein abgeändertes oder wie auch immer.

Ich frage noch einmal: Ist dieses Protokoll von der Oesterreichischen Nationalbank bis zum heutigen Tage beanstandet worden?

Dr. Kurt Pribil: Entschuldigen Sie, wenn ich sage: soweit, weil ich möchte ja nichts Falsches sagen: Soweit ich weiß **nein**. Ich wüsste auch nicht, von ... – Das wäre mir auch zu Ohren gekommen; so etwas muss mir zu Ohren kommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir bekommen wenig klare Antworten in diesem Zusammenhang von Auskunftspersonen, die immer versuchen, sich hinüberzuretten, dass das ja nur ein **Entwurf** ist.

Dr. Kurt Pribil: Also bei mir, um ganz klar zu sein, bei mir wurde das Protokoll nie beanstandet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist eine klare Antwort, und das ist eigentlich das, was wir in dem Ausschuss hören wollen: klare **Antworten**.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Dr. Pribil, noch einmal zusammenfassend: Der Prüfungszyklus der BAWAG ist ja auch wahrscheinlich, wenn Sie das aufgearbeitet haben, nehme ich an, und beurteilen, ein höchst eigenartiger, wenn man vom Jahre 1994 ausgeht: über sechs Jahre nicht geprüft, dann gibt es den Prüfungsbericht des Herrn Mayerhofer vom Jahr 2001 mit einer Reihe von Beanstandungen, dann beschließt man im Jahr 2002, statt einer Vor-Ort-Prüfung eine Teilprüfung durchzuführen, die sich im Großen und Ganzen darauf konzentriert, die Zusammenführung BAWAG – P.S.K. zu durchleuchten, beziehungsweise die EDV unter die Lupe zu nehmen, aber über einen relativ langen Zeitraum keine wirkliche Hauptprüfung zu machen.

Das, was mich interessieren würde, und es kann sein, das Sie das jetzt schon beantwortet haben oder damit beantwortet haben wollen, ist: Wenn die FMA jetzt ein Unternehmen unter die Lupe nimmt wie die BAWAG, eine so wichtige Systembank,

dann blättert sie ja wahrscheinlich auch zurück und wird in ihrer Beurteilung und Einschätzung irgendwann einmal auch auf die Frage stoßen: Wann wurde denn zum letzten Mal das Institut wirklich **umfassend** durchleuchtet von der Bankenaufsicht? Und ich frage mich: Ist das zum Zeitpunkt 2002/2003 niemandem aufgefallen, dass man im Grunde genommen immer wieder irgendwelche Gründe gefunden hat, eine solche groß angelegte Prüfung hinauszuschieben?

Einmal war es der Rechnungshofbericht, auf den man sich berufen hat, weil man den abwarten wollte, dann war es wieder die Fusion mit der P.S.K., die man abwarten wollte, et cetera. War das nicht auch eine Überlegung zu sagen: Eigentlich hat man eine so große Bank über einen sehr, sehr langen Zeitraum unbeobachtet gelassen, sage ich einmal sehr nüchtern. Ist das nicht auch einmal aufgefallen im Jahr 2002/2003?

Dr. Kurt Pribil: Drei Elemente: Hauptprüfung, Haupt- und Nebenprüfungen – das ist nicht ganz korrekt. Wir haben eine Vollprüfung, aber die Vollprüfung hatten wir bisher nur einmal, und das im Jahr 2006 bei der BAWAG, weil das zieht 15, 20 Leute an und dauert vier, fünf Monate.

Das können wir, damals schon überhaupt nicht und auch mit dem gegenwärtigen Personal ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Darf ich da kurz einhaken? (*Dr. Pribil: Ja!*) – Ist es nicht naturgemäß so, dass von 1994 bis 2006 **keine einzige** Vollprüfung bei einer so wichtigen Bank stattgefunden hat?

Dr. Kurt Pribil: Ich würde eher sagen, es gibt kleinere, sozusagen weniger schwer wiegende Prüfungen, wie zum Beispiel die Auflagenprüfungen, die CAD-Prüfungen. Und in dem Moment, wo wir uns – ich rede jetzt nicht nur von der BAWAG, sondern allgemein – das Kreditrisiko anschauen, die Organisation anschauen, ist das bereits eine relativ große, sehr große Prüfung, aber keine Vollprüfung. Weil Vollprüfung hieße rein von der Definition, **alles** anzuschauen. – Das könnten wir nicht, weil dann wären wir nicht in 50 oder 60 Banken drinnen, sondern vielleicht nur in drei, vier pro Jahr.

Das heißt, da ist trotzdem schon etwas passiert, aber ich bin weit davon entfernt zu sagen: Das alles war perfekt.

Und das Zweite ist: Es gab ja auch die bankaufsichtlichen Prüfberichte, also die speziellen Berichte der Wirtschaftsprüfer, und da muss man schon sagen: Die haben mehr oder minder alles auf „Grün“ gehabt, auch das Risiko-Management.

Für uns war – das ist das dritte Element; ich habe es ohnehin schon einmal gesagt – der Prüfbericht 2001 mit seinen Maßnahmen damals vom Finanzministerium abgearbeitet, geschlossen, sozusagen erledigt, und daher war das auch kein Element, auf das wir zurückgegriffen haben oder die Mitarbeiter, die wir auch aus dem Finanzministerium übernommen haben, zurückgegriffen haben.

Und die **BABs** kamen stärker in den Mittelpunkt – auch bei den Management-Gesprächen! –, und in diesen BABs stand alles auf „grün“.

Noch einmal: Das sind jetzt keine Entschuldigungen, es ist da trotzdem nicht alles in Ordnung, aber nur ein bisschen sozusagen auch die einzelnen Bewertungen, warum es so abgelaufen ist.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist uns ja mittlerweile allen klar geworden nach der – ich weiß nicht – 17. Prüfung, die wir uns damit beschäftigen, dass es eine Reihe unglücklicher Umstände gegeben hat, die eben auch ein wenig dazu beigetragen haben, dass Elsner und dass die BAWAG werken konnte, wie sie wollte.

Aus dem Protokoll der Einvernahme von Frau Tumpel-Gugerell geht hervor, dass die OeNB, also die Notenbank mehr oder weniger alle Schuld von sich schiebt und sagt: Wir haben 2001 einen sehr kritischen Prüfbericht erstellt, wo eine Reihe von Beanstandungen festgestellt wurden, und dieser Prüfbericht ist irgendwo im Finanzministerium verschwunden, untergegangen; keiner weiß, wo der gelandet ist.

Zudem hat natürlich auch die Notenbank keine Kompetenz, eine Vor-Ort-Prüfung oder eine Follow-Up-Prüfung zu verlangen, sondern nur in den einzelnen Kommissionen – ob das die Experten-Kommission war oder das Koordinationsforum – auf diese Umstände hinzuweisen.

Weiters sagt Frau Tumpel-Gugerell auch, dass eben die OeNB nur eine gutachterliche Tätigkeit verrichtet, und dass sie auch keine Möglichkeit hat, Bücher zu verlangen bei ihren Prüfungen, und dass ihr im konkreten Fall – bei der BAWAG – zu einzelnen Büchern und Unterlagen der Zugang verwehrt wurde.

Ich frage mich jetzt – Sie waren ja auch in diesen Koordinationsgesprächen mit anwesend –: War das zu irgendeinem Zeitpunkt einmal ein Punkt, über den man geredet hat, dass die BAWAG nicht bereit war, in alle Dinge Einsicht zu gewähren, die die Notenbank begehrt hat?

Dr. Kurt Pribil: Ich kann Ihnen seriös keine Bewertung geben, wie vor Entstehen der FMA die Dinge gelaufen sind, warum der Akt so abgearbeitet worden ist, wie er abgearbeitet wurde, warum die Mitarbeiter damals im Finanzministerium, die natürlich teilweise auch zu uns gekommen sind, das so gesehen haben. – Aus der heutigen Sicht und mit der Weisheit des Rückblicks stellt sich das natürlich anders dar.

Ich kann Ihnen aber nur sagen, wie wir heute vorgehen – auf Ihre konkrete Frage eingehend –, wenn es Probleme gibt und Banken Unterlagen nicht herausgeben. Und das leben wir auch! Das leben wir, ich will nicht sagen, täglich, weil das würde ein schlechtes Bild auf die Banken werfen, aber es kommt schon vor. Und wenn etwas nicht herausgegeben wird, werden wir unmittelbar von der Notenbank verständigt, und wir schreiten ein. Wir rufen in einem ersten Schritt sofort den Vorstand, den Generaldirektor an. Wenn er trotzdem die Unterlagen nicht herausbringt – dieser zweite Schritt war dann gar nicht mehr notwendig; ich glaube, in keinem der Fälle –, würden wir einen Bescheid erlassen, wenn das nicht hilft, entsprechende Verwaltungsstrafen, und wenn das nicht hilft, würden wir als letzten Schritt ein Geschäftsleitungsverfahren einleiten.

Das ist nicht notwendig gewesen! In der Regel – und so oft passiert das nicht, aber wenn etwas verweigert wird –: Anruf genügt! Und das tun wir auch, da sind wir ganz, ganz hart. Und das leben wir auch! Und seitdem es die FMA gibt in Zusammenarbeit mit der Notenbank, tun wir das auch, also das passiert auch. Da haben wir auch eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Notenbank.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das heißt, seit 2001 wird optimiert, was die Zusammenarbeit ...

Dr. Kurt Pribil: Ja. Nicht, dass jetzt 2002 schon alles perfekt war oder 2003, aber es ist wirklich eine deutliche Verbesserung in der Aufsicht, in der Kultur seit 2002 entstanden. Und wir sind noch nicht – das sage ich auch – am Ende: Es ist noch nicht alles perfekt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sagen Sie – jetzt am Rande –: Können Sie sich noch erinnern, von wem der Vorschlag gekommen ist, die BAWAG zu prüfen? War das jetzt die FMA oder war das die OeNB im Jahr 2002? Weil nach den Protokollen, die mir jetzt vorliegen, war es die FMA, die einen Vorschlag gemacht hat, im vierten Quartal 2002 eine Prüfung zu machen, und die Notenbank hat vorgeschlagen, darauf

zu warten, bis die Fusionierung abgeschlossen ist, um dann eine zusammenfassende Prüfung der BAWAG/P.S.K. stattfinden zu lassen.

Ist das von mir jetzt so richtig wiedergegeben? – Weil da gibt es unterschiedliche Darstellungen.

Dr. Kurt Pribil: Es gab die so genannte Expertenkommission noch im Jahr 2001 – also vor Etablierung der FMA –, und in einer der letzten Sitzungen der Expertenkommission haben sich BMF und Notenbank auf die nächste Prüfung der BAWAG im Jahr 2002 geeinigt. – Das stand einmal so da, das haben wir ursprünglich übernommen.

Und dann, im zweiten Koordinationsforum im August des Jahres 2002, gab es eben – auch verbunden mit dem Neustart, dass wir eben nicht mehr in Verzug sind – die Diskussion: Passt dieser Plan, oder passt dieser Plan nicht? – Und laut dem Protokoll und laut meiner Erinnerung gab es auch eine Wortmeldung der Notenbank, dass wir diese Prüfung der BAWAG nicht 2002, sondern 2003 machen – bezogen auf die Verschmelzung –, und daher sollte man die Verschmelzung noch passieren lassen; und gleichzeitig gab es Ressourcenknappheit.

Das war auch – auch diese Argumente, die die Notenbank da gebracht hat – durchaus verständlich, und das läuft in jedem Koordinationsforum ab. Sie müssen sich vorstellen, in jedem Koordinationsforum sprechen wir über den Prüfplan – oder in fast jedem; ich glaube sogar, in jedem –, über die nächsten Prüfungen, und ob es Schwerpunkte gibt. Und da sind Verschiebungen an der Tagesordnung – müssen auch an der Tagesordnung sein, weil wenn unsere Mitarbeiter oder Mitarbeiter der Notenbank beispielsweise hören oder erfahren, dass es irgendwo größere Probleme gibt, dann warten wir nicht bis zum nächsten Jahr, sondern schieben eine ein. Und dann muss natürlich in der Regel eine andere Bank nach hinten verschoben werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. Es ist nicht darum gegangen, eine Prüfung **einzuschieben**, sondern es geht immer um den Umstand: Warum wurde sie **aufgeschoben**?

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja eben, weil das ja die Vermutung nährt, dass durch die Fokusverschiebung weg von der BAWAG hin zur BAWAG/P.S.K. natürlicher Spielraum geschaffen wurde – nicht nur in zeitlicher Hinsicht, sondern auch in thematischer, prüfungsinhaltlicher Hinsicht. – Ist das niemandem aufgefallen oder auch für Sie aus heutiger Sicht nicht ein Umstand, den man hätte genauer diskutieren sollen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, das haben Sie schon beantwortet. (*Dr. Pribil: Nein! Darf ich es ...!*) Ist es Ihnen aufgefallen oder niemandem aufgefallen? Sie haben schon gesagt, Sie haben Verständnis für die Gründe gehabt. – Gibt es jetzt noch eine präzisierende Frage dazu?

Dr. Kurt Pribil: Es ist mir nicht aufgefallen, es konnte zum damaligen Zeitpunkt auch nicht auffallen, weil alle Analysesysteme – das wollte ich nur hinzufügen –, auch die Analysesysteme der Notenbank im grünen Bereich waren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. Und diese Analysesysteme werden mit Daten gefüttert, die aus den Banken kommen. – Ist das so? (*Dr. Pribil: Richtig, ja!*) – Damit es nicht so dasteht, als ob man eigene Analysedaten hätte.

Das Fragerecht geht über an die SPÖ.

Dr. Kurt Pribil: Entschuldigung, darf ich das auch nur sagen: schon noch Daten von den Banken, aber auch andere Erfahrungen, die einfließen. Das ist keine Frage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich muss leider wieder zurückkommen. Es ist ein bisschen schwierig, wenn es immer wechselnd ist. Ich muss noch einmal zu dieser ersten Runde zurückhüpfen, und zwar habe ich da noch zwei, drei kleine Fragen, und zwar: Diese Abfragen, wurden die damals händisch verarbeitet, elektronisch verarbeitet – die Ergebnisse dieser Abfragen Ihrer Mitarbeiter im August über SPÖ-Kredite bei der BAWAG?

Dr. Kurt Pribil: Die sind meines Wissens in einer Tabelle ausgeworfen worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wie ist die gespeichert im Haus? Ist die ausgedruckt worden? Abgelegt worden? Gespeichert? Das ist ja alles relativ leicht nachvollziehbar.

Dr. Kurt Pribil: Darf ich mich kurz beraten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie es nicht wissen, sagen Sie, Sie wissen es nicht!

Dr. Kurt Pribil: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mich interessiert nur, was Sie wissen. Mich interessiert null, was Ihre Vertrauensperson weiß.

Dr. Kurt Pribil: Das ist so technisch ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich gebe mich absolut damit zufrieden, wenn Sie sagen: Ich weiß es nicht.

Dr. Kurt Pribil: Ja. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie haben das nie untersuchen lassen, ob diese Daten dann ausgedruckt wurden, wer Zugang dazu hatte. Das war Ihnen nie wichtig. Bei der Beantwortung des Briefes an Dr. Lansky haben Sie das nie in irgendeiner Form untersuchen lassen.

Dr. Kurt Pribil: Nein, aber ich müsste mich jetzt wiederholen. Die Argumente habe ich schon gebracht, weil das auch ein absolut täglicher Vorgang ist – nicht nur bei der BAWAG, bei allen anderen Banken!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es zeigt nur einen gewissen Kulturunterschied, wie er in der OeNB herrscht und wie er bei Ihnen im Haus herrscht. Die OeNB geht solchen Vorwürfen, auch wenn sie noch so unkonkret sein mögen, immer detailliert nach – über die interne Revision, über interne Untersuchungsvorgänge –, legt hier auch Bericht natürlich denjenigen, denen diese Fragen gestellt werden, und ist relativ gut informiert einfach über das, was passiert. Und das ist einfach eine andere Kultur. Und das ist ja okay, wenn die Kultur bei Ihnen anders ist. Wenn bei Ihnen Clean Desk Policy vorherrscht, herrscht in der OeNB anscheinend mehr als nur Clean Desk vor.

Aber das ist nur eine Feststellung. Ich darf mein Fragerecht weitergeben an Frau Kollegin Trunk. (*Obmann-Stellvertreter **Bucher** übernimmt den Vorsitz.*)

Dr. Kurt Pribil: Ich würde es anders bewerten. Aber ich habe es auch schon vorher dargelegt, warum – und daher im Sinne der Zeitökonomie ... (*Abg. **Krainer:** Das war ja ausdrücklich eine Bewertung meinerseits und auch als solche gekennzeichnet!*)

Obmann-Stellvertreter Josef Bucher: Die Uhr läuft.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Herr Dr. Pribil, ich muss noch einmal ganz kurz zurück, weil ich gestern bei der Befragung des Herrn Ittner auch mitgeschrieben habe, weil es immer wieder um die Frage geht: Wer hat welche Tendenz betreffend die

verschiedenen Prüfungen in den Protokollen, Sitzungen und in Gesprächen an den Tag gelegt. Herr Ittner hat wörtlich gesagt:

Weil wir ja bis gestern – offiziell dieser Ausschuss – dann durch interne Recherchen mit der Tatsache konfrontiert wurden, dass es diese so genannte CAD-Prüfung, die es aber gegeben hat – weil bei uns auch die Unterlagen vorliegen –, nicht gab.

Dr. Traumüller hat gestern auch vor Beginn der Befragung dann richtiggestellt, dass er falschen Informationen aufgesessen ist und hat erklärt, dass es diese CAD-Prüfung gegeben hat.

In diesem Zusammenhang hat Herr Ittner gemeint:

Es fand die CAD-Prüfung und auch Teilprüfung statt, beides wurde der FMA übergeben und wir haben – und jetzt kommt das für uns Wesentliche –, wir, die OeNB, haben weder Prüflisten noch Prüfaufträge abgeändert.

Können Sie diese Meinung teilen? Oder ist Ihre Meinung und Wahrnehmung eine andere?

Dr. Kurt Pribil: Ich glaube, das sind jetzt zwei Punkte. Das eine ist die CAD-Prüfung. Das haben Sie absolut richtig – jetzt aus meiner Sicht – gesagt und wiedergegeben. Ich habe vorher auch den Ablauf geschildert. Und das sind auch so standardisierte Punkte, dass es da überhaupt Fragen dieser Art nicht gibt.

Das andere sind überhaupt die Prüfprogramme, wie sie entstehen, und es liegt mir fern, irgendwelche Schuldzuweisungen zu machen oder mich da abzuputzen – überhaupt nicht! Diese Prüfprogramme – und das macht auch Sinn! – werden gemeinsam mit der Notenbank erstellt. Wir hören auch zu, wenn die Notenbank das eine oder andere Argument vorbringt. – Das ist auch gut so! Am Ende des Tages geben wir den konkreten Prüfauftrag, und die Notenbank hat auch da keinen Anlass, diesen Prüfauftrag abzuändern, wenn sie anderer Meinung ist, dann artikuliert sie das vorher, und das wird mit unseren Abteilungsleitern und Bereichsleitern abgestimmt. Und da gab es auch im Vorfeld nie große Probleme. Wenn ich sage „nie große Probleme“: Mir sind keine Probleme bekannt.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Das heißt, noch einmal zusammenfassend für das Protokoll: Sie haben keine Wahrnehmung, dass seitens der OeNB ein Prüfauftrag, der von der FMA an sie ergangen ist oder in der vorigen Diskussion abgeändert wurde, Termine verschoben wurden oder dergleichen.

Dr. Kurt Pribil: Nein, das wird vorher gemacht, daher haben wir auch das KoFO. Wenn es sozusagen größere Auffassungsunterschiede gibt, dann werden die deutlich adressiert – entweder im Abteilungsleiterforum oder im Koordinationsforum –, wie das bei guten Partnern auch üblich ist, und dann am Ende geht ein Prüfauftrag hinaus, und der wird dann nicht mehr abgeändert. Zumindest ist mir kein Fall bekannt.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Jetzt springe ich wieder von der Situation in die Situation der immer wieder im Raum und auch öffentlich dargestellten Indiskretionen seitens der FMA. Ich teile durchaus die Auffassung des Kollegen Stummvoll, wenn er sagt, hier geht es um bessere Gestaltung und Effizienz in Zukunft. Eine Anmerkung, Herr Kollege Stummvoll, füge ich hinzu: Ohne Vergangenheitsbewältigung, Analyse und Fehler- und Richtigkeitsanalyse können wir auch schwer die Zukunft besser gestalten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*) Also daher meine Frage:

Es ist ja nicht nur um SPÖ-Kredite bei der BAWAG gegangen, sondern es gibt ja auch andere Menschen, wie etwa den RZB-Chef Rothensteiner, der im „WirtschaftsBlatt“ vom 23. Februar 2007 nicht unerhebliche – also ich zitiere ihn da nicht – Vorwürfe

gegenüber der FMA gemacht hat und gemeint hat, dass halt Amtsgeheimnis unterliegende Informationen an die Medien langen. – Damit wir kürzer sein können: Also einmal der Vorwurf Rothensteiner.

Der zweite Punkt ist: Es hat bei einer Aufsichtsratssitzung der FMA – die war im Dezember 2006, den Tag weiß ich jetzt nicht ganz genau – offensichtlich eine Auseinandersetzung oder Beschwerde und Kritik des Gouverneurs der Nationalbank Dr. Liebscher gegeben. Angeblich hätte er dann auch wutentbrannt diese Sitzung verlassen, weil auch er aufmerksam gemacht hat, dass es im Zusammenhang FMA und Amtsgeheimnisse Indiskretionen gibt.

Ein weiterer Punkt ist, dass die BAWAG am 22.3.2006 der FMA ein achtseitiges Dossier übermittelt hat. Dieses Dossier wurde nur der FMA übermittelt, und dieses Dossier und Auszüge daraus erschienen dann am 27.3.2006 im „profil“.

Also ich bleibe jetzt einmal bei diesen drei nicht unwesentlichen, auch in der Öffentlichkeit formulierten schweren Vorwürfen gegenüber ... – Rothensteiner hat es dann überhaupt den FMA-Vorständen zugeordnet. Ich denke, das ist ein Problem, das die Glaubwürdigkeit der FMA berührt, und ein Problem, das den gesamten Bankensektor und die Wirtschaft berührt.

Wie sind Sie erstens mit diesen offenen Vorwürfen umgegangen? Und zweitens – das ist bis jetzt nicht herausgekommen – gibt es ganz sicher von Ihrer Seite Einsicht, dass man sagt, man muss da andere Sicherheitssysteme einführen – beispielsweise wie es die OeNB macht oder andere Formen. Denn ich denke, wenn man ständig damit konfrontiert wird, dann ist das eine Rufschädigung der FMA, und das ist sicher nicht in Ihrem Interesse.

Dr. Kurt Pribil: Keine Frage, wir nehmen das sicher sehr ernst, und deshalb habe ich auch die Maßnahmen genannt, die wir da gesetzt haben. Ich darf auch noch erwähnen, dass wir deshalb auch das Aktenwesen auf **ELAK** umgestellt haben – das habe ich zuerst noch gar nicht gesagt – mit ganz klaren Zugriffsbeschränkungen. Da arbeitet auch die interne Revision mit daran; **Clean Desk Policy** habe ich schon gesagt, auch eine strenge Compliance-Ordnung, die wir haben, die wir weiterentwickeln. Also, da passiert etwas und da geben wir uns nicht zufrieden.

Zu den drei Punkten, die Sie gesagt haben, darf ich mit dem letzten beginnen. Das haben wir sehr wohl genau verfolgt und dann auch recherchiert. Da sehen Sie auch, wie sich das manchmal zuträgt und zwar wie folgt:

Wir haben – das ist richtig – die BAWAG im 1. Quartal 2006 aufgefordert, uns genaue Unterlagen zu liefern – in dem Moment, als wir von den Karibikgeschäften gewusst haben. Am Tag bevor wir diese Unterlagen, dieses Dossier, von dem Sie gesprochen haben, bekommen haben, wurde unser Pressesprecher am Abend von einem Journalisten angerufen, der gesagt hat: Bitte, stimmt das, was da in diesem Dossier drinnen steht? – Und wir haben das noch gar nicht gehabt!

Wir haben darauf gesagt, wenn das überhaupt noch nicht so ist – wir werden unter Umständen wieder angegriffen werden –: Wir möchten genau wissen, wann dieses Dossier übergeben wird. Am nächsten Tag ist es tatsächlich übergeben worden. Dr. Hysek, unser Bereichsleiter, ist mit dem zugemachten Dossier zu uns gekommen – zu Heinz Traumüller und mir –, und wir haben gemeinsam dieses Dossier aufgemacht, erstmals in Händen gehabt. Im „profil“-Artikel – offensichtlich, ich weiß jetzt gar nicht, ob es der „profil“-Artikel war – sind dann Dinge gestanden, die genau in diesem Dossier sind. Man hat das dann uns unterschoben, aber in dem Fall absolut auch unrichtig. Und das können wir auch eindeutig belegen, dass das nicht von uns hinausgegangen ist.

Der zweite Punkt – Aufsichtsratssitzung 2006 –: Da gab es eine Diskussion. Aber da gab es keine Diskussion, soweit ich mich jetzt erinnern kann, über generelle ... Vielleicht gab es die Anfrage auch, das mag sein, ich möchte jetzt nicht etwas Falsches sagen. Aber im Mittelpunkt stand die Tatsache, dass wir uns da mit einem Leserbrief an die Öffentlichkeit gewandt haben. Dieser Leserbrief war etwas scharf formuliert – das führte zu größeren Diskussionen.

Und die Punkte, die, soweit ich jetzt weiß, Generaldirektor Rothensteiner – wir sind da auch in enger Diskussion mit ihm –, gerade was die BAWAG betrifft, gesetzt hat: BAWAG – muss ich auch sagen –, da sind wir verpflichtet gewesen – und ich tue mich jetzt schwer, weil ich niemand anderen beschuldigen will! –, über den § 16 mit sehr vielen anderen Institutionen, auch mit dem BMF zu kooperieren, die Informationen weiterzuleiten. Und da ist wieder der Multiplikator so groß, dass man keine Chance hat, zu eruieren, von wo das hinausgegangen ist. Auch da lege ich meine Hände ins Feuer.

Aber – letzter Satz – ich bagatellisiere trotzdem nicht, wir nehmen das sehr ernst. Wo wir können, werden wir – und das tun wir auch laufend – die Maßnahmen verschärfen.

Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ): Sind Sie persönlich informiert – weil die OeNB ist mit diesen Fakten auch konfrontiert worden, haben zusätzliche Sicherheitssysteme eingebaut –: Wie ist der Umgang mit den Laptops? Wie schaut es mit der Sicherung der Daten aus? Für uns Parlamentarier gelten ähnlich Vorsichtsmaßnahmen im Umgang mit dem Laptop – wo ich den lagern darf, was passiert, wenn er entwendet wird. Das heißt: Wie ist es wenn solche Laptops und andere außer Haus – was logisch ist – gebraucht werden? Gibt es Verschlüsselungen, Kennzeichnungen, so dass man ganz genau weiß, FMA leitet dieses Material, Protokoll, Dossier an X weiter, damit man das auch nachvollziehen kann?

Dr. Kurt Pribil: Absolut. Wir haben da zusätzliche Standards noch, was die Laptops betrifft, wer einen Laptop haben kann. Zugang mit dem Laptop ins Haus haben nur ganz wenige Leute – die Vorortprüfer zum Beispiel, die brauchen das, wenn sie dann in Kärnten oder in Vorarlberg oder in Tirol beispielsweise arbeiten. Und wir haben natürlich auch Handys und BlackBerrys, wo man auch Dinge ablesen kann, die streng vertraulich sind, wo wir zwei, drei – bei den BlackBerrys zwei – Schlüsselcodes haben, so dass, wenn das wirklich verloren geht, nur die **berechtigte Person** Zugriff hat. Wir wissen natürlich auch, wer diese BlackBerrys hat. – Da gibt es noch viele Maßnahmen, die ich jetzt nicht alle auswendig weiß, aber ich bin sehr wohl darüber informiert.

Obmann-Stellvertreter Josef Bucher: Das Fragerecht geht an die ÖVP. – Keine Fragen. – Bitte, die Grünen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Pribil, ich habe das vorhin nur mit einem Ohr mitgehört, aber nur zur vollständigen Information. Sie waren natürlich nicht Mitglied der Expertenkommission, die dann ihre Aufgabe verloren hat, als die FMA installiert wurde. Die Nachfolgeorganisation war ja dann dieses Koordinationsforum. Aber Sie waren, wenn ich mich richtig erinnere, das eine oder andere Mal am Schluss dort Gast. – Das ist eigentlich nur ein Vollständigkeitsvermerk. Können Sie trotzdem sagen, ob das auch so zutrifft?

Dr. Kurt Pribil: Ich musste selbst nachschauen, weil auswendig wusste ich es nicht mehr. Ich war bei den letzten vier Expertenkommissionen Gast – das ist richtig. Als Gast habe ich gesehen, welche Punkte dort besprochen worden sind. Und da sind verschiedene Themen angerissen worden, aber keine speziellen Punkte, soweit mir erinnerlich, über die BAWAG.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich verbinde eigentlich gar keinen weiteren besonderen Vorhalt damit, nur so eine Art Vollständigkeitsvermerk. Mir geht

es aber weiter darum, dass dann die Gespräche des Koordinationsforums stattgefunden haben. Und dann ist das Zweite schon Thema der Befragung Stadler gewesen.

Aber eine Sache in diesem Zusammenhang interessiert uns noch – neben dem Hin- und Hergeschiebe des Zeitpunkts. Es hat – wenn ich jetzt noch einmal zur Unterlage des Kollegen Stadler greife – auch das Managementgespräch eine bestimmte Rolle gespielt, und ein solches hat dann auch stattgefunden. Da waren Sie aber nicht dabei – geht sowohl aus den Unterlagen zur Vorbereitung, die wir jetzt auch kriegen, als auch beim Gespräch selbst: nicht dabei.

Ich frage Sie trotzdem: Aus der Perspektive des zweiten Koordinationsforums hat dieses Managementgespräch doch eindeutig auch in gewisser Weise eine ergänzende, wenn nicht gar eine ersatzhandlerische Rolle in der Argumentation gespielt, wenn man nun letztlich erst 2003 die BAWAG prüft und nicht wie ursprünglich 2002. So geht es aus diesem viel zitierten Protokoll hervor.

Ist das Ihrer Erinnerung nach auch richtig so, dass das Managementgespräch nicht eine völlig separate Übung war, die es formal schon ist und immer wieder auch mit verschiedenen Instituten durchgeführt wird, aber dass in dem Fall das Managementgespräch auch als Argument dazu gedient hat, besser zu untermauern, dass eine Verschiebung der BAWAG-Vor-Ort-Prüfung vertretbar ist? (*Obmann Dr. Graf übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Dr. Kurt Pribil: Dieses Argument wurde in der Sitzung des zweiten Koordinationsforums gebracht. Das ist richtig, aber man muss auch sagen – und das ist aus meiner Erfahrung mit anderen Managementgesprächen –: Ein Management-Gespräch ist ein wichtiges Instrument, ist ein Teil der gesamten Aufsichtstätigkeit, kann aber eine Vor-Ort-Prüfung nicht ersetzen. Ich glaube, das war auch nicht gemeint in der Diskussion im zweiten Koordinationsforum.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War nicht gemeint, wie dem auch sei. Ich kann Sie jetzt nur nach Ihren Wahrnehmungen fragen, da Sie ja beim Gespräch mit der BAWAG, mit dem Vorstand nicht dabei waren. – Ist das richtig im Übrigen? (*Dr. Pribil: Ja!*) – Waren Sie bei der Vorbesprechung dabei?

Dr. Kurt Pribil: Nein, wir haben uns das ein bisschen aufgeteilt. Trotzdem trifft mich genauso die Verantwortung, das ist keine Frage.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Waren Sie bei der Erstellung der Unterlagen dabei? Da gibt es ja eine sehr üppige Unterlage, die wiederum zur Vorbereitung des Vorbereitungsgesprächs gedient hat. – Waren Sie daran beteiligt? (*Dr. Pribil: Nein!*) – Ich frage Sie jetzt nur mehr nach den Wahrnehmungen, nicht nach Ihren Wertungen. Haben Sie davon Kenntnis erlangt, dass dann die Dinge, die im Zusammenhang mit dem Prüfbericht 2001 standen, der, wie aus den Unterlagen hervorgeht, ganz offensichtlich eine Rolle in der Vorbereitung gespielt hat, haben Sie, im Nachhinein ja wohl nur, Kenntnis davon erhalten, ob oder ob nicht die angesprochenen Punkte aus dem Prüfbericht 2001 in diesem Managementgespräch dann im Jänner 2003 eine Rolle gespielt haben?

Dr. Kurt Pribil: Aus einer Wahrnehmung, die sich jetzt ein bisschen aus dem Studium der Akten bezieht, kann ich zu dem Stellung nehmen, weil im Jahr 2003 hatte ich dazu keine Wahrnehmung. Ex post ist jetzt die Wahrnehmung, dass es da eine oder zwei Fragen dazu gab, aber die aus damaliger Sicht, also mit Bezug auf 2001, keine große Beunruhigung im Sinne von Aufwerfen neuer Probleme bringen hätten können. Jetzt im Rückblick, mit dem Wissen, was alles passiert ist, wäre diesen Fragen natürlich eine andere Wertigkeit zugekommen, das ist klar, aber im Gespräch selbst aufgrund meiner

Eindrücke der jetzigen Aktenlage war das Thema aus dem Jahr 2001 kein prominentes.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie dann bei Ihrer Recherche sozusagen im Nachhinein auch Kenntnis davon erhalten, dass es in den vorbereiteten Unterlagen sehr wohl einen prominenten Platz gefunden hat, insbesondere allein nur bei den Punkten und Fragen, die die Notenbank übermittelt hat für diese vorbereitende Unterlage?

Dr. Kurt Pribil: Also ich persönlich jetzt nicht. Es gab in der FMA-Unterlage, glaube ich, die eine oder andere Frage noch aus der Ableitung der OeNB-Unterlage, soweit ich das jetzt richtig sehe, aber Schwerpunkt der Vorbereitung aus meiner Ex-post-Sicht war die laufende Geschäftsentwicklung, war Fokus die Zusammenführung IT Allegro, war Fokus die Verschmelzung und war Fokus der bankaufsichtliche Prüfbericht, also nicht der Prüfbericht 01 der OeNB, sondern der bankaufsichtliche Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber vor dem Hintergrund, dass Sie bei der Expertenkommission dabei waren und dass das im Koordinationsforum einen gewissen Zusammenhang gehabt hat mit den BAWAG-Prüfungsvorgängen, aus deren Malversationsgeschichte heraus haben Sie dann irgendwann einmal nachgefragt, ob das Managementgespräch auch in dieser Hinsicht ergiebig war und ob man – jetzt formuliere ich einmal salopp – wieder eine Spur ruhiger schlafen konnte, was die BAWAG betrifft, weil ganz harmlos waren ja die Aufzeichnungen und Erkenntnisse, die es damals schon gab, auch nicht?

Dr. Kurt Pribil: Wenn man sich den Prüfbericht jetzt in Kenntnis dieser drei Impacts, wie ich es vorher genannt habe, anschaut, dann findet man natürlich sehr wohl andere Bewertungen, als vielleicht die Mitarbeiter des Finanzministerium damals getan haben, aber das ist eine persönliche Bewertung. Mit der Weisheit des Rückblickes ist das immer sehr leicht.

Faktum ist, dass für uns ... – Das sind drei Elemente gewesen. Das eine ist – ich habe es schon erwähnt, aber ich wiederhole es, denn es ist wichtig –, dass der Prüfbericht 2001 abgearbeitet, erledigt und geschlossen war. Wir haben damals im Jahr 2002 62 000 Akte übernommen, mehr als 62 000 Akte, und wir haben uns natürlich nur auf die offenen Akte konzentriert.

Das zweite Element war, dass alle Analysesysteme, von der Notenbank, von uns, die wir begonnen haben zu entwickeln, die BAWAG voll im grünen Bereich hatten. Das muss man auch sagen.

Das Dritte war eben der bankaufsichtliche Prüfbericht, der auch zu den Risikosystemen der Bank keine Beanstandungen hatte und alles mit Ja, das heißt mit „erfüllt“, angekreuzt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, ich möchte Sie zu diesem Akt befragen, den Ihnen jetzt der Herr Dr. Traxler vorgelegt hat. In diesem Akt ist die Unterlage „**Info Bankgespräch**“, die die SPÖ das letzte Mal hier im Ausschuss verteilt hat, weil wir diese Unterlage von der Finanzmarktaufsicht nicht bekommen haben. Sie ist aber diesem Akt angeschlossen. Ich habe bei der letzten Befragung von Herrn Dr. Traumüller diesen Akt intensiv studiert; ich weiß, dass er drinnen ist. Auf einer der späteren Seiten, wobei unser Seitenausdruck mit dem da drinnen, nicht identisch ist, macht aber nichts, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Daher wäre es interessant zu wissen – der kann ja nur aus dem Computer der FMA kommen –, wer den weitergegeben hat. Dem sollten Sie

nachgehen. (Abg. **Krainer**: Das ist eine sehr **undichte Behörde**, wie wir heute schon gehört haben! – Abg. Mag. **Kogler**: Nicht undicht, **zensurierend** in dem Fall!)

Dr. Kurt Pribil: Das mit der „undichten Behörde“ darf ich zurückweisen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich bin nicht unglücklich darüber, dass die SPÖ diese Information bekommen hat – das sage ich einmal dazu –, denn sonst hätten wir sie immer noch nicht bekommen. Sie ist nämlich ein weiteres Indiz zu folgendem Vorgang: Sie haben in dieser Expertenkommission erfahren, da gibt es ein Problem, und es gibt einen Problembereich 2001. Dann mussten Sie davon ausgehen – da teile ich die Einschätzung des Kollegen Buchner –, dass man, bevor man eine Prüfung beginnt, zunächst einmal schaut: Was haben wir bisher an Prüfungen im Archiv aufliegen? In der Volksanwaltschaft ist das so, dass sogar die ganzen Akten aus dem Jahre 1977, 1979 noch bei jeder Prüfung mit angeschlossen werden. Das entspricht der Prüfungserfahrung, die ich auch aus anderen Bereichen habe, wie ich noch bei der Finanzverwaltung vor meinem Studium tätig war. Das ist also mit Sicherheit auch in Ihrer Behörde so gewesen.

Jetzt kommt als dritter Beleg dazu die Formulierung, die offensichtlich Ihre Mitarbeiterinnen, Frau Mazurkiewicz und Frau Mag. Orisich gewählt haben, wo es heißt:

OeNB-Prüfungen, 2. Punkt, Dezember 2000, Prüfauftrag gemäß § 70 Abs. 1 Bankwesengesetz – und dann wird der Prüfgegenstand schlagwortartig erwähnt.

Ferner heißt es: Beim internen Kontrollsystem der Tochterunternehmen war die mangelnde Funktionstrennung zu kritisieren. Weiters sollten die Strukturen für ein funktionierendes Risikomanagement verbessert werden. Die Geschäftsabwicklung über die Austost Schaan und Austost Guernsey wurde nicht im Rahmen der Konzernrevision überprüft.

Und später kommen dann noch zwei weitere Auffälligkeiten im Bereich des Filtersystems. Auf die möchte ich jetzt gar nicht eingehen, das ist ein anderes Kapitel.

Wenn ich mir das vor Augen halte, vor dem Hintergrund dessen, was Sie aus den Expertenrunden wissen mussten, vor dem Hintergrund des Umstandes, dass man für eine Prüfung auch sein Archiv befragt, dann erklären Sie mir, wie es möglich ist, dass man nicht sofort dafür gesorgt hat, dass man bei der dann stattgehabten Prüfung des Jahres 2003 auf diese Probleme zurückkam, sondern sich nur mehr um die Zusammenführung gekümmert hat, um diesen so genannten Prüfungsschwerpunkt Nummer drei – wir haben ja auseinander gehalten, dass es drei Prüfungsgegenstände gab –, und den heißen, brisanten, noch offenen Prüfungsgegenstand eins völlig ignoriert hat, auch bei der Formulierung des Prüfungsauftrages durch Ihre Behörde!

Dr. Kurt Pribil: Aus meiner Sicht stellt sich das schon anders dar, weil die BAWAG in den ersten Monaten und danach nie als Problembank genannt war, aufgeschienen ist und in den Expertenrunden, in der Expertenkommission als Vorläufer des Koordinationsforums auch nie über die BAWAG als Problem gesprochen worden ist und für uns dieser Bericht 2001 – jetzt im Nachhinein verstehe ich das, ist schon klar – abgearbeitet war und auch vom Finanzministerium geklärt, dass da auch die Maßnahmen umgesetzt worden sind.

Als Basis dieses Management-Gespräches – wie gesagt, ich war nicht dabei – galt natürlich auch als wichtiges Element der **neue** Bericht, und das ist der allerneueste Bericht des Wirtschaftsprüfers, des Bankprüfers, der definitiv hier drinnen schreibt, dass die Interne Revision und Konzernrevision ihren Prüfungspflichten voll nach § 42 BWG nachgeht.

Das heißt, auch von der Seite her war es nicht ersichtlich, die Prüfung komplett umzustellen, zum **damaligen** Zeitpunkt. Und wir mussten damals schon ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wurde umgestellt! Sie hätten nur dabei bleiben müssen, was Sie ursprünglich vorhatten. Es wurde ja umgestellt! Das ist ja das Problem, dass der Prüfungsgegenstand umgestellt wurde, nämlich auf die Problematik Zusammenführung. (*Dr. Pribil: Ja!*) Das ist ein Aliud zum ursprünglichen Prüfungsgegenstand. Das ist ja das Problem! Wären Sie beim ursprünglichen Prüfungsgegenstand geblieben, wofür Sie einen Haufen Indizien gehabt hätten, als letztes Indiz dieses Vorbereitungspapier Ihrer Mitarbeiterinnen, dann wäre das früher aufgefliegen.

Dr. Kurt Pribil: Zum damaligen Zeitpunkt gab es eben aus unserer Sicht keine Indizien, keine Indizien für den ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die stehen ja da!

Dr. Kurt Pribil: Nein, wieso? Sie zitieren eine Stelle. Es gibt eine Frage zu Austost, es gibt eine Frage zur Funktionstrennung. Meines Wissens ist diese Frage auch dann im Managementgespräch genannt worden, aber das weiß ich nicht, ob diese Frage auch thematisiert worden ist und welche Antworten es da ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich muss Ihre Beunruhigung steigern: Sie wurde nicht thematisiert. Zumindest ergibt sich das nicht aus dem Protokoll. Das Protokoll liegt übrigens auch dem Akt bei.

Dr. Kurt Pribil: Ja, aber ich weiß nicht, ob es die Frage gab; ich war bei dem Managementgespräch nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aus dem Protokoll jedenfalls nicht, es sei denn, das Protokoll ist nicht richtig.

Dr. Kurt Pribil: Nein, aus dem Protokoll nicht, da gebe ich Ihnen Recht. Aber aus den Vorbereitungsunterlagen geht natürlich auch hervor, dass die letzten Prüfungen des Wirtschaftsprüfers ... – Und bei den Banken geht ja die Prüfung des Wirtschaftsprüfers bei weitem über die normale Abschlussprüfung hinaus, da gibt es eben einen speziellen Prüfbericht. Da ist die Interne Revision als positiv abgehandelt worden und viele andere Punkte auch, kein Einwand gegen § 39 beispielsweise. Das ist einer der wichtigsten Paragraphen des BWG. Und für uns, für die, die neu in der FMA waren, war der alte Prüfbericht abgearbeitet und geschlossen.

Das war die damalige Situation. Ich gebe Ihnen nur in einem Punkt Recht, wir konnten mit 2002 nicht sofort den Schalter umlegen und sofort die Kapazität auf 100 Prozent hochfahren. Im Gegenteil, wir hatten am Anfang im Jahr 2002 weniger Mitarbeiter als damals im Finanzministerium, weil, wie ich vorher gesagt habe, nicht alle übergekommen sind. Und wenn Sie bei der Übergabe, in den ersten Monaten sieben oder acht Banken in etwa haben, die auf Orange oder auf Gelb gestanden sind, und Sie haben wirklich begrenzte Ressourcen, dann setzen Sie die Ressourcen doch für diese Banken ein und nicht für die achte oder neunte Bank, die für uns sich damals als komplett auf Grün dargestellt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig korrekt, das halte ich Ihnen auch nicht vor. Ich halte Ihnen vor, dass der Prüfungsgegenstand verändert wurde. Ich halte Ihnen nicht vor, dass man nicht sofort dort aufgekreuzt ist, sozusagen mit dem Blaulicht und den Handschellen, ich halte Ihnen vor, dass der Prüfungsgegenstand umgestellt wurde. Das ist das Problem! Mit dem Umstellen des Prüfungsgegenstandes ist zumindest zwischen 2003 und 2005 die unselige Tätigkeit der Betroffenen und

mittlerweile unter Anklage stehenden Personen möglich gewesen. Das ist mein Vorhalt.

Den Einlegevermerk haben Sie ja augenscheinlich gekannt, Sie beziehen sich ja indirekt immer wieder darauf. Darf ich Sie jetzt fragen, wann Sie den Einlegevermerk des Dr. Heilingsetzer oder den, der dem Dr. Heilingsetzer zugerechnet wird – auf das komme ich noch extra zu sprechen –, vom 10. Dezember 2001 zur Kenntnis bekommen haben?

Dr. Kurt Pribil: Ich habe den Einlegevermerk nie gesehen. „Nie“ ist nicht ganz korrekt, ich glaube, das erste Mal Ende 2005.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie konnten Sie dann im Jahre 2002 beziehungsweise 2003 davon ausgehen, dass das Finanzministerium eh gesagt hat, das ist alles umgesetzt worden? Das haben Sie jetzt gesagt in der Aussage.

Dr. Kurt Pribil: Nein, *ex post* sage ich das! Damals wusste ich das nicht, ich habe auch den Prüfbericht nie gesehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, das ist mir wesentlich: Sie wussten es damals nicht. Das heißt, Sie wussten damals nicht, dass das Finanzministerium in einem falschen Einlegevermerk, sachlich unrichtigen Einlegevermerk behauptet hat, der Großteil der organisatorischen Änderungen sei ohnehin schon umgesetzt worden. Das ist nämlich entscheidend. Das heißt, Ihr Wissensstand zum Zeitpunkt 17. Jänner 2003 war, dass Sie davon keine Kenntnis hatten. In Unkenntnis dieser Falschbehauptung laut Einlegevermerk, aber in Kenntnis dessen, was in der Expertenkommission beraten wurde, und in Kenntnis dieser vorbereitenden Unterlage für das Managementgespräch hätten Sie sich zumindest für diesen heißen Teil interessieren müssen.

Dr. Kurt Pribil: Ich habe auch diese Vorbereitung nie gesehen, denn ich war auch nicht bei dem Managementgespräch dabei. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist richtig!*) – Wir haben uns das aufgeteilt, aber trotzdem, dass ich das gleich dazusage, ich schiebe da nicht die Schuld meinen Kollegen zu, weil wir sind da gemeinsam verantwortlich, nur ein bisschen müssen wir uns das aufteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, das ist richtig, was Sie jetzt sagen, aber für Ihre Behörde trifft es nicht zu. Für Dr. Grünbichler, den wir hier hatten, und die Mitarbeiterinnen, wobei Mag. Orisich und Mazurkiewicz auch nicht jene sind, die die Hauptverantwortung dafür tragen, aber für Dr. Grünbichler und für den Dr. Gancz trifft das auf jeden Fall zu, was ich gesagt habe.

Dr. Kurt Pribil: Aus meiner Sicht jetzt: Sie zitieren einen Punkt aus der Vorbereitungsunterlage als den ausschlaggebenden. Faktum war, dass ... – Ich kann jetzt nicht für alle Mitarbeiter, die früher im Finanzministerium ... – Ich will es so sagen: Sie müssen sich vorstellen, es gab für uns, aus meiner Sicht auch für Grünbichler – das ist jetzt natürlich eine persönliche Bewertung –, kein Indiz, dass irgendetwas zum damaligen Zeitpunkt nicht gelaufen ist. Wir sind auch in den Expertenkommissionen, im KOFO nie darauf zu sprechen gekommen. Die BAWAG war *immer* im grünen Bereich, und das haben, ohne Unterstellung, auch jene Mitarbeiter von der Notenbank und vom BMF so gesehen, die vorher mit dem Prüfbericht 2001, den wir sozusagen nicht kannten, befasst waren.

Die Vorbereitungsunterlage für das Management-Gespräch, auch nach Durchgehen von mir *ex post*, ist so, dass, wenn man die Ereignisse 2005, 2006 ausblendet, es primär positive Elemente gibt. Es ist richtig, diese eine Frage wurde vorbereitet, aber ohne zu wissen, dass es Verschiebungen in der Karibik gegeben hat, ohne zu wissen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Danke. – Bevor das Fragerecht übergeht, gebe ich bekannt, dass die uns vom Justizministerium zur Verfügung gestellten Unterlagen, 31 000 Seiten, nunmehr kopiert sind und im Lokal VIII für die Fraktionen zur Verfügung stehen. 15 000 Seiten, wo sich das Justizministerium bereit erklärt hat, selbst die Kopien anzufertigen, werden in den nächsten Tagen kommen, und 15 000 Seiten hat das Justizministerium bereits angeliefert. Das heißt, drei Viertel der uns zustehenden Unterlagen stehen im Lokal VIII für die Fraktionen bereit.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern der Druckerei dafür bedanken, dass sie das letztlich in 22 Stunden auf zwei Kopierern durchgehend bewerkstelligt haben, damit wir das endlich zur Verfügung haben. Danke! (*Beifall.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir gehen jetzt ein bisschen außerhalb unserer internen Vorbereitung vor, damit wir beim Thema bleiben. Vielleicht ist es dann leichter, wenn wir nicht so hin und her hüpfen.

Zu diesem Management-Gespräch: Ihr Vorstandskollege hat am 2. Feber gesagt – wenn ich zitieren darf –:

„Es war auch nur eine einzige Frage. Wenn ich es klar sagen darf, die einzige von der OeNB vorgeschlagene Frage, die sich auf den Prüfbericht 2000 bezieht, lautet:

Internes Kontrollsystem bei den Tochterunternehmen: Wie ist die Trennung der Funktionen in der Austost Schaan, der Austost Guernsey und der BAWAG International Finance Ltd. Dublin gewährleistet?“

Das ist, glaube ich, das Ende des Zitats von ihm:

„Das war die einzige Frage, die sich damals nach Vorbereitung durch die OeNB – das ist ein Fragenkatalog, den die OeNB übermittelt hat – auf den Prüfbericht 2000 bezogen hat und allenfalls als Restgröße aus der Prüfung verstanden werden konnte.“

Sie haben jetzt diese Aussage im Wesentlichen bestätigt.

Jetzt ergibt sich aber aus der Aktenlage, die uns im Ausschuss hier vorliegt, dass das einfach nicht stimmt, dass es objektiv **falsch** ist! Ich sage jetzt nicht, dass Ihr Kollege wissentlich die Unwahrheit gesagt hat, und auch nicht, dass Sie das wissentlich falsch gesagt haben. Aber es ist objektiv falsch.

Dem Ausschuss liegt hier die Analyse der BAWAG/P.S.K.-Gruppe fürs Management-Gespräch vor. Das ist, glaube ich, gestern dem Ausschuss hier im Lokal VI zugegangen. Das ist quasi das Papier, das die OeNB der FMA übersendet hat, und dazu gibt es mehrere Fragen. Da gibt es nämlich nicht nur diese eine Frage, sondern da gibt es zwei darüber hinausgehende Fragen ... (*Die Vertrauensperson Dr. Träxler spricht mit Dr. Pribil.*)

Bitte, die Vertrauensperson: Es interessiert mich einen **Scheißdreck**, was Sie da zu erzählen haben! – Seien Sie mir nicht böse, ich nehme einen Ordnungsruf dafür in Kauf. – Und ich nehme das auch gleich zurück.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sehr geehrter Herr Krainer, ich darf Sie bitten, die Würde dieses Hauses nicht zu verletzen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das geht mir so auf den Nerv! – Ja, ich nehme das zurück und entschuldige mich dafür!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Für diesen Ausdruck, den ich gar nicht wiederholen möchte, erteile ich Ihnen einen **Ordnungsruf!**

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe mich schon entschuldigt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und ich bitte um Mäßigung!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ich habe mich auch gleich entschuldigt, und ich werde mich mäßigen.

Ich ersuche die Vertrauensperson, nicht permanent von sich aus zu soufflieren! Das ist hier **nicht ihre Aufgabe!**

Es gibt nämlich zwei weitere Fragen, die hier stehen und **nicht** in das FMA-Papier übernommen wurden, nämlich:

Risiko-Management im Auslandskonzern: Wie wurden die Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren in Bezug auf die Offshore-Gesellschaften verbessert?

Das ist zum Beispiel eine Frage. Und es gibt, glaube ich, noch eine, und zwar:

Welche Prüfungshandlungen wurden 2000 und 2001 seitens der internen Revision bezüglich des Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahrens in Bezug auf die Offshore-Gesellschaften gesetzt – § 27 Abs. 9 BWG?

Das sind zwei weitere Fragen. Jetzt sage ich nicht, dass Sie das gewusst haben. Aber was klar ist, ist, dass Ihre Behörde über wesentlich mehr Informationen verfügt hat, als Sie hier glaubhaft zu machen versucht haben – und zwar seit Anbeginn dieses Ausschusses! Sie haben am Anfang gesagt, Sie wussten überhaupt nie etwas von diesem Bericht. Dann haben wir von Ihnen ein Papier bekommen, wo das drinsteht, nämlich mit einer Frage.

Sie geben immer nur genau das zu, was wir Ihnen hier nachweisen können, und – das ist mein Vorhalt – Sie enthalten uns einfach Akten vor, aus denen hervorgeht, dass Sie einen weitaus größeren Wissensstand hatten als bisher!

Ich kann Ihnen das vorlegen. Das betrifft wahrscheinlich nicht Sie persönlich, und wahrscheinlich haben Sie persönlich es auch gar nicht bearbeitet, aber die Verantwortung als Vorstand tragen Sie natürlich für das Unternehmen. Was mir hier auffällt, ist, dass Akten zurückgehalten werden, Informationen zurückgehalten werden und Sie immer nur das zugeben, was wir Ihnen hier schwarz auf weiß belegen können, und sonst nichts!

Ich darf das kurz vorhalten.

(Abg. Krainer begibt sich zu Dr. Pribil und legt diesem ein Schriftstück vor.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In diesem Zusammenhang möchte ich Herrn Kollegen Krainer nicht widersprechen. Das Problem haben wir mit vielen Stellen.

In diesem konkreten Fall, bei dem Vorhalt, Herr Kollege Krainer, wird das wohl so nicht stimmen, weil die Finanzmarktaufsicht, die Nationalbank und das Finanzministerium sich insofern akkordiert haben – nach Rücksprache mit dem Ausschuss –, dass jeweils **die** Institution uns die Unterlagen zur Verfügung stellt, die sie selbst erzeugt hat. Wenn also der OeNB-Bericht, den Sie jetzt vorgelegt haben, von der FMA nicht übermittelt wurde, dann ist das primär nicht der FMA anzulasten, sondern wäre – wenn er erst gestern gekommen ist – der OeNB anzulasten: warum die dreieinhalb Monate gebraucht hat, um uns diese Unterlage zur Verfügung zu stellen.

Wir haben viele andere Unterlagen, die die FMA erst auf Vorhalt herausrückt, das gebe ich auch zu bedenken – damit es nicht bei dieser stehen bleibt, denn dafür kann sie meiner Meinung nach nichts.

Sie haben den Vorhalt gehört. – Was sagen Sie dazu?

Dr. Kurt Pribil: Zum zweiten Vorhalt – wegen der Akten – darf ich meine Antwort vom Eingang wiederholen: Wir bemühen uns wirklich besten Wissens und Gewissens ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war jetzt nicht die Frage vom Kollegen Krainer. (*Dr. Pribil: Nein, aber das war auch ...*) Ich habe das als Vorsitzender sowieso schon, glaube ich, sehr zu objektivieren versucht.

Dr. Kurt Pribil: Okay, gut. Aber ich möchte darauf nur sagen: Dass wir da Akten vorenthalten wollen – also wirklich nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: So ist es zumindest bei den vieren, die uns vorliegen: Dazu haben Sie uns nicht einmal die Einlageblätter geliefert. Und dort wäre ...

Das sage ich jetzt an dieser Stelle: Weil uns die **FMA einen Akt unvollständig geliefert** hat, wie sich herausgestellt hat, haben wir einen **ganzen Nachmittag verloren**, weil wir in die falsche Richtung gefragt haben! Das heißt, es ist dies auch bereits für uns eine Belastung gewesen. – Ich möchte das nur sagen.

Wenn Sie das Einlageblatt mit dem Inhaltsverzeichnis mitgeschickt hätten, dann hätten wir uns einen halben Tag erspart! Nebst einer Auskunftsperson, die in Wirklichkeit zu Dingen befragt wurde, die selbstredend waren und die sie gar nicht hat beantworten können. – Das sage ich auch an der Stelle.

Daher: Wir bekommen leider von allen Institutionen die Akten unvollständig und schleppend! Darüber besteht, glaube ich, Konsens zwischen allen Parteien, und davon rücken wir auch nicht mehr ab! Wir hoffen, dass es in Zukunft besser wird.

Jetzt zu dem, was Kollege Krainer vorgelegt hat, zu diesem Bericht, der Ihnen zur Vorbereitung des Management-Gesprächs ja vorgelegen ist und in dem weitere Fragen aus dem Bericht des Jahres 2001 releviert werden. Die Frage dazu formuliert Kollege Krainer selbst.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was sagen Sie dazu?

Dr. Kurt Pribil: Was sage ich dazu? – Ich bin jetzt ein bisschen dort, wo es sehr leicht wäre, den Ball wieder zur Notenbank zurückzuspielen und zu sagen: Die haben da ..., und warum ...? – Das möchte ich eigentlich vermeiden. Aber ich darf trotzdem drei wichtige Punkte sagen.

Das eine ist: Es gab Beanstandungen, die hier in der Vorbereitung ersichtlich sind – interne Revision und dergleichen mehr –, aber genau **diese** Punkte aus dem Jahr 2000 sind laut Prüfbericht, der eingelegt war, betreffend die damaligen Maßnahmen des BMF, umgesetzt, laut diesem jetzt ex post eruierten Bericht; wie auch immer.

Die offenen Punkte, die sich aus diesen Vorbereitungsunterlagen ergeben, sind genau im BAP, im Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers, eineinhalb Jahre später als abgearbeitet abgehakt worden. Das heißt, viele dieser Fragen, die da aufgeworfen worden sind, sind in diesem BAP mehr oder minder schon beantwortet gewesen – aus meiner Sicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, nur eine Verständnisfrage: Wo sind die abgearbeitet gewesen?

Dr. Kurt Pribil: Im bankaufsichtlichen Prüfbericht. Das ist der aus den Unterlagen, die wir heute geliefert haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist der, der uns noch nicht vorliegt, weil er gerade noch gecheckt wird, und der uns erst vorliegen wird.

Dr. Kurt Pribil: Der noch nicht vorliegt, ja. Und dieser Prüfbericht vor Ort bestätigt (*Abg. Krainer: Genau der gleiche Zeitpunkt!*), dass die BAWAG zum damaligen Zeitpunkt blütenweiß war.

Was den zweiten Punkt betrifft, möchte ich nur Folgendes sagen; ich meine, das ist auch ein Punkt der OeNB. Die OeNB und Vertreter der OeNB waren ja auch bei diesem Management-Gespräch dabei! Und soweit **ich** weiß, gab es zwei Vorbereitungsunterlagen: eine aus unserem Haus, und die zweite aus der OeNB – die, die Sie mir gegeben haben! Diese Vorbereitungsunterlage für das Management-Gespräch hat uns die OeNB dankenswerterweise – oder wie das unter Kooperation ist – zur Verfügung gestellt. Das heißt, jeder der Beteiligten hat dort die Möglichkeit gehabt, Fragen zu stellen. Darum machen wir auch diese Prüfberichte gemeinsam. – Das möchte ich dazu sagen.

Da diese Antwort von mir jetzt danach klingt, dass es da künftighin überhaupt keinen Verbesserungsbedarf gibt: Natürlich gibt es einen Verbesserungsbedarf! Wir müssen dann schauen, dass wir noch mehr vor Ort gehen, OeNB und wir gemeinsam, mehr Vor-Ort-Prüfungen und vor allem mehr Follow-Up-Prüfungen machen.

Ich sage also schon auch: Wir wollen aus diesem Fall etwas lernen. Mehr Follow-Up-Prüfungen heißt dann, wirklich nach sechs Monaten, nach neun Monaten in die Institutionen hineinzugehen – **hartnäckiger**, als wir das bisher gemacht haben – und zu fragen: Ist das auch tatsächlich umgesetzt worden?

Ich sage nicht, dass alles paletti ist. Ich sage nur, dass es aus der damaligen Sicht **nicht** so selbstverständlich ist, dass man sich sofort auf das stürzt und sagt: Es kann nur so sein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das steht aber in eklatantem Widerspruch zu dem, was Ihr Vorstandskollege gesagt hat, was Sie gerade gesagt haben. Ich zitiere aus dem Protokoll vom 2. Feber; Ihr Vorstandskollege hat gesagt:

„Im konkreten Fall, was 2003 betrifft, wurde tatsächlich – ich habe es schon erwähnt – die Prüfungsvorbereitung gemeinsam mit der OeNB durchgeführt.“ (Dr. **Pribil: Ja!**) – Die Vorbereitung!

Ich zitiere weiter: „Es wurden auch seitens der OeNB konkret Fragen vorgeschlagen, die sich auf den Themenkomplex **On-Site-Prüfung 2000** bezogen haben.“

Das ist auch passiert. Es sind ja 17 Fragen in der Unterlage der OeNB, die Ihnen vorliegt, enthalten; aber nur **15** übernehmen Sie in Ihr Papier, das Sie uns hier vorlegen. Zwei sind irgendwie weggefallen, aus welchem Grund auch immer.

Dr. Kurt Pribil: Noch einmal, das sind, soweit ich weiß ... – Ich war, wie gesagt, beim Management-Gespräch nicht dabei, und ich kann daher auch nicht sagen, wie es genau abgelaufen ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kollege Traumüller war auch nicht dabei. Der war noch nicht einmal in der Firma. Aber deswegen hat er es trotzdem hier gesagt.

Dr. Kurt Pribil: Aber – noch einmal, nicht böse sein – ich sehe momentan den Widerspruch nicht. Wir haben ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gerade gesagt, es hat **zwei** Vorbereitungen gegeben; eine haben Sie gemacht, eine hat die OeNB gemacht. – Er hat gesagt, es gab **eine gemeinsame** Vorbereitung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zwei Unterlagen wurden vorbereitet. Das hat er genau gesagt.

Dr. Kurt Pribil: Zwei Unterlagen! Zwei Unterlagen sind vorbereitet worden. Darf ich das vielleicht aus meiner Sicht sagen? – Die ist authentisch, weil ich mich jetzt sozusagen zurück in das Jahr 2002/2003 „beame“.

Wir haben auch in Bezug auf die Zusammenarbeit gesagt, wir wollen sie besser machen, verbessern, indem wir die Management-Gespräche gemeinsam machen, gemeinsam vorbereiten. Das ist keine Frage. Trotzdem hat jede Organisation aus sich heraus eine Unterlage und eine Fragenliste gemacht.

Das war die Unterlage der OeNB, die bei uns eingegangen ist. Zusätzlich haben wir auch selbst eine Unterlage für die Vorbereitung gemacht. Das ist unsere gewesen, wobei, glaube ich, sogar die Unterlage der OeNB auch berücksichtigt worden ist. Das möchte ich gar nicht ausschließen. Ich weiß nicht, wie es genau gelaufen ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es sind nur zwei Frage weggefallen, genau die zwei Fragen, die ich vorhin vorgelesen habe. Sonst sind alle anderen Fragen wortwörtlich übernommen worden. Nur die zwei Fragen sind weggefallen.

Dr. Kurt Pribil: Ja, aber das hatte aus meiner Sicht – ich weiß jetzt nicht, warum – keinen besonderen Grund. Faktum ist, dass dort **beide** Organisationen aufgetreten sind und **beide** ein abwechselndes Fragerecht hatten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es fällt nur auf! Es fällt einfach auf, und Sie können es wahrscheinlich jetzt auch nicht aufklären. Es fällt einfach auf.

Dr. Kurt Pribil: Ich kann dazu nicht mehr sagen. Ich kann nur sagen, es sind beide dort. Und es geht mir jetzt nicht darum, irgendwem etwas zu unterstellen, der Notenbank oder früheren Mitarbeitern.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich etwas einfügen, damit wir da vielleicht weiterkommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich bin mit dem Punkt ohnehin schon fertig. Das ist erledigt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieser Akt, in dem auch die Vorbereitungsunterlagen für das Management-Gespräch enthalten sind, wird ja gerade kopiert, weil er uns jetzt vorliegt. Daraus ist ersichtlich – weil ich vorhin Einsicht genommen habe –, dass im Akt der FMA alle Unterlagen von der OeNB und von der FMA, auch die Vorbereitungsunterlagen, Teil dieses Aktes sind. Und zwar aneinander geheftet, aneinander gereiht, sodass in Wirklichkeit, wenn zwei Fragen fehlen, sie im Akt nicht fehlen. Sie fehlen vielleicht in der einen Unterlage; das ist ein Umstand, den man berücksichtigen muss. Aber das ist der Punkt.

Jetzt sage ich es noch einmal: Diesen bankwirtschaftlichen Prüfbericht haben wir als singulären Akt angeblich – ich muss das jetzt verifizieren lassen – im November bekommen. Weil die Akten auseinander gedröselte und uns **irgendwie** zur Verfügung gestellt werden, ist es für uns dann immer sehr schwer, die Zusammenhänge zu finden. Das hat uns die Arbeit im U-Ausschuss wirklich nicht erleichtert, dass wir die Zusammenhänge – wo gehört welche Unterlage in welchen Akt? – oftmals selbst herstellen müssen.

Da nützt es uns wenig, dass man sagt: die Unterlage haben wir Ihnen ja ohnehin – nebst zigtausend anderen – im November geschickt!, wenn sie aus dem Akt herausgenommen wird, kopiert wird und uns in einem ganz anderen Zusammenhang zur Verfügung gestellt wird. Da kann es dann schon passieren, dass wir bei Befragungen von Anhörungspersonen auf dem Holzweg sind. Deswegen tun wir uns ja auch so schwer.

Viel lieber hätten wir es so gehabt: Jeder Akt wird einfach kopiert, wegen des Bankgeheimnisses wird der Name des Betreffenden geschwärzt, und es wird uns der komplette Akt zur Verfügung gestellt. Dann hätten wir vom allerersten Tag an viel besser arbeiten können!

10 Sekunden hätten Sie noch. Noch eine nachstoßende Frage?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja. Das fällt mir auch schon die ganze Zeit auf: Die Vertrauensperson redet wie aufgezo-gen! (*Abg. Mag. Rossmann: Herr Träxler ist ...!*) Die ganze Zeit! Vor allem dann, wenn Sie reden, redet die Vertrauensperson immer wie aufgezo-gen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Verfahrensanwalt weist darauf hin, und das muss ich auch sagen: Wenn nicht einmal eine Frage gestellt ist, sondern wir uns, wie jetzt, intern besprechen, können sich die schon unterhalten.

Aber es ist richtig, dass mir das auch missfällt, dass wir bei den Auskunftspersonen unterschiedliche Qualitäten haben. Aber was sollen wir jetzt tun? – Wir müssen uns heute drüberhandeln, und in einer nächsten Geschäftsordnungsreform muss klargestellt werden, welche Aufgaben eine Vertrauensperson letztlich hat und was man sich nicht nur darüber vorstellt, was die Vertrauensperson macht, sondern auch, dass man sich rechtsfreundlich vertreten lassen kann, oder Ähnliches.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Im gegenständlichen Fall ist es ja aus noch einem Grund problematisch. Die Vertrauensperson war auch beim Vorstandskollegen hier, und die Fragen, die an Dr. Pribil kommen, sind zum Teil ähnliche gewesen wie die, die Dr. Traumüller gestellt wurden. Die Vertrauensperson könnte da auch die Antworten in einer gewissen Form synchronisieren – wenn ich jetzt ganz böse diese Unterstellung mache –, und das ist sicher nicht im Sinne des Gesetzgebers gewesen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das werden wir nie ausschließen können, dass zwei verschiedene Personen sich ein und dieselbe Vertrauensperson nehmen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, wir sind jetzt nicht sozusagen schuld daran, dass es nicht passiert ist. Das ist aber auch billig!

Letzte Frage: Da steht etwas von irgendwelchen – ich habe es Ihnen vorgelegt, es liegt mir jetzt selbst nicht vor – Off-Site-Analysen-Auffälligkeiten. Ich habe Ihnen ein Papier vorgelegt, das auf einer gewissen Seite aufgeschlagen war, Seite 7 oder 8 war das.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das schaut ein bisschen anders als das Original aus. Es ist anders formatiert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist anders formatiert, ja.

Dr. Kurt Pribil: „Filtersystem ...: Die BAWAG hat 2 Auffälligkeiten außerhalb ...“

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das passt schon. Dazu nur eine Frage: Wenn ich feststellen würde, dass die BAWAG nie Auffälligkeiten in der Off-Site-Analyse gehabt hätte – wäre das richtig? Oder wäre das falsch? (*Dr. Pribil: Entschuldigung, das habe ich nicht ...!*)

Wenn ich sagen würde: die BAWAG hatte in der Off-Site-Analyse nie Auffälligkeiten – wäre das richtig oder falsch?

Dr. Kurt Pribil: Das kann ich jetzt nicht sagen. Was heißt Auffälligkeiten? Wie definieren Sie genau Auffälligkeiten?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da steht ja: „Auffälligkeiten“. Sie sind der Fachmann, Sie wissen ja, was eine Auffälligkeit bei einer Off-Site-Analyse bedeutet.

Dr. Kurt Pribil: Ja. Aber ich habe deshalb nachgefragt, weil ich nicht genau weiß, was Sie damit verbinden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich verbinde damit den technischen Fachbegriff „Auffälligkeit“.

Dr. Kurt Pribil: Auffälligkeit heißt: im Vergleich zum Peer Review sozusagen nicht in der engen Bandbreite des Durchschnittes, um den Durchschnitt herum, sondern außerhalb.

Die zweite Frage ist noch: Was ist damit verbunden? Ist das erklärbar, oder ist das nicht erklärbar? – Eine Auffälligkeit kann durchaus etwas Positives sein, wenn sich eine Bank besonders abhebt. Eine Auffälligkeit ist es natürlich auch, wenn beispielsweise Fremdwährungskredite in höherem Maße vergeben werden. Daraus resultiert nicht unbedingt eine aufsichtsrechtliche Maßnahme, wenn das Institut beispielsweise die entsprechenden Mindest-Standards, die wir haben, erfüllt hat.

Das heißt, hier sind das konkret Auffälligkeiten, was die Steigerung der Bilanzsumme und außerbilanzielle Geschäfte betrifft. Ich gehe davon aus, dass das auch Teil des Management-Gespräches war. Aber daraus kann man nicht irgendwie aufsichtsrechtliche Konsequenzen ableiten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das habe ich nicht getan. Meine Frage war auch nicht, ob von Auffälligkeiten aufsichtsrätliche Konsequenzen abgeleitet werden können, sondern meine Frage war: Wenn ich sagen würde, die BAWAG war nie auffällig, wäre das richtig oder falsch?

Dr. Kurt Pribil: Da stehen zum Beispiel zwei Auffälligkeiten – also diese Definition, *nie* Auffälligkeiten, ist nicht richtig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat die OeNB auf Grund der Off-Site Analysen GVA-Verletzungen an die Bankenaufsichtsbehörde gemeldet, die dann natürlich auch aufsichtsrätliche Maßnahmen ziehen müssen? Hat sie das getan? Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Kurt Pribil: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie das gemacht hätte, dann müsste man auf jeden Fall sagen, dass die BAWAG auffällig war, oder?

Obmann Dr. Martin Graf: Was wäre, wenn?, ist ein bisschen schwierig zu beantworten.

Ich frage die Auskunftsperson, ob sie nach vier Stunden vielleicht eine kurze Pause benötigt? (*Dr. Pribil: Eine ganz kurze!*)

Ich **unterbreche** die Sitzung für 10 Minuten.

(Die Sitzung wird um 14.41 Uhr **unterbrochen** und um 15.05 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 15.05 Uhr – die **unterbrochene** Sitzung wieder **auf** und erteilt Abg. Stummvoll das Wort.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe nur noch eine kurze Wortmeldung, die ein Mittelding zwischen einer normalen Wortmeldung und einem Geschäftsordnungsdebattenbeitrag ist.

Wir haben heute mehrmals die Frage erörtert, was die Vertrauenspersonen betrifft. Jetzt habe ich noch einmal in unserer Verfahrensordnung nachgelesen. Da steht Folgendes drinnen – auch für künftige Vertrauenspersonen –:

„§ 14 Abs. 1, 2. Satz: Deren Aufgabe“ – der Vertrauensperson – „ist die Beratung der Auskunftsperson.“

Dann gibt es einen Kommentar dazu, in dem es heißt: „Dies kann auch unmittelbar vor der Beantwortung einer bereits gestellten Frage erfolgen.“

Das heißt: Einer von uns fragt, die Auskunftsperson antwortet zunächst einmal nicht, sondern berät sich mit seiner Vertrauensperson und antwortet dann. – Völlig klar, bitte! Das wollte ich nur zur Kenntnis bringen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist durchaus richtig – keine Frage. Es gibt dann allerdings, möchte ich noch dazu sagen, einen weiteren Satz:

„Die Vertrauensperson hat jedenfalls nicht das Recht, (...) an Stelle der Auskunftsperson zu antworten.“

Da ist die Grenze zu ziehen. Wo liegt „an Stelle zu antworten“? Wenn alles vorgekaut wird und man nur mehr der Abspielende ist, dann antwortet man auch de facto **an Stelle**.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Die Vertrauensperson darf nicht das Mikrophon nehmen und selber die Antwort geben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir haben das ohnehin schon auf einen besseren Weg gebracht. Ich sage ja auch, Beratung, und man kann vorher sagen: Ich habe keine eigene Wahrnehmung dazu. Nach der Beratung gibt man dann die Auskunft.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist auch im Kommentar ausdrücklich vorgesehen, dass mit Vertrauenspersonen die anwaltliche Vertretung oder Verwandte gemeint sind.

Das Zweite ist, dass mich jetzt wirklich nicht das Wissen der Vertrauensperson in dieser Frage interessiert, denn die Vertrauensperson hören wir ohnehin selber; da können wir ihr Wissen ohnehin abfragen.

Mich interessiert das Wissen oder die eigene Wahrnehmung der Auskunftsperson. Ich gebe mich immer wieder zufrieden mit: Das weiß ich nicht. Ist mir nicht erinnerlich. – Das akzeptiere ich absolut. Es ist mir wesentlich lieber, die Vertrauensperson sagt, es ist mir nicht erinnerlich, als sie berichtet mir quasi von fremdem Wissen. (*Abg. Rädler: Die Auskunftsperson!*) – Entschuldigung, die Auskunftsperson.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, wir setzen die Befragung fort, damit wir nicht schleichend in eine vertrauliche Sitzung hineingeraten. Die ÖVP gibt das Fragerecht an die Grünen weiter. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Doktor Pribil, Sie haben mehrfach in Ihren Beantwortungen davon gesprochen, dass die BAWAG nie als Problemfall diskutiert worden sei. Das wirft für mich die Frage auf: Wann ist eine Bank eigentlich ein Problemfall aus Ihrer Sicht?

Dr. Kurt Pribil: Sicher dann, wenn mehrere Punkte, mehrere Paragraphen des BWG verfehlt werden – vor allem dann, wenn nachhaltig das Risikomanagement nicht funktioniert und vor allem dann, wenn die Bank in Liquiditätseingänge und in Eigenmittelprobleme rutscht. Dann wird es zum besonderen Problemfall.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Also, ein nicht funktionierendes Risikomanagement ist einer der Faktoren dafür! Und genau das ist ja bei der BAWAG seit 1994 der Fall gewesen – halte ich nur einmal fest.

Jetzt die Frage – noch einmal zurück zum OeNB-Bericht 2001 –: Wann haben Sie von diesem Bericht Kenntnis erhalten?

Dr. Kurt Pribil: Ende 2005. (*Abg. Krainer: Nein! Vom Inhalt! Dass es ihn gibt, wahrscheinlich schon früher!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, jetzt bleiben wir aber auch dabei: Wenn jetzt eine ganz messerscharf gestochene Antwort kommt, dann erlauben wir sie ihm, oder? (*Abg. Krainer: Ich wollte ja nur der Auskunftsperson helfen!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Nein, es passt schon so. Also: Ende 2005. Und Inhalte des Berichtes?

Dr. Kurt Pribil: Auch Ende 2005. Beides Ende 2005.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ende 2005. Das heißt also, Sie haben in all den Gesprächen, die Sie geführt haben und in all den Expertenkommissionssitzungen, KOFO-Sitzungen und so weiter, nie Kenntnis von diesem Bericht erhalten?

Dr. Kurt Pribil: Danke auch (*in Richtung des Abg. Krainer*) für die Unterstützung. Von der Tatsache, dass es eine Prüfung 2001 gab: Ja, das schon früher. Das kann ich jetzt nicht genau sagen, ob das bereits in einer der ersten Expertenrunden war oder später, aber vom **Inhalt** Ende 2005.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): In der Expertenkommissionssitzung am 30. Oktober 2001, bei der Sie Gast waren, wurde doch der Prüfplan für das Jahr 2002 erstellt. Da wurde nicht, mit keinem Wort, über diesen Prüfbericht 2001 gesprochen?

Dr. Kurt Pribil: Soweit ich mich erinnern kann, nein, und soweit ich auch weiß, geht das auch nicht aus dem Protokoll hervor. Nein.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aus dem Protokoll geht es nicht hervor – das ist richtig. Und auch bei der KOFO-Sitzung wurde nie davon gesprochen? 19. 8. 2002?

Dr. Kurt Pribil: Nie, und das ist mein Punkt. Auch wenn ich es jetzt wiederhole, aber es ist wichtig: Wir haben uns das angeschaut, auch die Unterlagen, gemeinsam mit der Notenbank. Alle Unterlagen, die von der Notenbank, die verschiedenen Auffälligkeits-, die verschiedenen Analysensysteme, die sie haben, bis zuletzt zum SAP-Tool, vor 2005, alles war im wirklich grünen Bereich. Es gab keine Hinweise für die BAWAG, dass sie im negativen Bereich war.

Es gab diesen Prüfbericht, der abgeschlossen und erledigt und eingelegt war, und es gab sicher auch dann die Beteiligten von früher, die entweder an den Prüfungen 2001 teilgenommen haben, oder beispielsweise im BMF den Akt behandelt haben. Und die waren natürlich auch bei den Vorbereitungen später dabei. Und das ist, glaube ich, auch der entscheidende Punkt. Wäre da was aufgefallen, auch aus ihren Erfahrungen und Wahrnehmungen früher aus der Prüfung, dann bitte auf den Tisch, dann hätten sie das auch entsprechend artikulieren müssen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Der bankaufsichtliche Prüfbericht, den Sie zitiert haben, da haben Sie gesagt, die Maßnahmen, die im Prinzip ja im OeNB-Bericht 2001 kritisiert worden sind, sind umgesetzt worden. Das ist jetzt aus

Ihrer Sicht etwas, was Sie aus der Ex-Post-Kennntnis des OeNB-Berichtes 2001 heraus sagen?

Dr. Kurt Pribil: Aus der Ex-Post-Bewertung, wie – die ist sehr subjektiv und sehr hypothetisch – damals die Vorbereitung abgelaufen ist; eine persönliche Bewertung. Damals lagen diese Unterlagen der Vorbereitung des Managementgespräches vor. Das ist ja nicht nur die OeNB-Vorbereitungsunterlage, sondern viele andere liegen da vor. Die OeNB-Unterlage bezieht sich auf den Prüfbericht, und der Prüfbericht der OeNB offensichtlich, und die andere Unterlage ist der Prüfbericht, der bankaufsichtliche Prüfbericht, der eineinhalb Jahre später die BAWAG da durchleuchtet hat. Und aus den einzelnen Passagen ergibt sich klar, dass es eine interne Revision beispielsweise gibt, dass die interne Revision voll arbeitet und dass es auch ein entsprechendes Risikomanagementsystem gibt und dass das Risikomanagement zudem gut funktioniert.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das war alles nicht meine Frage. Ich wollte nur eine kurze Antwort auf eine präzise gestellte Frage haben.

Dr. Kurt Pribil: Entschuldigung. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Meine nächste Frage, deren Antwort Sie zum Teil vorweggenommen haben, zum bankaufsichtlichen Prüfbericht. Sie sagen, da ist alles umgesetzt worden. Haben Sie diesen Bericht gelesen?

Dr. Kurt Pribil: Ex post habe ich ihn durchgesehen, in Vorbereitung auf die heutige Sitzung beziehungsweise dann im Gefolge von 2005, Refco-Bericht – aber jetzt ex post erst ab Ende 2005.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wer in der FMA hat sich dann mit dem bankaufsichtlichen Prüfbericht befasst? Es muss ja jemand da sein, der das gelesen hat, der das zur Kennntnis genommen hat?

Dr. Kurt Pribil: Zum einen von der Aufteilung – ich habe es eh gesagt –: Wir im Vorstand haben uns bei gleicher Verantwortlichkeit, gemeinsamer Verantwortlichkeit, die großen Banken, die systemrelevanten Banken, aufgeteilt. Das heißt, immer ein Vorstand hat sich um eine Bank, um das Managementgespräch gekümmert, und auf der Arbeitsebene sind es die einzelnen Abteilungen, die sich – beispielsweise die Behördenabteilung oder die Analyseabteilung – mit diesen bankaufsichtlichen Prüfberichten auseinandersetzen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und jetzt dezidiert – wir wissen es, aber wir brauchen es für das Protokoll –: Wer war in der Zeit von 2002 bis 2004 für die BAWAG im Vorstandsbereich zuständig: Sie oder Professor Grünbichler?

Dr. Kurt Pribil: Professor Grünbichler.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Und demnach können Sie aus eigener Wahrnehmung nur wenig beitragen?

Dr. Kurt Pribil: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Dann bin ich vorerst einmal fertig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Als ich vorher einen anderen Gegenstand ansprechen wollte, ging es eigentlich schon um die Aktenübermittlung und die Aktenzusammenstellung. Ein Teil davon hat ja dann zur Sitzungsunterbrechung geführt.

Herr Doktor Pribil, ich muss Sie jetzt noch einmal fragen: Wie passiert die Zusammenstellung der Aktenübermittlung an das Parlament vor dem Hintergrund der

Beweisbeschlüsse, die dieses Gremium hier fasst? Wer ist da wie und letztlich hauptverantwortlich involviert?

Dr. Kurt Pribil: Wir haben das Schreiben bekommen, noch aus dem Vorjahr, und wir haben eine Gruppe sofort einberufen, primär geleitet oder koordiniert vom Mag. Klinger, und haben auch dann Kontakt aufgenommen mit dem BMF und mit der Notenbank über die Aufteilung der verschiedenen Unterlagen, die wir liefern, und sind dann den Aufforderungen nachgekommen und haben geschaut, dass wir alle Unterlagen, vor allem also die behördlichen Unterlagen, die nach außen gegangen sind, Bescheide und dergleichen, an das Parlament liefern. Wir haben gleichzeitig aufgeteilt, wer für die Einhaltung, für das Bankgeheimnis zuständig ist. Es waren insgesamt 20 Mitarbeiter, die kopiert haben und durch die einzelnen Unterlagen durchgegangen sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In dem ersten Beschluss hieß es ja schon betreffend die Finanzmarktaufsicht „Akten/Unterlagen“, dann kommt „insbesondere“ – das lasse ich jetzt weg –, „über die im Untersuchungsgegenstand genannten Kreditinstitute und Finanzdienstleister ab dem Jahr 1994“.

Wieso sind dann, jetzt Ihres Wissens, Protokolle der Managementgespräche, die ja ganz offensichtlich Akten und Unterlagen, jedenfalls Unterlagen darstellen – sie waren sogar veraktet, wie wir dann draufgekommen sind –, gesondert übermittelt worden? Bei der Gelegenheit sind wir draufgekommen, dass das Ganze einen Aktendeckel hat, wenn auch einen seltsamen, es also doch einen Akt gibt. Wenn der Kollege Krainer nicht irgendetwas zugespielt bekommen hätte, wären wir auf andere Dinge nicht draufgekommen. Wie erklären Sie sich das alles?

Dr. Kurt Pribil: Also, wir haben das so interpretiert, dass jede behördliche Tätigkeit in Relation FMA und betreffende Bank oder Wertpapierdienstleistungsunternehmen an das Parlament geht, dass aber interne Notizen oder Aufzeichnungen oder Managementgespräche, obwohl wir das immer genannt haben auch bei den Befragungen natürlicherweise, nicht dazu zählen und dass wir natürlich auch bei Befragungen alles nachliefern, was geht. Ein Beispiel waren ja auch die Berichte der Staatskommissäre, wo wir ursprünglich nur die Berichte und nicht die Anhänge geliefert haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, da könnte man streiten, ob die integraler Bestandteil sind. Aber ich bleibe dabei: „Akten/Unterlagen über die im Untersuchungsgegenstand genannten Kreditinstitute“. Es ist kein Institut so oft genannt, aus sinnigen Gründen, wie die BAWAG. Es hätte den ganzen Ausschuss nicht gegeben, hätte es die BAWAG nicht gegeben und die Vorkommnisse darum – jedenfalls würde ich das vermuten. Wenn Sie keine nähere Erklärung dafür haben, dann sagen Sie das; Sie haben auf den Herrn Dr. Klinger verwiesen ...

Dr. Kurt Pribil: Nein, ich will auch gar nicht Mag. Klinger da sozusagen raushängen, das wäre in hohem Maße unfair. (*Abg. Mag. Kogler: Aha!*) Das wäre unfair, da stelle ich mich schon davor. Wir haben gesagt, alle behördlichen Maßnahmen senden wir selbstverständlich. Das war unsere Entscheidung – in Abstimmung auch mit dem BMF und mit der Notenbank. Und das haben wir gesehen. Und wir haben das interpretiert, dass das interne Sachen sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann nur Akten und Unterlagen, die sozusagen korrespondieren mit tatsächlich stattgefundenen behördlichen Handlungen. Das wäre sozusagen eher etwas Internes gewesen. Dann war das Ihre Interpretation, gut. (*Obmann Dr. Graf: Akten, die schon in der Zeitung gestanden sind!*) – Das ist jetzt nicht mein Thema, aber wie dem auch sei.

Dann frage ich Sie: Hat es Absprachen gegeben mit dem Finanzministerium, jetzt aber auch darüber – dass Sie sich abstimmen ist eine Sache –, welche Unterlagen genau aus Ihrem Haus rausgehen sollen oder nicht, nämlich vor dem Hintergrund, was Sie vielleicht tunlichst nicht rausschicken sollten? Es hat ja damals einen kurzen Pressehinweis auf eine derartige Verhaltensweise des Finanzministeriums gegeben. Wie war das?

Dr. Kurt Pribil: Nein, diese Absprachen hat es **nie** – definitiv nie! – gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Sind Sie in Kenntnis gekommen, dass die Staatskommissäre der BAWAG, jedenfalls die damaligen, samt Stellvertretern, dass Herr Dr. Gancz, Herr Mag. Lejsek und der Chef der Finanzprokurator von Dr. Quantschnigg zu einem sehr seltsam definierten und als noch seltsamer dargestellten Gespräch eingeladen wurden – unmittelbar, nachdem dieser Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde? Haben Sie davon Kenntnis erlangt, dass es im Finanzministerium ein Treffen zwischen pensionierten und aktiven BAWAG-Beteiligten gegeben hat?

Dr. Kurt Pribil: Um jetzt ganz genau zu sein: nicht, wie das damals stattgefunden hat, auch Wochen später nicht. Ich habe irgendwann einmal – ich könnte es gar nicht einmal eruieren – in den letzten Wochen davon gehört, dass es diesen Vorwurf gibt, aber ich kann nicht bestätigen, ob es dieses Gespräch gegeben hat. Ich war jedenfalls nicht dabei, nicht eingeladen, und es gäbe auch gar keinen Grund, da gewisse Vorabsprachen zu machen. Das haben wir nie gemacht – im Gegenteil, wir haben da bewusst, ich glaube, das ist auch absolut korrekt, gar keine Absprachen gesucht oder auch nur unbewusst gemacht. Definitiv keine Absprachen mit dem Finanzministerium!

Natürlich gehen die Gespräche mit dem Finanzministerium weiter. Wir haben beispielsweise weiter in drei- bis vierwöchigen Abständen Kontakte, damit das auch ist, mit Herrn Mag. Lejsek, aber nicht in dem Gegenstand und schon gar nicht in der Frage, welche Unterlagen wir liefern. Das ist allein unsere Entscheidung. Wir stimmen uns nur ab, wie ich zuerst gesagt habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sind auch nicht eingeladen worden entweder vom Kabinett des Bundesministers oder von Dr. Quantschnigg oder einem/einer seiner MitarbeiterInnen zu irgendwelchen Kontaktgesprächen mit Beamten, die ihrerseits in der ehemaligen Banksektion tätig waren? (**Dr. Pribil: Nein!**) – Gut, dann ist das wenigstens soweit bei Protokoll und geklärt.

Wissen Sie, warum ich frage – das vielleicht auch für die Kolleginnen und Kollegen –: Es erschwert die Arbeit des Ausschusses enorm, da drücke ich mich noch zurückhaltend aus, dass wir vorige Woche nicht nur etwa erst die Protokolle der Management-Gespräche bekommen haben, worauf man inhaltlich vielleicht auch noch eingehen könnte, ist aber jetzt nicht das Thema. Die Befragung des Dr. Gancz hätte sich ganz anders abgespielt in Kenntnis dieser Unterlagen, umso mehr, als noch ein eigener Ordner übermittelt wurde: Gespräche Elsner – Gancz.

Durch die Befragung von Gancz sind wir irgendwie, mehr oder weniger raffiniert, wie wir uns hier halt einmal benehmen, dahinter gekommen, dass es so etwas gegeben hätte. Gleichzeitig existieren aber Unterlagen und Ordner, wo Gespräche und auch Unterlagen zu den Gesprächen von Gancz – Elsner bei Ihnen auftauchen. Das haben wir vorige Woche bekommen! Ich sage Ihnen, wir hätten Dr. Gancz – da werden viele zustimmen – wahrscheinlich ganz anders befragt.

So können wir hier halt nicht arbeiten, auch wenn Sie jetzt vielleicht nicht hauptverantwortlich sind, aber es muss einmal auch in der Öffentlichkeit hier so ausgesprochen werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe eine Vorabfrage, und zwar würde ich Sie bitten, dass Sie das erste Protokoll des Koordinationsforums zur Hand nehmen. Sie haben es sicher mit, wenn nicht, dann gebe ich es Ihnen gerne. Haben Sie es mit?

Dr. Kurt Pribil: Ich habe es jetzt nicht mit.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich lese es Ihnen vor, und dann gebe ich es Ihnen. Das war diese Sitzung, wo man sich neu organisiert hat, aber man kannte sich ja schon, weil Sie ja im Experten-Komitee bereits Zuhörer waren.

Da ist unter anderem auch im Punkt 1 unter Beisein der Teilnehmer der OeNB und der Finanzmarktaufsicht festgehalten worden: Allgemeine Ausrichtung der Experten-Kommission-neu – die dann nicht mehr Experten-Kommission heißt, darauf hat man sich geeinigt, sondern Koordinationsforum. Aber ganz am Anfang war es Experten-Kommission-neu.

Da haben Sie festgehalten: Was inhaltliche Belange betrifft, einigte man sich auf folgendes Schema für künftige Tagesordnungen – und da ist in Punkt 2 dann folgender Satz: Nach Bedarf Diskussion über Einzelbanken, das heißt auch Prüfergebnisse, wobei sich dieser Punkt aber nicht unbedingt auf Krisenfälle beschränken müsse, aber auch nicht ausufernd jede Prüfung beinhalten dürfe.

Das heißt, man hat sich geeinigt, dass man nicht nur krisengeschüttelte Banken dort behandelt, und zwar aus dem Erkenntnisstand der Einzelnen.

Jetzt interpretiere ich und hänge meine Frage an: Sind Sie nicht der Meinung, dass, wenn Sie als Neuer keine Ahnung haben von eingelegten Akten und von halbwegs oder brisanten Prüfberichten, dass diese Passage nichts anderes festlegt, als dass jeder, der einen Wissensstand über eine Bank hat, auch wenn es nicht unbedingt eine Krise ist, aber Verfehlungen da sind, die unter Umständen noch offen sind, dass man in diesem Expertenforum das zu behandeln hat?

Dr. Kurt Pribil: Interpretiere ich so, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist es richtig, dass in den darauf folgenden Sitzungen in wesentlich weniger prekären Fällen Einzelbanken behandelt wurden, wie zum Beispiel ... – wo habe ich es denn?

Dr. Kurt Pribil: Aus der Ex-post-Sicht, wie die BAWAG tatsächlich dagestanden hat, ist jede Bank weniger krisengeschüttelt gewesen. Aus der...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich versuche, jetzt einen Wissensstand herbeizuführen.

In der gleichen Sitzung hat man dann zum Beispiel über eine Bank berichtet, und zwar Mag. Radl berichtet über den Bankprüfbericht der **Zveza Bank**, nachdem ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. – Also auch über eine Bank, wo ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk ist, wird berichtet. Bis jetzt hat es immer geheißen: Wenn jemand einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk hat, dann ist keine Krise da, man muss ja vertrauen, und Ähnliches.

Das organisatorische Umfeld habe sich verbessert. Laut Mag. Lang habe man einen sehr kompetenten und engagierten Berater, der sich der noch immer bestehenden Probleme bewusst ist und ab 15.7. auch als Geschäftsleiter zur Verfügung stehen wird.

Ich schließe aus solchen Protokollierungen folgendes Substrat: dass man sich auch über Banken, wo Wirtschaftsprüfer einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemacht haben, aber durchaus organisatorische Mängel vorliegen und diese auch bewusst sind, in das Koordinationsforum gebracht hat. – Ist das richtig?

Dr. Kurt Pribil: Ich möchte, weil diese Sitzung jetzt öffentlich ist – es ist nicht das Bankgeheimnis, es ist Amtsverschwiegenheit, auf die ich mich nicht berufen kann, ich möchte da aber nicht über andere Banken jetzt negative Dinge sagen, die ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es geht nicht um negativ oder positiv. Wurden Banken, über die uneingeschränkte Bestätigungsvermerke gemacht wurden, ... (*Abg. Krainer: Ich glaube, er hat etwas Wichtiges zu sagen!*)

Dr. Kurt Pribil: Es sind aber schon da auch ... Sie haben da ein Institut genannt, es gibt andere (*Obmann Dr. Graf: Ein Beispiel!*) – ein Beispiel –, es gibt andere Institute, wo auch ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk da war, unter anderem aber auch Hinweise vom Bankprüfer da waren – also, vom Wirtschaftsprüfer – oder auch Erfahrungswerte der letzten Jahre, wo es Krisen oder Schwierigkeiten gegeben hat, wo es unter Umständen auch Schwierigkeiten in der Geschäftsführung gab, wo es zu einem Wechsel kam, die natürlich dann Thema waren. So gesehen sind die Probleme anderer Banken viel mehr im Bewusstsein der Beteiligten gewesen als die BAWAG zum damaligen Zeitpunkt.

Nichtsdestoweniger sind im KOFo auch andere Dinge diskutiert worden – ich weiß jetzt nicht mehr alle auswendig – und andere Banken, **ohne** dass es Krisenfälle sind. Das wurde eingangs auch so festgehalten im Zusammenhang mit Sinn und Zweck des KOFO.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich möchte in diesem Zusammenhang schon auch dabei verbleiben, dass man sagt: Gerade der Umstand, dass etwas schubladisiert wurde – sage ich –, exkulpiert zwar diejenigen, die an der Schubladisierung nicht beteiligt waren, das heißt aber nicht, dass diejenigen, die an der Schubladisierung beteiligt waren, oder diejenigen, die die Alarmglocken nicht haben schrillen lassen, exkulpiert sind.

Daher meine Frage, die daran anzuschließen ist: Hätten die Sachbearbeiter, die die Probleme in organisatorischer Sicht bei der BAWAG in ihren Berichten auch zutage gefördert haben, das Ihrer Meinung nach nicht irgendwann einmal in diesem Koordinationsforum, zumal neue Leute in der Finanzmarktaufsicht sind, bringen müssen? Würden Sie sich dieser Meinung anschließen?

Dr. Kurt Pribil: Ich schließe mich dieser Meinung an, darf sie als Antwort aber so formulieren: Ich oder wir als Vorstände mussten damals doch davon ausgehen, dass alles okay ist, wenn die Analyse-Systeme auf Grün gezeigt haben, da die BAWAG-Prüfer und die BAWAG-Experten, die auch vorher schon BAWAG-Experten waren, auf dem Tisch saßen und keine anderen Probleme artikuliert haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bevor ich meine Frage stelle, halte ich für das Protokoll Folgendes fest: Es gab neben der Vorbereitungs-Unterlage für das Management-Gespräch am 17. Jänner 2003 eine weitere Vorbereitungs-Unterlage der Nationalbank. Diese Vorbereitungs-Unterlagen haben wir nur deswegen bekommen beziehungsweise sind überhaupt erst darauf aufmerksam geworden, weil – Gott sei Dank – die SPÖ ein derartiges Exemplar vorgelegt hat. Dieses Exemplar der Nationalbank war am Montag Abend nicht im Originalakt, es ist jetzt im Originalakt, und es ist so deutlich formuliert – allein schon beim überblicksmäßigen Betrachten in der Sitzungspause –, es ist so deutlich formuliert, was die Refco-Problematik anlangt, dass ich den Prüfbericht des Jahres 2001 gar nicht kennen muss, um einen anderen Prüfauftrag an die Nationalbank zu formulieren, als er formuliert wurde. – Das schicke ich voraus.

Nun frage ich Sie, Herr Dr. Pribil: Sie waren 1995 bereits in der Branche tätig. – Ist das richtig? Sie waren 1995 bereits in der Nationalbank, glaube ich, tätig?

Dr. Kurt Pribil: Damals war ich nicht in der Notenbank.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie waren irgendwie in der Branche tätig?

Dr. Kurt Pribil: Ich war damals im Kabinett von Wolfgang Schüssel.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich war damals im Nationalrat, ich war 2001 Volksanwalt, nicht in der Branche tätig, im politiknahen Bereich, aber ich sage Ihnen: Selbst ich, der ich nicht mit diesen Dingen zu tun hatte, wusste, dass es ein evidenten, in den Medien immer wieder vorkommendes Problem der BAWAG mit den Karibik-Geschäften gab! Das wusste ich – und war **nicht** mit Prüfungen der BAWAG zuständig, weder im Jahre 1995 noch im Jahre 2001!

Ich habe diese Vorbereitungs-Unterlage der Nationalbank nicht gekannt – Ihre Behörde hat sie gekannt; zumindest die Mitarbeiter haben sie gekannt! –, und trotzdem wird nichts davon im Prüfungsauftrag an die Nationalbank formuliert. Welche Erklärung haben Sie dafür als ehemaliger langjähriger Branchen-Insider, in Kenntnis der Medienberichte? – Ich kann Ihnen eine Zusammenstellung bringen; sonder Zahl Medienberichte über die Schwierigkeiten der BAWAG mit Karibik-Geschäften. Seit 1994/1995 ist das so!

Im Jahre 1998 – neuer Höhepunkt durch die Anzeige des Landesgendarmeriekommandos in Salzburg; Zusammenhang Atomic-Konkurs – Karibik-Geschäfte, Medienberichte.

In Kenntnis dieser langjährigen Medienberichte geht man in der Finanzmarktaufsicht über eine vorbereitende Unterlage der Nationalbank hinweg, als ob man Tomaten auf den Augen hätte. Jetzt erklären Sie mir einmal: Wer hat diesen Prüfungsauftrag formuliert? Wer war das?

Dr. Kurt Pribil: Ich möchte darauf zurückkommen, was der Herr Vorsitzende gesagt hat: Es sind zwei Vorbereitungs-Unterlagen von mehreren Unterlagen gewesen. Ich möchte das jetzt nicht bagatellisieren, aber vor dem Hintergrund, dass der Prüfbericht 2001 abgearbeitet war, die Maßnahmen sozusagen schon damals vom Finanzministerium als ausreichend empfunden worden sind, dass die offenen Fragen umgesetzt worden sind, schon damals, vor Gründung der FMA ... Diese Unterlage der OeNB und die Unterlage der FMA von auch früheren Mitarbeitern aus dem BMF haben jetzt offensichtlich rückblickend einige Fragen aus dem Prüfbericht, der schon geschlossen – weil die Maßnahmen umgesetzt – worden ist, wieder aufgenommen. Bei diesem Management-Gespräch waren sehr wohl auch Vertreter dabei, die damals bei der Prüfung anwesend waren, Vertreter von der Notenbank oder auch jene, die damals vom Finanzministerium von uns übernommen worden sind.

Hätten sie das kritischer gesehen, sozusagen jetzt nicht aus dem Blickwinkel 2005 und 2006, dann hätten sie diese Fragen gestellt. Vielleicht wurden sie auch gestellt – ich war, wie gesagt, nicht dabei, und ich weiß auch nicht, welche Antworten dann das Führungsteam der BAWAG bereitgestellt hat. Sie waren ja Teil der Vorbereitung des Management-Gesprächs, sind wahrscheinlich auch im Management-Gespräch genannt worden. Das ist ja eine gleichberechtigte Vorbereitung von OeNB und FMA, und jede der beiden Seiten kann dort vor Ort, nämlich in der BAWAG, die Fragen stellen. Wahrscheinlich sind sie auch gestellt worden – darüber kann ich keine authentische Auskunft geben.

Der zweite Punkt ist der Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers, der sich eben diese Punkte, die letztendlich auch – ex post betrachtet – in diesem Prüfbericht angeschnitten worden sind, noch angeschaut hat, Beispiel Interne Revision, Beispiel § 39, und keine Verfehlungen genannt hat.

Nächster Punkt: Das Management-Gespräch ... Wir haben gesagt: Bitte, eine Vor-Ort-Prüfung, weil das ist eine systemrelevante Bank, eine Vor-Ort-Prüfung vorzuziehen macht Sinn! Nur vor Ort kann man die Dinge auch tatsächlich erkennen, und ein Management-Gespräch kann eine Vor-Ort-Prüfung nicht ersetzen.

Wie ist es dann – letzter Teil Ihrer Frage – zu dem Prüfplan, zur Artikulierung dieses Textes, des Prüfauftrages gekommen? – Das ist gemeinsam mit der Notenbank erstellt worden, mit den beteiligten Sacharbeitern, auch mit den Prüfern aus dem ersten Bereich. Und ich muss das jetzt sagen: Herr Mayerhofer war Prüfungsleiter im Jahr 2001 und war auch Prüfungsleiter dieser Zusammenführung 2003. Das heißt, einige aus dem Prüfteam 2001 waren auch 2003 dabei und hätten diese Dinge noch viel mehr artikulieren können. Das heißt, dieser Prüfauftrag ist sozusagen gemeinsam gefasst worden, von uns dann letztendlich in Hauptverantwortung an die Notenbank ergangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ich will gar nicht wissen: Wer hätte artikulieren können? – Ich gehe von dem aus, was gewusst wurde und gewusst werden hätte müssen, von einem durchschnittlichen Zeitungsleser – und dann nicht geschehen ist. Das ist für mich der entscheidende Punkt.

Wir haben Behördenleiter, von denen wir annehmen, dass sie nicht mit einem Schneewittchen-Blanko-Jungfräulichkeitswissen dort hineinkommen, sondern haben einen Behördenleiter, der jedenfalls nicht nur in der Expertenkommission sitzt und früher einmal Zeitung gelesen hat – deswegen habe ich Sie gefragt, was Sie 1995 gemacht haben. Dort war die Anschuldigungslage gegen die BAWAG wegen der Karibik-Geschäfte so groß, dass die BAWAG sogar Inserate schalten musste! – Ich habe eines da.

Das heißt also, mit dem Wissen eines Behördenleiters als Zeitungsleser hätte man niemals diese Passagen in all den vorbereitenden Unterlagen übergehen können, oder übergehen dürfen. Das muss ich Ihnen nackt vorhalten! Egal, wer sonst noch hätte reden sollen, allein das hätte genügt, auch wenn alle geschwiegen haben, allein das hätte genügt, zu sagen: Hier ist zu prüfen! Hier ist der Prüfauftrag! – Und das ist nicht geschehen.

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Wer hat den Prüfauftrag formuliert? Und wer hat ihn abgezeichnet? – Ich möchte jetzt wirklich Namen hören.

Dr. Kurt Pribil: Ich sage das gleich: In der Expertenkommission, bitte, bin ich in den letzten vieren als Zuhörer gesessen, und in keiner dieser Expertenkommissionen wurde die BAWAG genannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, aber Sie waren doch drin als ehemaliger Zeitungsleser!

Dr. Kurt Pribil: Wo, als ehemaliger ...?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Seit 1995 ist (*Dr. Pribil: Ja, aber nicht in der Exp...*) die Problematik BAWAG/Karibik in allen Medien gewesen!

Dr. Kurt Pribil: Ja, aber ich rede jetzt – bitte, nicht bö's sein – von der Expertenkommission! – Und Sie reden, als wäre ich permanent in der Expertenkommission gewesen. Das ist nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich rede davon, dass Sie als designierter Behördenleiter beziehungsweise dann als Behördenleiter ein Wissen hatten, das jeder Durchschnittsbürger in dem Land hatte – ich zähle mich dazu.

Dr. Kurt Pribil: Ja. Aber alle anderen, bitte, auch. Und ich darf **auch** sagen, dass ich bei den Vorbereitungen – das muss ich schon jetzt noch sagen, weil die Anschuldigung so direkt war – nie dabei war oder nie eingebunden war. Ich muss aber auch sagen, dass diese Unterlage, die Sie jetzt zitieren, **eine** von mehreren Unterlagen ist, und daraus allein aus der damaligen Sicht – wie gesagt, es war ja 1994 rückgeführt –, das ist auch ein bisschen schwierig ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, Herr Doktor, Ihre ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, die Frage lautet: Wer hat den Prüfauftrag erteilt? – Und da wollen wir einfach nur Namen hören.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat ihn formuliert? Wer hat ihn abgezeichnet?

Dr. Kurt Pribil: Das müssen wir nachliefern – das weiß ich jetzt nicht –, damit ich Ihnen keine falschen Namen sage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das wird uns schriftlich bekannt gegeben.

Dr. Kurt Pribil: Wird Ihnen schriftlich bekannt gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. – Dann geht das Fragerecht an sich über ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte nur noch etwas sagen: Vor dem Hintergrund dieses Informationsstandes – öffentlich zugänglichen Informationsstandes! – und vor dem Hintergrund dieser Vorbereitungspapiere verfährt der Versuch, sich hinter den KPMG-Prüfern zu verschanzen, nicht mehr.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Dr. Pribil! Ich glaube, die Verärgerung des Herrn Kollegen Stadler ist natürlich berechtigt, denn ich frage mich nämlich die ganze Zeit: In welcher Welt leben diese Institutionen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – relativ abgehoben –, und in welchem Kuckucksnest bewegt man sich da, sozusagen nach dem Motto: Vor lauter vornehmer Zurückhaltung und Diskretion redet man nicht über das, was eigentlich sehr wichtig erscheint (*Abg. Mag. Stadler: Und was in der Zeitung steht!*) und worauf es deutliche Hinweise gibt!? – Aber so nach dem Motto: Wir wollen uns nicht gegenseitig weh tun!, denn anders kann ja das nicht erklärt werden. Und das ist ja ein Teil dieses Verhaltens: dass dieser abgehobene Umgang dazu führt, dass man die Dinge eigentlich nicht aufgreifen will. Und das ist ein sehr entscheidender Faktor.

Zum Beispiel sagt ein Vertreter aus der Nationalbank, was den Prüfungsbericht 2001 betrifft – und das erhärtet ja dieses Bild –: Man geht davon aus, dass man mit kompetenten Partnern zu tun hat und eigentlich keine weiteren Hinweise braucht, denn kompetente Partner greifen das aus dem Bericht auf. – Dann stellt sich heraus: Keiner liest diesen Bericht! – Das ist einmal eines.

Dann, nach mühsamer Arbeit dieses Ausschusses, gibt man Teile bekannt, dass man es doch irgendwann behandelt hat, und sei es in einem eigenartigen, nicht ganz klar definierten Bankgespräch, und sei es dann letztlich in einem noch nicht ganz so klaren Kontroll- oder Koordinierungsgespräch.

Und jetzt komme ich einmal dazu: Sie sagten, man hat zwar gesehen, dass zum Beispiel – noch einmal diese Spaltungsbilanz – dieser Betrag von 1,5 Milliarden zwar auffällig und beträchtlich, so haben Sie das bezeichnet, aufgeschienen ist als eine Forderung. Aber wenn Sie das in Vergleich stellen mit dem Betrag, um den die ganze PSK erworben wurde, nämlich um 17,8 Milliarden Schilling, dann bedeutet das, dass dieser Betrag geringer war als der, der Ihnen aufgefallen ist – nämlich um

1,3 Milliarden € ist die ganze P.S.K. gekauft worden, und bei einem Betrag von 1,5 Milliarden € wird sozusagen darauf hingewiesen, dass etwas auffällig ist.

Das heißt also, die haben mehr als Forderung gehabt, als sie gekostet haben! – Und auch wenn der Hinweis gemacht wird, anderen gegenüber hat es 7 Milliarden an Forderungen gegeben, aber: Dieser Käufer hat mehr Kredit beansprucht, als die Kaufsumme war! – Da muss ich doch irgendwo vielleicht einmal kombinatorische Fähigkeiten entwickeln, um einmal zu sagen, wie das wirklich von sich gegangen ist! – Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage ist: Dieser Prüfbericht 2001 – um das dreht sich ja das Ganze, weil ja daraus leider nicht die richtigen Schlussfolgerungen abgeleitet wurden und daher einer Entwicklung Vorschub geleistet wurde, die dann leider auch eingetreten ist. (*Abg. Mag. Stadler: Im Vorbereitungspapier der Nationalbank wurden die richtigen Schlussfolgerungen gezogen!*) – Ja, aber nicht in der Verfolgung! Und das ist ja mir sehr wesentlich.

Dann habe ich mir überlegt: Wenn dieses Vorbereitungspapier, von dem du sprichst, 2003, einmal das eine ist – aber ich war auch überrascht, was der Professor Grünbichler gemeint hat. Es hat, glaube ich, drei Sitzungen gedauert, um festzustellen, ob statt der Prüfung ein Managementgespräch stattgefunden hat, und nur dieses, oder doch eine CAD-Prüfung stattgefunden hat – vor lauter Fakten, durch die man sich Monate sozusagen durcharbeiten muss, um zu sagen: Die Prüfung hat **auch** stattgefunden.

Das ist die zweite Frage: wieso man sich als Fachmann in einer Art sehr, sehr eingeschränktem Kasterldenken bewegt. Man muss doch feststellen, dass, wenn ich heute als Prüfer an eine Sache herangehe, meine erste Handlung darin besteht, alles, was schon da liegt, einmal aufzuarbeiten, Schlussfolgerungen zu ziehen, um in ein gezieltes Gespräch münden zu können. – Warum ist das nie erfolgt? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ja die Berichte gekannt und haben doch letztlich auch damit gearbeitet!

Herr Dr. Traumüller hat wiederholt in seinen Aussagen festgestellt, dass er, wenn er das alles gewusst hätte, sozusagen die Alarmglocken hätte läuten lassen, und so weiter. Nur: Sie läuteten nicht!

Das Zweite ist, es wird immer auf die Wertpapiersache hingewiesen. Wieso konnte nie die Werthaltigkeit der Wertpapiere geprüft werden? Die haben nämlich in einer bestimmten Phase bereits aufgezeigt, dass rund 650 Millionen € nicht mehr diese Werthaltigkeit besitzen, in der sie angeführt wurden. – Das sind deutliche Hinweise!

Jetzt komme ich zu dem, was mich auch sehr interessiert, das ist nämlich die Frage der Stiftungen selbst. – Ich weiß schon, dass sie Stiftungen machen dürfen und so. Aber wenn doch offensichtlich über Stiftungen immer mehr der Kontrolle entzogen wird, wieso kann man sich da nicht gerade – egal, wie man sich diese Informationen dann letztlich beschafft – über die Stiftungen und über die Validität der Wertpapiere ein Bild machen? Das ist ja eine ganz natürliche Geschichte: Wenn ich sehe, die lagern immer mehr aus, dann muss ich nachschauen, wie es dort steht! – Also, das ist aus meiner Sicht einmal doch sehr gravierend.

Sie sagen jetzt immer: Wenn diese drei Impacts schon bekannt gewesen wären! – Also, Teile dieser Impacts, vielleicht nicht alle drei geschlossen, waren doch deutlich schon vorhanden! Und es ist ja nicht nur in diesem Bereich so, sondern auch in anderen Bereichen, dass sich so irgendwie – und das ist meine Frage an Sie: wie man das in Zukunft vermeiden kann – jeder auf den anderen verlässt, sodass dann letztendlich alle verlassen sind!

Es ist ja nicht nur in dem Bereich so, es gibt auch andere Bereiche, wo sich – und das ist meine Frage an Sie, wie man das in Zukunft vermeiden kann – jede auf den anderen verlässt, bis dann alle verlassen zu sein.

Das fängt also an: Die interne Revision hat eine große Aufgabe, aber jeder hat gewusst, dass das sehr eingeschränkt stattgefunden hat – oder eingeschränkt wurde. Dann schreibt man von denen die Berichte ab und nimmt diese zur Kenntnis, auch wenn man weiß, dass Teile **nicht** angesehen wurden.

Zweiter Punkt: Die Wirtschaft, die Bankenprüfer verweisen einen darauf, dass man, was das Testat angeht, nicht so hundertprozentig sicher sein kann, dass da nichts Schlimmes vorliegt, sondern nur auf die Teile, die von ihnen geprüft wurden, und mit der Einschränkung geben sie das Testat, führen aber hinten nicht an, was sie alles **nicht** angesehen haben. Da muss man sich einmal überlegen, wie in Zukunft ein Testat zu behandeln und zu bewerten ist – als Außenstehender oder als Konsument oder einer, der sich zum Beispiel am Kapitalmarkt beteiligen möchte als Kunde des Kapitalmarktes.

Es scheint mir doch deutlich so zu sein, dass man der echten Kontrolle nicht nachgekommen ist. Und wenn dann darauf hingewiesen wird, dass die AVB keine Auffälligkeiten aufweist, dann ist das isoliert betrachtet richtig, aber bei den in sich geschlossenen Haftungen, die da immer wieder aufscheinen, hätte ich mir zumindest erwartet, dass so hochqualifizierte Fachleute sagen: Jetzt schauen wir uns einmal an, was die dahinter stehende Haftung tatsächlich ist.

Oder – das kann ja auch sein – man hat sich gedacht: Wir brauchen das nicht wirklich anschauen, weil dahinter eine starke Organisation steht, und die wird es schon ausgleichen – was sie letztlich auch getan hat, aber damit auch das Vermögen vernichtet hat. Das muss man ja einmal erkennen. Ich will da auch gar keine Strategie unterstellen.

Das ist das, was mich eigentlich sehr, sehr verblüfft nach all den bisherigen Aussagen: Dass sich jeder auf ein formales Verhalten beruft und keiner über den Schatten des Formalen springt, um einmal der Wahrheit auf den Grund zu gehen. Das erwarte ich mir aber von hochqualifizierten Menschen. Einer von der Bankenaufsichtsbehörde hat auf meine Frage: Haben Sie das nie in der Zeitung gelesen?, gesagt: Das ist ja der Unterschied zwischen einem Beamten ... – Die einen leben von der Kommunikation und wir von der Diskretion. Aber wenn die Diskretion solche Vermögenswerte vernichtet, dann bin ich eher auch dafür, dass man sagt, eine **Verpflichtung** zum Wissen außerhalb seines unmittelbaren Berufes – da bin ich wieder beim Kollegen Stadler – muss man doch in einem Wirtschaftsleben einbringen. Denn: Wenn ein Geschäftsmann sagt, was ich nicht schriftlich zugestellt kriegen, reagiere ich nicht!, gäbe es mehr Konkurse, als wir ohnehin schon haben. – Danke.

Obmann Dr. Martin Graf: Kollege Bauer, der Verfahrensanwalt weist mich auch zu Recht darauf hin, dass Fragen an die Anhörungsperson **bestimmt** sein müssen. Ich glaube, es war jetzt eine Grundsatzklärung, sehr umfassend von Ihrer Seite, aber ganz konkrete Fragen dazu gibt es nicht. Vielleicht stellen Sie in der nächsten Fragerunde dann zur Grundsatzklärung Fragen.

Ich habe mit Ausnahme bei der Stiftung, wo man eine Frage vielleicht heraus ...

Abgeordneter Dkfm Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Das waren drei Fragen! Ich muss doch irgendwo aus dem Wissen, wo immer das herkommt, aus dem Allgemeinwissen, möchte ich fast sagen, doch die Berichte nicht 1 : 1 zur Kenntnis nehmen und formalisiert in eine Schublade legen. Das ist eine ganz konkrete Frage. Drei Fragen waren das – ganz klar.

Obmann Dr. Martin Graf: Ich weiß nicht. Das ist die Frage nach: Wie ist Ihr Amtsverständnis? Kann man das so sagen? – Dann bitte ich, die Frage nach Ihrem Amtsverständnis in kurzen, prägnanten Worten zu beantworten. – Dann geht das Fragerecht auf die ÖVP über.

Dr. Kurt Pribil: Mein Amtsverständnis ist nie, und so haben wir nie die FMA aufgebaut, dass man die FMA als Beamtenburg sieht, die nur Dinge einlegt. Richtig ist aber auch, dass wir 2002 nicht einfach den Schalter umlegen konnten.

Vielleicht drei Elemente daraus ganz kurz, nur damit es auch im Protokoll steht, denn es sind da etliche harte Angriffe gekommen.

Ich war, abgesehen von der gemeinsamen Vorstandsverantwortung, nie für die BAWAG im Vorstand zuständig. Ich war daher nie bei den Managementgesprächen dabei und auch nicht bei den Vorbereitungen. Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt: Sie haben Stiftungen angesprochen. – Das ist ein Problem, aber das können wir nicht einseitig lösen. Wenn Stiftungen als nachrangige Instrumente von Banken gegründet werden, in dem Fall von der BAWAG, und in Liechtenstein noch dazu, dann haben wir sogar ex post einen Beschluss der Liechtensteinischen Bundesregierung gebraucht, um hier hineinschauen zu können, gemeinsam mit einem Wirtschaftsprüfer, mit einem Prüftteam, und dazu noch die Zustimmung der BAWAG – was 2006 kein Problem ist. Sonst sind Sie chancenlos. Und noch dazu haben die Stiftungen in Liechtenstein gar keine Möglichkeit, eine doppelte Buchhaltung zu führen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Nur einen Zwischenruf: Wenn ich das erlebe, dann ist in meinem Bericht deutlich, dass vieles in Stiftungen ausgelagert wird. – Zum Beispiel.

Dr. Kurt Pribil: Ja, aber uns und jeder anderen Aufsicht sind da Grenzen gesetzt. Das ist ein Punkt, der auch künftighin adressiert wird. Nur müssen wir da auch sagen, wir wollen zumindest als FMA nicht **generell** Stiftungen verteufeln, weil die auch sehr viel Positives gebracht haben, aber wir sehen das sehr kritisch, wenn sie als nachrangige Instrumente, als Vehikel von Banken benützt werden. Aber da brauchen wir eine andere gesetzliche Bestimmung, denn wir können als Aufsicht – und keine Aufsicht der Welt kann das – nicht außerhalb des Gesetzes operieren und Dinge verbieten.

Ein drittes Element, das ich da herausgelesen habe aus Ihrer Frage, wenn ich es richtig verstanden habe, ist: Wie geht man mit Berichten um? Und da sage ich: Ja, wir sind damals, 2002, nicht adäquat mit diesen Berichten umgegangen. Die sind 2001 eingelegt worden; das ist eine sehr bedenkliche Geschichte. Es sind aber auch bei uns 65 000 oder 62 000 Akten übermittelt worden, und wir mussten uns damals auf die wesentlichen Elemente konzentrieren.

Für mich ist wichtig, dass sich schon seit 2002 ein Kulturwandel vollzogen hat. Wir sind da keine Schläfer. Bitte messen Sie uns auch an den Maßnahmen, die wir 2005 und 2006 bei verschiedenen Banken gesetzt haben! Da sind wir sofort gemeinsam mit der Notenbank in die entsprechenden Banken – nicht nur die BAWAG war das – eingezogen und haben uns auf nichts verlassen. Und auch seit Gründung der FMA ist da der Schulterchluss mit der Notenbank ein wesentlich besserer und effizienterer geworden.

Gewisse Sachen, das habe ich schon angedeutet, haben am Anfang nicht 100-prozentig funktioniert, sie sind aber weitaus besser geworden, und wir sind noch nicht am Ende angelangt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Nur einen Satz, Herr Dr. Pribil: Wenn der Käufer ein Unternehmen um 1,3 Milliarden kauft und sich 1,5 Milliarden Kredit von

dem gleichen Unternehmen aufnimmt, ist das doch nicht ganz üblich, sage ich einmal vorsichtig, denn normal finanziert man zumindest 30 Prozent aus dem Eigenkapital.

Dr. Kurt Pribil: Ich darf auf meine Antwort vom Beginn verweisen, denn wenn man die 1,48 Milliarden Rechnungsverbindlichkeiten an den gesamten Geschäftsbeziehungen mit anderen Banken misst, ist das nicht auffällig.

Die zweite Teilantwort ist: Der Kredit wurde nicht **aufgenommen**, sondern diese Verbindlichkeiten haben sich seit – ich weiß nicht wie vielen – Jahren aufgebaut.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, selbstverständlich, aber da könnte man genauso die Frage stellen: Wieso war der Eigentümer der Verkäuferin damals so blöd und verkauft zu so einem billigen Preis? – Und der Eigentümer war die Republik Österreich! Und das war alles noch vor der Zeit auch des Herrn Dr. Pribil. Und ein schlechter Kaufpreis ist ein schlechter Kaufpreis – vielleicht wird sich alles noch herausstellen, aber: Da kann ja der Dr. Pribil nichts dafür!

Aber in diesem ganzen Komplex, Herr Dr. Pribil – jetzt nehme ich mir das heraus, bevor die Frage weitergeht –, zwei Dinge, damit wir sie nicht vergessen: Zuständig in der Zeit der FMA, wo Sie Behördenleiter waren und im Vorstand gesessen sind, war der Professor Grünbichler! Es gibt zwar immer eine Gesamtverantwortung, aber zuständig war er.

Und jetzt, bitte, noch den Namen des Zuständigen in der Zeit 2002, seit Gründung, bis 2004, der federführend verantwortlich war für die Vorbereitung der Unterlagen zum Thema BAWAG innerhalb der FMA. War das der Dr. Gancz? Wer war das? – Wir wollen den Zuständigen wissen, und zwar: leitenden Angestellten – und nicht Vorstand, da haben wir es schon artikuliert, sondern eine Ebene darunter.

Dr. Kurt Pribil: Das war bis Ende 2003 der Dr. Gancz, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und dann?

Dr. Kurt Pribil: Dann der Dr. Hysek, ab Ende 2003.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wo war der Dr. Hysek vorher? Ist der extern gekommen?

Dr. Kurt Pribil: Davor war Dr. Hysek Bereichsleiter des Bereiches 4, das ist die Rechtsabteilung und Interne Services, glaube ich, war das am Anbeginn.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, also auch kein Externer, der von gar nichts wissen ... (*Dr. Pribil: Auch FMA!*), sondern er war ein Interner.

Jetzt haben wir einmal die Zuständigkeiten. Das ist nämlich schon wichtig in dieser Angelegenheit, wenn man jetzt schön langsam den gesamten Akteninhalt kennt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine Zwischenfrage: Hat Herr Sutter hier keine Rolle gespielt? – im Ausschuss hat er uns gesagt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der war Staatskommissär.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Na ja, schon, das ist schon richtig, das war er im Finanzministerium auch, aber trotzdem war er dortselbst zuständiger Beamter für die BAWAG. – War das in der FMA nicht mehr so?

Dr. Kurt Pribil: Mag. Sutter war Staatskommissär, und Dr. Heilingsetzer war bis Anfang 2003 zuständiger Sachbearbeiter der BAWAG.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Thema ist nämlich relativ einfach. Ich meine, man könnte den Gesamtkomplex ja viel einfacher behandeln – und das wundert mich –, man könnte hergehen und sagen: Ja, wir haben nicht-qualifizierte, unfähige Leute

übernommen, die haben wir schnellstmöglich ausgetauscht. Die Verantwortlichen auf Bereichsebene sind auch ausgetauscht worden, weil sie nicht optimal waren, und Ähnliches mehr. Und weil wir das erkannt haben, dass die schwach waren, haben wir auch reagiert! – Dann stehen Sie als Held da.

So, wie Sie sich verantworten, stehen Sie nicht als Held da, sondern Sie reklamieren praktisch Alleinverantwortung für sich selbst. Das habe ich überhaupt noch nie erlebt – aber bitte. – Kollege Stummvoll, bitte.

Dr. Kurt Pribil: Moment, darf ich da noch kurz darauf replizieren, weil es, glaube ich, auch wichtig ist.

In vielen Bereichen, und gerade im Bereich 3, also im Wertpapierbereich, haben wir qualifizierte Mitarbeiter! Natürlich haben wir bei der Übernahme mit einigen ein Problem gehabt – der Herr Vorsitzende hat das artikuliert –, und genau die drei haben wir auch in Frühpension, in eine Vorpension – ich weiß nicht, wie das jetzt korrekt heißt, Vorruhestand – geschickt, aus mehreren Gründen: zum Teil aus gesundheitlichen Gründen und weil sie die neue Aufsichtskultur schwer mittragen konnten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich weiß, jetzt ist mir Kollege Stummvoll bald böse, aber: Kollege Grünbichler, der damals der ureigenst Zuständige im Vorstand war, hat das nicht so rübergebracht. Der hat in Wirklichkeit gesagt, die sind **nicht** in Frühruhestand geschickt worden. – Aber gut. Das ist genau der Punkt, wo ich sage, ich bitte die Auskunftsperson, auch ganz einfach klar die eigene Meinung und die Wahrheit zu sagen, wie man es selber empfunden hat – ungeschminkt –, und nicht Rücksicht zu nehmen auf vielleicht irgendjemanden, der in der Vergangenheit Böcke geschossen hat, sondern wir wollen die Wahrheit wissen! – Und jetzt ist Kollege Stummvoll an der Reihe.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll: Herr Vorsitzender, ich habe ja nicht zuletzt aus den Gründen, die Sie jetzt erwähnt haben, wissend, gleichsam als Zeitzeuge, wie damals die FMA entstanden ist, sowohl den Professor Grünbichler als auch heute in der ersten Fragerunde den Dr. Pribil gefragt: Na, wie war denn das damals bei der Gründung der FMA?, weil mir natürlich völlig bewusst ist – und ich habe das auch damals ja auch in mehreren informellen Gesprächen als Obmann des Finanzausschusses mit den beiden Vorständen besprochen –, dass es da eine Fülle von Anlaufschwierigkeiten, eine Fülle von Kinderkrankheiten gegeben hat, was ja völlig klar ist, weil man hier eine völlig andere Struktur wählt. Und, ehrlich gestanden, das hat mir auch ein bisschen gefehlt, dass das nicht stärker zum Ausdruck kommt, denn das kann ja jedem von uns so ergehen. Bitte, wenn gesagt wird: Du bist jetzt der Vorstand, hast kein Büro und gar nichts, und jetzt baust du eben das alles auf!, dass da in der Anfangsphase Schwächen, Kinderkrankheiten, Anlaufschwierigkeiten drinnen sind, ist ja, glaube ich, logisch!

Aber das war eigentlich nicht der Grund für meine Wortmeldung. Mir geht es jetzt ein bisschen so wie vorhin dem Hannes Bauer. Ich werde schon zu der konkreten Frageformulierung kommen, aber eines muss ich schon sagen: Wenn ich das jetzt alles so Revue passieren lasse – und wir konzentrieren uns zwar heute, aber nicht insgesamt, nur auf die Jahre 2001 bis 2003 –, dann sind wir, glaube ich, zwar schon nahe dran, aber noch nicht dort, wo wir sein sollten: Dass es da offensichtlich über viele Jahre gelungen ist, ein Netzwerk sehr subtil und sehr geschickt und sehr raffiniert zu entwickeln, das dazu geführt hat, dass diese ganzen „Zufälligkeiten“ passiert sind: dass 1994 ein sehr vernichtender Bericht erfolgt, und dann geschieht sieben Jahre lang nichts; dass 1994 von Lacina Auflagen gegeben werden, und keiner überprüft jemals, ob das eingehalten wird; dass statt Prüfungen Management-Gespräche geführt

werden; dass, auch mit hoch qualifizierten Leuten, dann die entscheidende Fragen nicht im Prüfungsantrag drinnen stehen – das ist ja alles kein Zufall! –; dass betreffend Bankprüfertestate sich nachher herausstellt, dass sie eigentlich nicht hätten gegeben werden dürfen.

Also offensichtlich ist die BAWAG wirklich ein Sonderfall sui generis gewesen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das alles zufällig passiert.

Jetzt meine Frage an den Dr. Pribil – und dann ein Vorschlag für uns. Meine Frage ist: Das ist ja eine kurze Zeit, seit der Gründung der FMA bis heute. Vorher sind zwar noch einmal so viele Jahre gewesen – sieben Jahre vorher, sieben Jahre jetzt. Ist da jemals irgendwie durchgeklungen: Na ja, die BAWAG ist halt ein Sonderfall, die gehört dem ÖGB, da gibt es personelle Verflechtungen und, und, und; drücken wir ein Auge zu und tun wir halt besonders brisante Sachen nicht in Prüfaufträge hinein, oder tun wir statt Prüfungen Managementgespräche führen!? – Diesen Eindruck habe ich nämlich! Wie gesagt, das ist ja offenbar alles sehr subtil und geschickt gemacht worden, aber das gibt es ja nicht, dass das alles Zufälle sind – ich habe hier nur ein paar Beispiele angeführt.

Für uns als Ausschuss, glaube ich, waren wir ursprünglich auf dem richtigen Weg, als wir gesagt haben, wir wollen den Herrn Dr. Pribil mit der Frau Dr. Tumpel-Gugerell haben. Ich komme nämlich schon langsam zum Ergebnis, dass **Einzelbefragungen** uns nicht zum Ziel führen, weil Einzelbefragungen in der Regel naturgemäß so enden, dass jede Auskunftsperson – und ich verstehe das ja menschlich – sagt: In meinem Bereich war alles in Ordnung! Und auf diese Art kommen wir eigentlich nie zu einem Ergebnis.

Ich bitte daher, dass wir in der nächsten Fraktionsführersitzung vielleicht die Frage diskutieren: Wie können wir, vielleicht durch eine andere Anhörungstechnik, einfach dazu kommen, was da wirklich der Grund war?

Aber ich komme zurück zu meiner Frage: War jemals das Gefühl da, die BAWAG ist aus den verschiedensten Gründen ein Sonderfall, da zwinkert wer, da gibt es vorausseilenden Gehorsam oder was auch immer und sagt, na ja, da schauen wir nicht so genau hinein – auch in der Zeit vor der FMA, weil das kann ja alles kein Zufall sein?

Dr. Kurt Pribil: Also: Vor der Gründung der FMA müsste ich spekulieren; das kann ich nicht. Da gibt es natürlich Indizien, wer wo gesessen ist, aber da soll sich bitte jeder selbst ein Bild machen. Und nach der Gründung der FMA sind sicher, aber ex post, Auffälligkeiten – das ist sehr schwer, weil schnell eine Beschuldigung daraus wird –, Auffälligkeiten, dass Prüfler identisch war der Notenbank und Dinge dann hätten auffallen müssen. Vielleicht hat er es auch anders gesehen, aber, wie gesagt, daraus eine Beschuldigung zu machen, ist sehr schwierig.

Es war natürlich auch nicht glücklich, dass genau die Personen in Vorruhestand gegangen sind, die primär mit BAWAG-Agenden zu tun hatten. Aber aus meiner Sicht haben wir nie als FMA, als Institution, da Rücksicht genommen, weil die BAWAG eine Bank der Gewerkschaft ist. Es gab auch umgekehrt überhaupt keinen Grund, die BAWAG anders zu behandeln, nämlich positiver oder schlechter, weil sie eine Gewerkschaftsbank war. Und wie es dann klar war – 2005 ist, glaube ich, auch jeder einzelne Aufsichtsschritt, den wir gesetzt haben, eindeutig belegbar und gemeinsam mit der Notenbank standfest.

Das Problem ist sicher im Jahr 2000, im Übergang 2001/2002 gewesen. Und die Diskussion, die ich sicher anders sehe, und die Einschätzung treffe 2001/2002, als einige Vertreter hier im Untersuchungsausschuss, aber sie weist sicher auf einige Schwachstellen hin in beiden Organisationen, die wir seitdem bereinigt haben.

Aber trotzdem: Mein Ziel ist es, da noch besser zu werden. Und was wir vor allem künftighin brauchen, sind zwei Punkte, die wesentlichsten: Das sind mehr Vor-Ort-Prüfungen, weil nur bei Vor-Ort-Prüfungen – da gebe ich Mag. Stadler Recht – erkennt man Dinge, die man durch Off-Site-Analyse, durch Daten, die die Banken übermitteln, nicht erkennt.

Das Zweite ist: Wir brauchen viel dichtere Follow-Up-Prüfungen, wo wir dann sechs Monate, neun Monate nachher mit den Prüfern hineingehen, aber auch mit unseren Behördenleitern, dass diese Dinge, die heute und in der letzten Zeit auch genannt worden sind, gar nicht mehr passieren können.

Nur trotzdem: Selbst wenn wir doppelt oder dreifach so viele Personen wären, ausschließen kann man nicht, dass eine Bank in der Bank gegründet worden ist. Und das ist heute auch schon ein bisschen zu kurz gekommen: Da gab es wirklich kriminelle Aktivitäten, soweit wir das jetzt nachvollziehen können – es gilt ja noch die Unschuldsvermutung. Und vor dem muss jede Aufsicht ..., da kann sie nicht in jedem Fall reüssieren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ganz kurz Information: Der Herr Verfahrensanwalt hat das jetzt alles durchgecheckt, hat die Vollständigkeitskontrolle gemacht – Original mit dieser Mappe –, sie ergibt folgendes Bild: Es gibt insgesamt fünf solcher Management-Gespräche und fünf Akte, die uns zugegangen sind.

Zu Beilage 1: Es fehlen die beiden Jahresabschlussberichte und der Bankenaufsichtsbericht, diese sind jedoch im November 2006 dem Parlament vorgelegt worden – diesem Ausschuss. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Ich hoffe, das stimmt!*) – Wird behauptet, werden wir nachprüfen.

Zu Beilage 2 und 5: Diese sind vollständig – also das zweite und das fünfte Managementgespräch –, außer den teilweise fehlenden Jahresabdrucken. – Da ist die rechts oben mit Stampiglie versehene Jahreszahl, die bei der Kopie offensichtlich von diesem Hellblau nicht übertragen wird. – Ist nicht wirklich tragisch.

Bei Beilage 3 fehlen die Großkreditevidenz und die Großveranlagung und die Geschäftsfelder.

Bei Beilage 4 fehlen Presseinformation vom 3.8.2004 – das werden wir auch überleben – sowie das Protokoll des Vorstandsgesprächs vom 16.3.2004 – das ist schon wichtiger – sowie Unterlagen zum Managementgespräch vom 27.10.2004.

Ich schlage daher vor, dass ich diese Kopie, die auch vom Verfahrensanwalt unterfertigt worden ist, über die fehlenden Unterlagen Herrn Dr. Pribil mitgebe, dass wir warten, dass das uns noch zur Verfügung gestellt wird.

Hinsichtlich der Mappe wird sie, jetzt einjournalisiert, im Lokal VIII dann abrufbar und gleich für jede Fraktion **ein** kompletter Satz gemacht und heute ausgeteilt. Wenn man mehrere Sätze haben möchte, müsste man sie dann selbst im Lokal VIII neuerlich bestellen. Die Parlamentsdirektion wird sich bemühen – so schnell wie möglich. Ob das heute noch geht, weiß ich nicht.

Darüber hinaus ist jetzt zumindest evident, dass uns doch sehr wesentliche Unterlagen bislang nicht zur Verfügung gestanden sind, die wir auch heute erst bekommen haben, die durchaus sicher andere Fragetechniken – und da greife ich das auf, was Kollege Stummvoll gesagt hat – und überhaupt andere materielle inhaltliche Fragen an verschiedene Auskunftspersonen erfordert hätten. Und aus diesem Grund müssen wir

uns in der Fraktionsführerbesprechung noch einmal überlegen, wer noch aller zu befragen ist, der auch schon hier war.

Ich gehe auch davon aus, dass Dr. Pribil noch einmal kommen wird müssen – oder Dr. Grünbichler – weil im Lichte dieser Unterlagen und auch der heutigen Aussagen seine Aussage am Montag nicht wirklich glaubhaft erscheint und wir ihm jetzt ja ganz andere Vorhalte machen können, bedingt dadurch, dass wir Unterlagen haben.

Das heißt: Im Anschluss an die heutige Sitzung bitte ich noch um eine kurze Fraktionsführerbesprechung, weil wir zumindest besprechen müssen, wann wir die nächsten Fraktionsführerbesprechungen haben und wie die Arbeitsaufteilung für den Wust an Material und Anträgen ist, die wir auf Grund des heutigen Wissensstandes stellen müssen, weil das schon bald von einer Fraktion nicht mehr bewerkstelligt werden kann.

Ich bitte, dass nicht alle gleich nach der Sitzung davonlaufen – die Fraktionsführer! –, damit wir das Procedere absprechen. (*Abg. Dr. Stummvoll: Wann wird das sein ungefähr?*)

Und dann meine nächste Frage. Die Fragerunde ist natürlich noch nicht zu Ende. Dr. Pribil wird auch noch einmal kommen müssen – davon gehe ich aus, es sei denn, es gibt andere Meinungen. Man muss zumindest die Berichte lesen, die wir heute auch bekommen haben, weil dann kann man vielleicht noch fragen oder auch nicht – ich stelle das anheim.

Ich bitte jetzt, rasch die Befragung mit Dr. Pribil fortzusetzen, auch die Antworten wie jetzt zuletzt kurz und prägnant zu halten, damit wir heute mit der Befragung einer Anhörungsperson möglichst in der sechsten, siebenten Stunde fertig sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zwei Dinge nur: Die Frage der Beweisthemen – weil das jetzt immer wieder auch kommt, inwieweit die FMA insgesamt gute oder schlechte Startbedingungen gehabt hat, allenfalls Überführungsprobleme und sonst etwas existierten – sind, glaube ich, insbesondere dann, aber letztlich ja nur dann vom Beweisthema BAWAG umfasst, wenn man aus diesen Umständen heraus das destillieren will. Oft ist das aber so allgemein! Und der Kollege Stummvoll hat da immer sein großes Interesse auf diese Thematik gerichtet. Wenn wir das so handhaben, dann können wir uns am Schluss dieses „Allgemeines“ auch sparen, weil hier in gewisser Weise Vorgriffe passieren und man sich halt um die konkreten Anlassfälle mehr kümmert.

Wir haben ja bei den Beweisthemen hier eine bestimmte Einteilung vorgenommen! Man kommt da sehr schnell ins Philosophische, glaube ich. Ich weiß auch nicht, ob wir uns dann einmal um eine Abgrenzung der Beweisthemen bemühen sollten, weil das immer wieder vorkommt. Das ist nicht einmal eine Kritik, aber möglicherweise fusionieren wir dann die Thematik, auch wenn ich mir selber da vielleicht irgendeinen Bereich dann rauschieße, der mich wieder im Allgemeinen Teil gesondert interessiert hätte. Aber das fällt mir jetzt schon auf.

In der Sache selber wollte ich nur mehr fragen, was diese Aktenübermittlung betrifft: Immerhin ist ja, Herr Dr. Pribil, vorige Woche dieser übermittelt worden – mit Gesprächsprotokollen Elsner, Gancz zum Beispiel. Wieso sind die dann gekommen? Hat der Vorsitzende so gut urgiert – weil einen eigenen Beweisbeschluss hatten wir ja gar nicht mehr gefasst? Wie passiert so etwas? Welche Hoffnungen dürfen wir uns noch machen? (*Dr. Pribil berät sich kurz mit seiner Vertrauensperson.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich sage dazu: Der bankaufsichtliche Prüfbericht – jetzt außerhalb der Frage – ist gemäß Bankwesengesetz ein ganz offizielles Papier, das auch Außenwirkung gegenüber den Behörden hat, weil es dem Finanzministerium, den Aufsichtsräten und ähnlichen Kontrollorganen zur Verfügung gestellt werden muss. Wenn also bis zum heutigen Tag die Meinung vertreten wird, dass ein bankaufsichtlicher Prüfbericht für uns als Ausschuss keine Relevanz hat, dann irrt man sicher in der Sache.

Sie haben sich beraten?

Dr. Kurt Pribil: Wir haben das dann gelegt, weil ich glaube, Gancz hat das in einer Besprechung hier genannt, und in der FMA war damals von ihm dieser Akt und dieses Gespräch eingelegt worden – ohne weitere Maßnahmen. Daher haben wir erst im Sinne meiner Wortmeldungen von zuerst das dann nachgeliefert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In der Sache selber nur noch eine Frage: Da kann ich Sie aber nur nach Wahrnehmungen fragen. Sie waren ja am 17.1.2003 bei dem Managementgespräch nicht dabei. Möglicherweise haben Sie von dort her oder von anderswoher – spielt keine Rolle – über folgenden Vorgang Kenntnis erlangt – und das Bankgeheimnis ist jetzt noch nicht tangiert, weil ich die Frage so formuliere –: Es gibt einen Vorgang, der auch in verschiedenen Aufsichtsstellen immer wieder aktenkundig geworden ist, der seinen sachlichen Ursprung in der Übernahme einer bulgarischen Mobiltelekommunikationsfirma durch ein österreichisches Konsortium hat, wo jedenfalls Schlaff beteiligt ist – inwieweit die anderen direkt oder nur treuhänderisch ..., lassen wir das alles gleich weg! Sie kennen das ja mittlerweile wahrscheinlich.

Ist Ihnen in dem Zusammenhang in Gesprächen oder sonst wie eine Wahrnehmung bekannt, dass die Wirtschaftspolizei – namentlich und vermutlich der Einzige, der Herr Horngacher, also damals Wirtschaftspolizei – dem Aufsichtsrat, jedenfalls aber dem Herrn Vorstandsdirektor Elsner Auskunft über die Geschäftspartner gegeben hat, die in Bulgarien die Eigentumsrechte bei besagter Firma ausgeübt haben? – Haben Sie da irgendetwas wahrgenommen dazu?

Dr. Kurt Pribil: Habe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, ich zeige Ihnen hier nur die ganzen Presseberichte, die Herr Dr. Gancz zum Beispiel bei einem Gespräch mit Herrn Flöttl beziehungsweise mit Elsner vorgelegt hat. Ich finde aber sonst in den Akten auf einmal keine Presseberichte mehr, die Gegenstand waren, eine Prüfung zu veranlassen. Verstehen Sie, was ich damit meine?

Es war so dichtes Material in der Öffentlichkeit vorhanden, dass man nur mit Ignoranz diese Berichte, diese Vorbereitungspapiere dann so lesen konnte, wie Sie uns jetzt versuchen, darzulegen, dass man sie in Ihrer Behörde behandelt hat.

Ich komme zum Kollegen Stummvoll zurück – zweite Vorbemerkung. Kollege Stummvoll hat Recht, ich glaube auch nicht an Zufälligkeiten, und zwar im Lichte dessen, was ich im Jahre 2003 aus den Koalitionsverhandlungen weiß, welche Bankenmacht dort spürbar war, wie man dem Kollegen Böhmendorfer die Zuständigkeit des Konsumentenschutzes entzogen hat – alleine, weil er die Zinsproblematik angeschnitten hat! – Das ist mir jetzt wichtig, dass das beim Protokoll ist.

Ich frage Sie jetzt: Hat es sanfter oder deutlicheren Druck gegeben, oder Druck in irgendeiner Form gegeben, diese Bank in Ruhe zu lassen?

Dr. Kurt Pribil: Nie. Bei mir nie. Und es gab weder Interventionen oder was auch immer, zu sagen, an mich – ich kann ja nur von mir reden – oder in Kenntnis an meine Mitarbeiter, also nach meiner Kenntnis auch nicht an meine Mitarbeiter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist beantwortet. Es hat bei Ihnen keine Intervention und keinen Druck gegeben. – Punkt.

Dr. Kurt Pribil: Darf ich ganz kurz, weil das zuerst ein bisschen als Vorwurf – Ignoranz – gekommen ist. Ich darf schon – und darf das noch einmal wiederholen –: Also, in diesem ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, bitte keine Wiederholungen!

Dr. Kurt Pribil: Keine Wiederholungen, aber es ist ein wichtiger ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es darf ein Abgeordneter durchaus ein Statement abgeben, und das muss von der Auskunftsperson nicht kommentiert werden.

Dr. Kurt Pribil: Gut, dann nehme ich das zur Kenntnis.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Lassen wir das so stehen! Sonst entwickelt sich eine Debatte daraus. *(Dr. Pribil: Gut!)*

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Traumüller hat uns vorgestern ein Gedächtnisprotokoll des Herrn Büttner – ich glaube, Dr. Büttner –, Vorstandsmitglied der BAWAG, übergeben, das dieser am 5. Oktober 2000 angefertigt hat und angeblich dann beim Notar hinterlegt hat.

Wann hat Ihre Behörde von diesem Gedächtnisprotokoll Kenntnis erlangt? Wann ist das bei Ihnen eingelangt? – Ich bitte Sie, sich gerne mit Ihrer Vertrauensperson zu beraten, weil es mir wichtig ist. Ich möchte einfach nur eine substantielle Antwort bekommen. *(Dr. Pribil berät sich kurz mit seiner Vertrauensperson Mag. Traxler.)*

Dr. Kurt Pribil: Ich weiß es nicht genau, das müsste ich nachfragen. Das können wir Ihnen übermitteln, damit ich Ihnen nichts Falsches sage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte, ja. Denn dieses Gedächtnisprotokoll hat es ja in sich. Es ist im Faksimile irgendwo in einem Medium auch erschienen, ich lese Ihnen eine zentrale Passage vor. Erste Passage unter dem Titel „Anmerkungen“ zu einem Vorgang, den er schildert:

„Federführend in der Gestaltung dieser Transaktion sind Zwettler und Nakowitz unter den Vorgaben von E.“ – „E“ wie Elsner. – „Winter, Schatzer, Schmid und Valenta sind eingeweiht und helfen mit.“

Und weiter unten heißt es dann: Elsner „will VizeGov. Gertrude Tumpel über das informieren, damit sie mit diesem Wissen die OeNB-Überprüfung steuern kann. Im Sommer hat er mit ihr schon besprochen, dass im Prüfbericht stehen sollte, die Flöttl Geschäfte sind beendet. Es soll ja nichts von Bildern etc. drinnen stehen, da sonst der ÖGB in den Schlagzeilen stehen könnte (!'Wozu braucht der ÖGB teure Bilder' etc.).“

Ich meine, das ist von einer derartigen Brisanz, dass ich wissen möchte, wann Ihre Behörde davon Kenntnis erlangt hat und was daraufhin geschehen ist. Das ist nichts mehr und nichts weniger als Absprache, die da herauschaut.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Frage beantworten, bitte!

Dr. Kurt Pribil: Also ich kann Ihnen jetzt nicht den Tag genau sagen, aber das war ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zeitraum genügt mir jetzt vorläufig auch schon.

Dr. Kurt Pribil: Das ist jetzt 2007 oder Ende 2006 geschehen, ich glaube 2007, also als Büttner das selbst in den Gesprächen, in den Vernehmungen dann gesagt hat.

Das wussten wir, das kann ich Ihnen definitiv sagen – weil das weiß ich, ich weiß nur nicht genau das Monat in den letzten Ereignissen. Das ist nichts, was wir recherchiert haben, sondern das ist die Konsequenz dessen, was dann Büttner gesagt hat. Das war uns **vorher**, also weder in dem Jahr 2002 noch die folgenden, bekannt. Weil sonst hätten wir natürlich – da haben Sie vollkommen Recht – unmittelbar agieren müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Vernehmungen – sind das Vernehmungen der Finanzmarktaufsichtsbehörde gewesen oder Vernehmungen der Staatsanwaltschaft?

Dr. Kurt Pribil: Das ist nur eine Zusammenschrift von Medienberichten beziehungsweise von Dingen, die wir von der Staatsanwaltschaft erfahren haben, aber das möchte ich jetzt nicht bestätigen. Das ist auf jeden Fall definitiv keine Vernehmung der FMA gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In diesen Medienberichten wird behauptet, er hätte dieses Gedächtnisprotokoll zu Beweis Zwecken bei einem Notar hinterlegt. Haben Sie Herrn Büttner aufgefordert, den Notariatsakt in Kopie oder im Original vorzulegen?

Dr. Kurt Pribil: Nein, das liegt aber alles bei der Staatsanwaltschaft. Das wird die Staatsanwaltschaft tun, das können wir nicht; Büttner können wir gar nicht mehr auffordern, weil der gar nicht mehr unser Aufsichtssubjekt – wenn ich das so despektierlich sagen darf – ist. Er ja nicht mehr Vorstand der BAWAG.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon. Aber er kann auch für seine frühere Geschäftstätigkeit von Ihnen ...

Dr. Kurt Pribil: Ja, aber das liegt bei der Staatsanwaltschaft und wir unterstützen aktiv die Staatsanwalt selbst mit einem Mitarbeiter, der dort abgestellt ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, ob bei der Staatsanwaltschaft – wenn Sie sagen, nein, nehme ich es auch zur Kenntnis – der Original- oder der kopierte Notariatsakt liegt?

Dr. Kurt Pribil: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie heute diese Passage, wie ich sie Ihnen vorgelesen habe, zur Kenntnis nehmen: Haben Sie jetzt den Eindruck – retrospektiv gefragt, weil an dieser Einschätzung liegt mir jetzt viel –, dass es sich tatsächlich bei diesem ganzen Vorgängen nicht um Zufälligkeiten handelt, sondern dass es sich jetzt vor dem Hintergrund dieser Passage, die ich für authentisch halte, tatsächlich um eine subtile Form der Steuerung des Vorganges handelt?

Dr. Kurt Pribil: Darf ich noch einmal den Verfahrensanwalt ...? (*Abg. Mag. Stadler: Bitte! – Dr. Pribil spricht mit Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Unter der Maßgabe, dass diese Passage der Wahrheit entspricht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darum habe ich gesagt, ich halte sie für glaubhaft.

Das ist jetzt eine Einschätzungsfrage. Sie haben immer gesagt, im Nachhinein ist man klüger: Jetzt sind Sie klüger. Ich habe Ihnen eine Passage vorgehalten. Nehmen wir an, dass diese Passage authentisch ist und dass sie der Wahrheit entspricht. Nehmen wir diese beiden Dinge an!

Würden Sie dann sagen, dass es sich tatsächlich nicht um Zufälligkeiten gehandelt hat, wie hier sehr subtil die Prüfung gesteuert wurde?

Dr. Kurt Pribil: Unter der Maßgabe, dass das alles so stimmt, ist es zumindest zu hinterfragen, wieso der Prüfbericht 2001 keinen höheren Stellenwert bekommen hat und eingelegt worden ist. Oder anders ausgedrückt: Heutzutage, wenn wir diesen Prüfbericht bekämen, und das haben wir auch belegt in anderen Fällen, dann ist der erste Punkt, dass wir sofort Druck machen, dass alle Unterlagen auf den Tisch müssen.

Oder anders ausgedrückt: Wenn wir diesen Prüfbericht heute bekämen – und das haben wir auch belegt in anderen Fällen –, dann ist der erste Punkt, dass wir sofort Druck machen, dass alle Unterlagen auf den Tisch müssen. In dem Prüfbericht jetzt nachträglich wurde ja beispielsweise die Liste der Off-Shore-Geschäfte nicht übermittelt. Das heißt, das wäre das Erste, was wir tun, und natürlich sofort Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nach § 39, nach jetzigem Stand. Dieser Prüfbericht ist damals abgeschlossen gewesen und war nicht Teil des Ganzen. Also es ist zumindest zu hinterfragen aus der Kenntnis jetzt ex post, warum das damals so gelaufen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, es steht hier klipp und klar: Im Sommer hat er schon mit ihr besprochen – mit „ihr“ ist in dem Fall Frau Dr. Tumpel gemeint –, dass im Prüfbericht stehen sollte, die Flöttl-Geschäfte sind beendet. – Ende des Zitats.

Da geht es um die Flöttl-Geschäfte. Die sind so allgemein bekannt gewesen, auch der Öffentlichkeit, dass jeder wusste, was Flöttl-Geschäfte sind, Flöttl-junior-Geschäfte.

Das heißt, dass in jedem Fall bereits im Jahre 2000 nach dieser Unterlage der Versuch einer Intendierung des Prüfgeschehens herleitbar wäre. Jetzt frage ich Sie nicht danach, ob man einlegen hätte sollen oder nicht, sondern jetzt frage ich Sie nach den Gesamtumständen. Ich will es Ihnen jetzt gar nicht auflisten, ich nenne Ihnen nur als zweiten auffälligen Gesamtumstand den Umstand, dass der gleiche Prüfer wieder am Werk war, den Umstand, dass zwar Mitarbeiter Vorbereitungsunterlagen anfertigen, aber auf der Vorstandsebene dann nichts geschieht, die ganzen Medienberichte keinerlei Echo erzeugen, diese Auffälligkeiten vor dem Hintergrund dieser Aussage. Würden Sie jetzt in Ihrer retrospektiven Einschätzung meine Einschätzung und die Einschätzung des Kollegen Stummvoll teilen, dass das keine Zufälligkeiten mehr waren?

Dr. Kurt Pribil: Also ich kann zumindest nicht ausschließen, dass einige dieser Punkte ... – Vielleicht nicht alle, ich würde aus Erfahrung sagen, dass nicht alles eine Verschwörung ist, was nur aufgeschoben worden ist, da bin ich mir nicht sicher, aber einige dieser Punkte sind zumindest auch im Nachhinein nachhaltig zu hinterfragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte Ihnen noch ein letztes Dokument vorhalten und Sie fragen, ob Sie eine Kenntnis davon haben, wem diese Paraphe zuzuordnen ist, die hier bei Dr. Heilingsetzer ausgewiesen ist. Wenn Sie sagen, Sie kennen sie nicht, nehme ich es auch zur Kenntnis, aber ich frage jeden da herinnen, der mir potentiell Auskunft darüber geben könnte. Irgendwann finde ich es heraus, wer es war.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es wird Ihnen jetzt ein Unterschriftenvergleich vorgehalten, wo ich Sie bitte zu schauen, ob Sie diese Paraphe kennen und irgendjemandem zuordnen können.

Dr. Kurt Pribil: Ich kenne zu wenig die Paraphe von Heilingsetzer. Also ich kann weder bestätigen, dass sie eindeutig Heilingsetzer zuzuordnen ist, mir ist aber auch niemand anderer bekannt in der FMA oder außerhalb, also in der FMA jetzt von den alten Mitarbeitern her oder aus dem BMF, wo diese Paraphe passen könnte. Nein, ich kann es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben uns fünf Berichte, Akten im Original gebracht. Darf ich Sie bitten, dass Sie sich diese fünf Akten einmal zu sich nehmen und sich nur die fünf Aktendeckel anschauen, und dann sagen Sie mir, was aus Ihrer Sicht am Aktendeckel des Berichts vom Jänner 2003 auffällig ist.

Dr. Kurt Pribil: Dass hier keine „vor Hinterlegung“ und ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Fällt Ihnen irgendetwas auf? Schauen Sie es sich auch im Vergleich zu den anderen an!

Es gibt zwei Auffälligkeiten. Die eine Auffälligkeit ist, dass hier der ganze Verfügungsapparat, Abzeichnungsapparat fehlt.

Dr. Kurt Pribil: Das meinte ich vorhin damit.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist einmal Punkt eins. Und die zweite Auffälligkeit ist, dass die Geschäftszahl in der Jahreszahl geändert worden ist. Und zwar stand ursprünglich das Jahr 2003 dort, und dann wurde händisch ausgebessert auf das Jahr 2002. Warum?

Und der Stempel, der sich rechts oben befindet, ist 2002.

Jetzt stelle ich die Frage: Kann es sein, dass dieser Aktendeckel im Nachhinein angefertigt wurde, derjenige, der das angefertigt hat, weil er es im Jahr 2003 angefertigt hat, irrtümlich „2003“ hingeschrieben hat und man das nachträglich auf „2002“ ausgebessert hat? Schließen Sie aus, dass die Möglichkeit besteht, dass dieser Aktendeckel nicht der ursprüngliche Aktendeckel mit den Verfügungsvermerken ist?

Dr. Kurt Pribil: Darf ich mich kurz beraten?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte. – Mir passiert das nämlich auch im neuen Jahr immer, dass ich im Jänner oder im Februar die falsche Jahreszahl hinschreibe. Ist durchaus menschlich.

Dr. Kurt Pribil: Ich kann Ihnen jetzt nur eine Antwort geben, die ich jetzt in der kurzen Zeit als die wahrscheinlichste erachte, nämlich dass der Akt schon Ende 2002 begonnen hat – darauf weist die hohe Zahl nach dem Strich mit 15 hin – und der Akt 2003 geschlossen worden ist und dass man dann deshalb „2003“ auf „2002“ geändert hat, weil das noch ein Akt war, der 2002 begonnen worden ist und daher drinnen ist. Aber wir können es auch noch einmal recherchieren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es ein Aktenregister bei Ihnen? (*Dr. Pribil: Ja!*) – Ist es nicht so, dass, wenn man einen Akt eröffnet, die nächste Nummer im Akt als Geschäftszahl hergenommen wird? Dann müsste – die hohe Zahl passt schon – „/02“ dort stehen, es steht aber „/03“ dort. Das ist ein Indiz, dass 2003 erst dieser Aktendeckel angefertigt oder gar erst später angefertigt wurde und nachträglich dann händisch das ausgebessert wurde, weil es ja eine Zweier-Geschäftszahl ist und keine Dreier-.

Was war denn der allerletzte Akt in diesem Bereich? Hat man da die letzte Nummer hingeschrieben, könnten Sie uns das beauskunften?

Dr. Kurt Pribil: Das werden wir beauskunften.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was sagen Sie dazu, dass es keine Abzeichnungen gibt am Aktendeckel. Haben Sie ein Qualitätsmanagement, wo das drinnen stehen muss, wie das ausschauen muss?

Dr. Kurt Pribil: Haben wir, natürlich, jetzt überhaupt. Jetzt haben wir alles auf ELAK umgestellt, jetzt gibt es ganz strikte Standards, letztendlich auch deshalb, weil wir gesagt haben, wir haben da vier verschiedene Bereiche und Kulturen, Wertpapieraufsicht, Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht. Das war die alte Kanzleiordnung, und da sage ich auch, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist noch die Kanzleiordnung nach dem Finanzministerium, und da gibt es eine Registratur, und in der Registratur gibt es in Wirklichkeit auch Informationen, wer die Akten wann in der Hand gehabt hat. Darf ich Sie bitten, dass Sie uns alles in Bezug darauf, Tagebuch, Registratur und Ähnliches, das den Aktenlauf zu diesem Akt nachvollziehbar macht, uns schriftlich zukommen lassen. (*Dr. Pribil: Ja!* – Dann habe ich noch eine Frage: In diesem Akt 2003 findet sich ein Bericht, eine Vorbereitungsunterlage, über die heute schon viel gesprochen worden ist, von Ihrer Behörde. Können Sie das nachvollziehen in Ihrer Behörde, wer aller auf welchem Computer ein Exemplar abgespeichert hat? Bitte, das auch schriftlich zu beantworten.

Dr. Kurt Pribil: Die interne Vorbereitung? Das ist dieser Fragebogen. Die interne Vorbereitung für das Management-Gespräch – wer aller es abgespeichert hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, darüber möchte ich gerne eine schriftliche Auskunft haben. (*Abg. Krainer: Wieso wollen Sie diese Auskunft haben?*) Denn das muss der maßgebliche Sachbearbeiter sein, der das Gespräch vorbereitet hat, nehme ich an. (*Abg. Krainer: Das steht eh drinnen, wer es vorbereitet hat!*)

Dr. Kurt Pribil: Aber noch eines, wenn das der Hintergrund Ihrer Frage ist: Wir haben diesen Bericht, was auch umgekehrt im partnerschaftlichen Modell der Fall ist, auch elektronisch an die Notenbank weitergeleitet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich möchte es einmal von Ihnen wissen. Von der Notenbank, wenn Sie es weitergeleitet haben, möchte ich es auch wissen. Die Notenbank-Vertreter werde ich dann schon fragen. Denn wir sind auf der Spur des löchrigen Käses. Und das ist ja auch Thema, das wir hier als Untersuchungsausschuss uns anschauen, von wo Unterlagen wie zum Beispiel SPÖ-Kreditdaten in die Zeitungen und so weiter kommen, denn das dürften immer die gleichen Quellen sein, und das interessiert mich.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Herr Dr. Pribil, zu zwei Indiskretionen hätte ich Sie noch gerne kurz gefragt, und zwar: Ende April fand in Wien eine Besprechung der FMA mit US-Staatsanwälten statt. An diesem Gespräch haben sich nur die FMA und diese US-Staatsanwälte beteiligt. Kurze Zeit später berichten dann „NEWS“ und „profil“ detailliert aus den Akten der US-Staatsanwaltschaft. Was können Sie uns dazu erklären?

Und zweitens wurde im „NEWS“ am 18.5.2006 über den kurz vor der Fertigstellung befindlichen Prüfbericht der OeNB berichtet und bereits über verschiedene Fakten berichtet, die sich später dann im Bericht wiederfinden. „NEWS“ hat diesen Zwischenbericht dann in einer Sonderbeilage fast komplett abgedruckt. Uns liegt von der OeNB ein Innenrevisionsbericht über diesen Vorgang vor. Nach diesem Bericht stammt der an die Medien weitergeleitete Bericht mit großer Wahrscheinlichkeit von der FMA. – Was ist Ihre Ansicht dazu?

Dr. Kurt Pribil: Zur zweiten Frage zuerst, weil, glaube ich, die Meinung vorherrscht, dass das der Prüfbericht ist, der an die FMA gegangen ist und dann in der

Öffentlichkeit erschienen ist, weil die Notenbank das durchnummeriert, ja. Nur auch da und da besonders: Wir sind im Rahmen des § 16 FMABG aufgefordert worden – dieses Recht stand dem Finanzminister zu – eine Vor-Ort-Prüfung zu machen – wir hätten die ohnehin gemacht, aber das war sein Recht, uns aufzufordern – und auch aufgefordert worden, alle Prüfberichte und Zwischenberichte weiterzuleiten.

Wir haben diesen Zwischenbericht auch an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Daher kann ich auch nur sagen, diese Berichte und auch der Bericht, der bei uns durchgegangen ist, dieser Zwischenbericht kann durch andere Quellen an die Medien weitergegeben werden. Auch hier kann ich sagen auf Grund der internen Kontrollen, ich schliesse aus, nachhaltig aus, dass das von uns an „NEWS“ ergangen ist. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es immer wieder Anfragen auch von „NEWS“ gegeben hat und ich das **strikt** zurückgewiesen habe, mit Journalisten von „NEWS“ zu reden oder Unterlagen weiterzuleiten.

Es ist richtig, dass am 20. April 2006 es eine Besprechung mit US-Justizbehörden und auch mit der SEC – das ist die amerikanische Wertpapieraufsichtsbehörde – zum Refco-Komplex gegeben hat, aber bitte nicht alleine, auch unter Beteiligung der Staatsanwaltschaft, der österreichischen Staatsanwaltschaft. Im Rahmen dieses Gespráches sind vor allem von den US-Behörden Unterlagen übergeben worden, und wir haben die in unsere Untersuchung mit einbezogen, und die hat auch die Staatsanwaltschaft zur Verfügung gehabt.

Mehr kann ich dazu nicht sagen. Auch hier gilt, dass das nur ganz wenige Personen waren, die das gehabt haben, eben aus Gründen der Vertraulichkeit auf Grund des Compliance-Bereiches.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe jetzt ein paar Follow-up-Sachen, wo ich ein bisschen hüpfte. Das Erste ist: In der Sitzung am 21. Feber 2007 gab es einen Dialog zwischen Auskunftsperson DDr. Martin Wagner und dem Abgeordneten Stummvoll. Da sagt der Dr. Stummvoll:

„Ihr Vorwurf ist, dass das in die Öffentlichkeit gelangt ist?“ – Da geht es um Indiskretionen prinzipiell.

Darauf Dr. Wagner: „Offensichtlich besteht ein Konnex zwischen Politik und Öffentlichkeit, ein sehr enger.“ – Abgeordneter Stummvoll: „Diesen Schluss, glaube ich, muss man nicht ziehen, weil es gibt ja auch Verdachtsmomente, die man in Wien immer wieder hören kann, dass von der FMA **direkt** durch eine bestimmte Person Dinge an die Öffentlichkeit getragen werden. Das muss nicht über den Umweg der Politik sein. Das wollte ich nur aufzeigen.“

Dr. Wagner: „Das kann ich nicht bestätigen.“

Abgeordneter Stummvoll: „Ist schon recht, aber ich weiß es.“

Ist Ihnen irgendeine Person bekannt innerhalb der FMA, die **direkt** Dinge an die Öffentlichkeit trägt? Oder haben Sie davon schon gehört?

Dr. Kurt Pribil: Nein, definitiv nicht, und ich habe auch gesagt, wir sind drei Personen, die ausschließlich Kontakt mit den Medien halten dürfen: Das sind die beiden Vorstände und der Pressesprecher.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und Dr. Stummvoll hat Sie nie über das, was ich hier zitiert habe, aufgeklärt oder irgendwas in dieser Richtung zu Ihnen gesagt? Ist Ihnen vollkommen unbekannt, wovon er da spricht?

Dr. Kurt Pribil: Ich höre das jetzt zum ersten Mal.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das Zweite ist: Ihnen liegt vor der Akt Management-Gespräch 2003. Könnten Sie bitte einmal die Vorbereitungsunterlage aus Ihrem Haus, von der FMA zur Hand nehmen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Liegt im Original vor der Auskunftsperson.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da gibt es einen Bereich, wo Ihr Haus offensichtlich zu den OeNB-Prüfungen etwas geschrieben hat. Da gibt es eine Überschrift „OeNB-Prüfungen:“. Das hat ja Ihr Haus angefertigt. Könnten Sie mir bitte erklären, wie dieses Wissen ... – Da muss ja irgendjemand etwas wissen, damit er das hier hinschreiben kann, die Sachen, die hier stehen, dazu muss ja ein gewisses Wissen im Haus herrschen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, ich möchte nicht unhöflich sein, aber die Auskunftsperson hat mehrfach schon betont, dass der Kollege Grünbichler zuständiger Referent war, er bei keinem Management-Gespräch dabei war, er auch die Vorbereitungsakten nicht kennt und er daher nur aus der Aktenlage entscheidet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Eben! Das ist ja meine Frage.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir müssen diese Fragen an den Grünbichler stellen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage ist ganz einfach: Ergeben sich aus der Aktenlage, aus dem gesamten Akt, der Ihnen vorliegt, die Informationen, die hier stehen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da müsste er den ganzen Akt jetzt lesen.

Dr. Kurt Pribil: Da müsste ich jetzt den ganzen Akt durchgehen. Ich versuche es trotzdem mit einem ganz kurzen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Verfahrensanwalt, Sie müssen jetzt auch ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann es beantworten: Es ergibt sich nicht aus dem Akt!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Natürlich kann er jetzt versuchen zu rekonstruieren und sich das alles durchlesen, aber das ergibt eine unvollständige, halb vollständige Antwort, und dann ergeben sich kilometerweit neue Fragen, und wir werden nicht weiterkommen. Und jeder glaubt, der Zeuge ist unglaubwürdig, in Wirklichkeit hat er sich nur bemüht, eine Frage, die er **unmöglich** beantworten kann, zu beantworten.

Herr Verfahrensanwalt, wie gehen wir in so einem Fall vor? Die Auskunftsperson kennt den Akt nur auf Grund von Überblickswissen im Nachhinein, auf Grund seiner heutigen Einvernahme. Er kann ja nicht den gesamten Akteninhalt jetzt, als ob er selber den Akt ewig bearbeitet hätte, kennen. – Was sagen Sie dazu?

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Es gibt zwei Grundsätze: An sich soll die Auskunftsperson nur über Tatsachen aussagen, die ihr bekannt sind, und zweitens soll er keine Wertungen und Einschätzungen abgeben. Das ist in beiden Ausschüssen so die Meinung. Ich weiß, wenn man gefragt wird, als höflicher Mensch tut man es trotzdem.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er versucht es. Und daraus wird ihm dann im Nachhinein ein Strick gedreht. Das geht so nicht!

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Ich glaube, es ist besser, wenn der Fragende ihm nicht das Hölzl wirft, das nicht seines ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ja das Hölzl des Herrn Grünbichler, weil der hat den Akt auch nicht angelegt. Ich sage Ihnen nur eines: Aus dem Akt ergibt

sich diese Information, die hier steht, nicht! Diese Informationen, die hier stehen, ergeben sich nicht aus dem Akt! Das heißt, diese Informationen, die hier zu diesen OeNB-Prüfungen stehen, müssen von woanders her sein als vom Akt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Überraschende ist, Herr Krainer, dass Sie das mit dem Brustton der Überzeugung sagen können, ohne bis dato je selbst den Akt komplett gesehen zu haben. Verstehen Sie mich?

Das ist genau das, wo ich sage: Ich kann niemandem etwas vorhalten, was ich nicht einmal selbst kenne, weil diesen Akt haben wir jetzt erst erhalten, und der wird jetzt kopiert. – Das ist unmöglich.

Daher bitte ich Sie, an die Auskunftsperson Fragen zu stellen, die sie zu beantworten in der Lage ist. – Die Beweismäßigkeit und Ähnliches liegt dann bei uns selbst.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe jetzt keine Frage gestellt, ich habe eine Feststellung getroffen. Ich habe keine Frage gestellt. Das war eine Feststellung, und die kann ich sehr wohl treffen, weil Unterschiede zwischen dem, was am Montag hier vorgelegt wurde, und dem, was am Mittwoch hier vorgelegt wurde, bestehen – das ist ein anderer Akt als am Mittwoch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir wissen, da gibt es einen Unterschied.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Diese Unterlagen kenne ich ja, die sind uns ja gestern von der OeNB vorgelegt worden. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist alles unterschiedlich, weil das eine ist von der OeNB an die FMA übergeben worden, und das andere ...!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein! Nicht komplett! – Wie wir mittlerweile auch festgestellt haben, fehlt aus dem OeNB-Bericht – der, der uns von der OeNB zur Verfügung gestellt worden ist, zumindest offiziell zur Verfügung gestellt worden ist, schränke ich jetzt ein, aber auch das, was Sie inoffiziell haben ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe inoffiziell nichts von der OeNB.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na, dann: Offiziell hat er 27 Seiten, und hier – im Akt – sind es weit über 100. Verstehen Sie?

Daher kennen Sie selbst den Akt gar nicht und können daher nicht beurteilen, ob sich aus dem Akteninhalt etwas ergibt. Das können wir beurteilen, wenn wir alle den Akt gelesen haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also, Sie sagen, die Unterlage, die wir gestern bekommen haben – Analyse der BAWAG/P.S.K.-Gruppe für Management-Gespräche ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich Ihnen nur einmal zeigen, wie dick sie in dem Akt ist? (*Obmann Dr. Graf zeigt Abg. Krainer ein Mappe.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mir ist aufgefallen, dass es eine unterschiedliche Formatierung ist, ja. Aber das kann ich nicht von 24 auf 100 Seiten aufblasen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, das ist mit freiem Auge erkennbar: Das alles ist OeNB, wobei man jetzt sagen kann, das ist eine Vorlage, aber das kommt alles aus der OeNB. (*Abg. Krainer: 30 Seiten!*) – 30, und **das** kennen Sie nicht, das gehört dazu. (*Der Obmann reicht Abgeordnetem Krainer eine Unterlage.*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aus dem geht es auch nicht hervor. Das kenne ich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, sowieso. – Das ist vollkommen egal, aber es ist wesentlich mehr da.

Ich würde Sie jetzt bitten: Wenn wir Fragen aus diesem Akt in seiner Gesamtheit stellen, würde ich empfehlen, dass wir als einzelne Fraktionen den Akt einmal selbst lesen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist ohnehin relativ einfach: Das liegt uns seit gestern vor und hat hier 24 Seiten und dort 30. – Das ist die unterschiedliche Formatierung beim Ausdrucken.

Das andere sind Quartalsberichte, aus denen ergeben sich keine Inhalte von Prüfungen.

Und das Dritte ist eine Tischvorlage der Bank selbst; die haben sie erst erhalten, **nachdem** dieses Papier geschrieben wurde.

Ich mache Sie nur darauf aufmerksam: Die Informationen, die hier stehen, ergeben sich nicht aus der Aktenlage.

Ich behaupte ganz einfach, es muss jemand von der FMA, um diese Informationen da hineinschreiben zu können, irgendwelche darüber hinausgehenden Informationsquellen besitzen. Am logischsten ist es wohl, dass die Personen, die dieses Papier erstellt haben, sich den Bericht aus dem Jahr 2001 zur Hand genommen haben. (*Abg. Mag. Stadler: So ist es!*) Das ist das absolut logische Verhalten, um diese Informationen hier herauszuholen, oder andere Informationen, die in ihrem Haus dazu vorliegen. (*Abg. Mag. Stadler: Die beiden Damen ...!*)

Und wahrscheinlich war es zu diesem Zeitpunkt sogar Bestandteil des Aktes. (*Dr. Pribil: Also da müssen Sie dann ...!*) Aber das ist eine Vermutung.

Dr. Kurt Pribil: Noch einmal: Das war am Beginn. Da haben wir fast zur Gänze Mitarbeiter vom BMF übernommen, die natürlich dann weitergearbeitet haben, auch mit der Kenntnis, die sie früher hatten.

Genauso wie die Notenbank-Mitarbeiter, die früher die Prüfung gemacht haben, noch am Tisch gesessen sind. Da müssten Sie die Mitarbeiter konkret fragen.

Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob es nicht doch aus dem breiten Akt hervorgegangen ist – das ist eine sehr spezifische Frage – oder von wo der oder die Sachbearbeiter das zusätzlich noch eingebracht haben. – Das müssten wir uns genau anschauen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist beantwortet. – Sie haben gesagt, wir müssen die zuständigen Sachbearbeiter fragen, ob sie darüber hinaus Informationen gehabt haben. Sie wissen es auf jeden Fall nicht. – (*Dr. Pribil: Nein!*) – Gut, beantwortet. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – Die müssen wir vorladen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Noch eine Frage in eine ganz andere Richtung: Sie haben gesagt, Herr Mayerhofer war ja sowohl 2001 als auch 2003 bei dieser Teil-IT-Prüfung Prüfungsleiter. Das haben Sie gemeint, oder? – Diese Teilprüfung IT-Bereich und Verschmelzung oder Zusammenführung dieser beiden Konzerne. (*Dr. Pribil: Ja!*) – Und er hätte ja auch nachschauen können, ob die Sachen, die 2001 moniert wurden, auch umgesetzt wurden. – Habe ich Sie da richtig verstanden?

Dr. Kurt Pribil: Wir haben – das ist nämlich jetzt, glaube ich, sehr entscheidend, das ist ein wichtiger Punkt – den § 79 BWG, der gemeinsam zu lesen ist mit § ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe Sie nicht nach dem gefragt.

Dr. Kurt Pribil: Nein, das ist aber wichtig. Entschuldigung ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, ich habe Sie gefragt, was Sie vorher hier gesagt haben. Sie haben vorher den § 79 BWG nicht erwähnt.

Dr. Kurt Pribil: Wenn ich das zum Verständnis nicht beantworten darf, dann habe ich meiner bisherigen Aussage nichts Weiteres hinzuzufügen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Habe ich Sie richtig verstanden?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das können Sie selbst beurteilen. Das ist im Protokoll nachzulesen. – Dr. Pribil hat gesagt, er kann seiner bisherigen Aussage nichts hinzufügen.

Wir haben uns am Anfang der Sitzung vorgenommen, keine Wiederholungsfragen zu stellen. (*Abg. Krainer: Nein, es geht ...!*) Das ist eine klassische Wiederholfrage. „Habe ich Sie richtig verstanden ...?“ – Das ist eine klassische Wiederholung! – Bitte eine andere Frage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, das ist eine Einleitung, und es ist ausdrücklich festgelegt worden, man darf eine Einleitungsfrage stellen, auch wenn es eine Wiederholfrage ist, weil ich ja anknüpfen will.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte eine andere Frage!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist etwas, das vor einer Stunde gefragt worden ist, und ich war nicht am Wort und habe eine Nachfolgefrage. Ich muss ja dort anknüpfen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann stellen Sie die Nachfolgefrage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dafür muss ich dort anknüpfen, ob ich das richtig verstanden habe. Wenn er sagt, nein, der Herr Mayerhofer hätte nicht nachschauen können, dann habe ich ihn falsch verstanden.

Dr. Kurt Pribil: Er hätte können. – Er hätte nicht nur können, er hätte auch müssen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie sagen, er muss sich nicht an den Prüfauftrag halten, den er 2003 bekommen hat?

Dr. Kurt Pribil: Das ist jetzt genau der Punkt, wo ich sagen muss: Wenn ein Mitarbeiter der Notenbank aus der Prüfungstätigkeit erkennt, dass es hier eine mögliche Schiefelage gibt, die schwere ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie soll er das erkennen, wenn er die IT prüft?

Dr. Kurt Pribil: Er hat ja vorher – er ist ja schon 2001 ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das hat er Ihnen ja gemeldet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, wenn Sie sich den Kommentar anschauen, sehen Sie, dass Sie nicht Tatsachen unterstellen dürfen und vorhalten dürfen, die in Wirklichkeit gar nicht als Tatsachen vorhanden sind.

Herrn Dr. Pribil ist im Jahr 2001, 2002, 2003 und 2004 **gar nichts** gemeldet worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihrer Vorgängerbehörde hat er das ja gemeldet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht Herrn Dr. Grünbichler!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihrer Vorgängerbehörde hat er das ja 2001 gemeldet.

Dr. Kurt Pribil: Ja. Der hat er den Prüfbericht übersandt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, damit gemeldet. (*Dr. Pribil: Ja!*) Er hat alle seine Wahrnehmungen gemeldet. (*Dr. Pribil: Ja!*) – Das hat er ja getan. Wie kann er 2003 nachprüfen, ob das, was 2001 passiert ist, noch immer so ist, wenn er von Ihnen nicht den Auftrag hat?

Dr. Kurt Pribil: Wenn heute genannt worden ist, dass es da Hinweise für jeden Zeitung lesenden Menschen gibt, dass es da Probleme gibt, dann muss das – für wen denn dann sonst? – mal zehn für den jeweiligen Prüfler gelten, der 2001 und 2003 tätig ist. Für ihn – und ich möchte ihm das auch nicht unterstellen – war offensichtlich kein Problem aus der damaligen Sicht erkennbar.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na, Entschuldigung, darf der Prüfler den Prüfauftrag, den er von Ihnen bekommt, eigenmächtig ausdehnen?

Dr. Kurt Pribil: Der Prüfauftrag – und das habe ich zuerst gesagt – ist ja **gemeinsam** mit der Notenbank erstellt worden und dann von uns herausgegeben worden.

Und wenn irgendjemand an dem Tisch, an dem man gemeinsam gesessen ist, Bedenken gehabt hätte, dass diese Prüfung nicht adäquat ist, sondern dass man noch viel stärker das Risiko-Management im Ausland hätte beleuchten müssen, dann hätte er das sagen müssen. Das wäre seine Pflicht gewesen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat nie gesagt, dass er dieser Meinung war. – Also mir ist das nicht bekannt.

Dr. Kurt Pribil: Der Punkt war, bitte – und da bin ich jetzt beim KoFo, das ist nämlich entscheidend, beim zweiten Koordinationsforum ... – Da war unser Punkt – den habe ich noch gebracht –, die Prüfung vorzuziehen; die Position der Notenbank war aber – durchaus einsichtig, wenn sie nichts anderes gewusst hätte –, die IT-Prüfung beziehungsweise die Verschmelzungsprüfung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, gibt es eine **neue** Frage – oder gibt es nur Wiederholfragen wie bislang schon?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Vorsitzender, ich habe **keine einzige** Wiederholfrage gestellt. (*Abg. Mag. Stadler: Oja!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Alle sind Wiederholfragen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war jetzt eher ein Dialog! (*Abg. Dr. Stummvoll: Das stimmt nicht!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Alle sind Wiederholfragen! Ich sage das ganz deutlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist absolut lächerlich, dieser Vorwurf!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben jetzt knapp 6 Minuten Zeit gehabt und haben keine einzige neue Frage gestellt. Daher frage ich Sie: Gibt es eine neue Frage?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ja unhaltbar, was Sie da behaupten! Das ist ja unglaublich! Das werden wir im Protokoll nachlesen. – Das ist ja absolut unhaltbar, dass das Wiederholfragen wären! Wenn Sie so etwas hier behaupten, muss Ihnen klar sein, das wird protokolliert!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, genau das ist es. – Ich hoffe, dass das alles protokolliert wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber ich habe doch nachgelesen. – Das haben Sie mir doch schon einmal vorgeworfen, und da war überhaupt keine einzige

Wiederholfrage dabei. Lesen Sie das doch noch einmal nach! Das ist doch lächerlich! Das ist absolut lächerlich!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie eine neue Frage?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe viele neue Fragen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Na dann stellen Sie sie bitte!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie unterbrechen mich ja permanent beim Stellen der neuen Fragen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da Sie in der 6. Minute sind, muss ich Sie sowieso unterbrechen. – Aber alle anderen Fraktionen haben ohnehin keine Fragen mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann unterbrechen Sie mich und sagen Sie, es ist jemand anderer dran. Aber behaupten Sie nicht, ich würde nur Wiederholfragen stellen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das behaupte ich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wenn Sie das behaupten, dann belegen Sie mir bitte meine Wiederholfragen, wenn das Protokoll vorliegt. Dass jetzt **keine einzige** Frage neu war, das belegen Sie mir bitte! (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – Besser als „stadlerös“.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf kündigt eine Geschäftsordnungsdebatte an und ersucht Herrn Dr. Pribil, dessen Vertrauensperson sowie die Medienvertreter darum, den Sitzungssaal zu verlassen.

Sodann leitet der Obmann zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung über.

17.00

(Fortsetzung: 17.01 Uhr bis 17.08 Uhr **nichtöffentlich**; Unterbrechung; 17.09 Uhr 17.17 Uhr; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)

17.18

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 17.18 Uhr – die **unterbrochene** Sitzung wieder **auf**, leitet zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über, stellt fest, dass sowohl die Auskunftsperson als auch die Vertrauensperson wieder im Saal anwesend sind – und erteilt Abg. Krainer das Wort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bei der Verschmelzungsbilanz haben Sie gesagt, es ist nicht Ihre Aufgabe, die Bilanzen zu prüfen. – Sind Sie als Behörde für Risikoprüfungen zuständig, was Bilanzen betrifft – wenn Risiken aus der Bilanz ersichtlich sind?

Dr. Kurt Pribil: Grundsätzlich ist eine Verschmelzungsbilanz eine Prüfung der FMA, ob die Bestimmungen eingehalten werden, wie bei einer neuen Konzessionsvergabe. Da wird eben genau gecheckt – und das trifft für die Verschmelzungsbilanz zu –, ob die Bestimmungen des BWG eingehalten werden, ob die Geschäftsleiter fit und proper sind, ob die Eigenmittel eingehalten werden und viele andere Bestimmungen. Das haben wir zu prüfen, aber wir prüfen mit der Verschmelzung **nicht die Bilanz**.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war ja Teil meiner Frage. Ich habe gesagt, mir ist klar, die Wirtschaftsprüfer – haben Sie ja schon gesagt – prüfen diese. – Ich wiederhole keine Fragen, sondern stelle neue: Wenn aus der Bilanz Risiken ersichtlich sind, sind Sie dafür zuständig? (*Dr. Pribil: Ja!*) – Gut. Es hätte auch einfach ein Ja gereicht. Nur, weil es immer heißt, ich frage so lange.

(Abg. Krainer lässt eine Unterlage im Saal verteilen.)

Ich habe hier im Prinzip kurz graphisch die Bilanz der AVB 2005 dargestellt, gleichzeitig mit dem Hinweis auf die Verbindung der AVB zu ihrer Tochter, was den Kredit betrifft – diese Verrechnungsverbindlichkeiten sind ja ein Kredit.

Auf der zweiten Seite haben Sie – Krise Anfang Mai 2006 – das Problem, das sich auf Grund dieser Struktur ergeben hat, nämlich dass der Wert der P.S.K. – also der Anteile an verbundenen Unternehmen – sich gesenkt hat auf Grund der wirtschaftlichen Probleme durch den Refco-Kredit.

Das hat dazu geführt, dass da – oben auf der Graphik – weniger Wert war und dass dann sofort die Verrechnungsverbindlichkeiten – quasi der Kredit – nicht mehr besichert waren, und es bestand Abschreibungsbedarf dieses Kredits. Das hat dazu geführt hat, dass wiederum der Wert der BAWAG in der AVB-Bilanz niedriger anzusetzen war, und das war ein Kreislauf, der dann in Wirklichkeit – buchhalterisch – bei zirka 400 Millionen € statt 1,3 Milliarden € als die Anteile an verbundenen Unternehmen endete. – Ist Ihnen das bekannt? Oder bin ich da ganz falsch informiert?

Dr. Kurt Pribil: Darf ich mich kurz ...?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ob es *Ihnen* bekannt ist! Nicht, ob es Herrn Traxler bekannt ist!

Dr. Kurt Pribil: Ich kann das nur aus meiner Sicht nachvollziehen. Das war letztendlich auch der Grund, warum der Konzern und obendrein die AVB die Eigenmittel nicht einhalten konnten und warum letztendlich ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): ... der Zuschuss von den andern Banken kommen musste?

Dr. Kurt Pribil: ... der Zuschuss kommen musste! Sonst hätte – und das muss man schon sagen – dann die BAWAG die Garantie gegenüber dem ÖGB ziehen müssen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber diese Konstruktion, die auf der ersten Seite dargestellt ist, hat zu dieser Krise und dann zu den Schwierigkeiten 2006 in der Darstellung der Bilanz geführt?

Dr. Kurt Pribil: Aber durch die Verschmelzung ist ja kein Wert verloren gegangen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das weiß ich! Aber stimmt das? Bin ich hier richtig informiert, dass das 2006 ein Problem war?

Dr. Kurt Pribil: Ja. Meiner Meinung nach, soweit ich das jetzt kurz beurteilen kann: ja!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist interessant, weil Dr. Traumüller das in Abrede gestellt hat, als er hier war. Was ich Ihnen hier vorlege, habe ich ihm nicht graphisch vorgelegt, sondern mündlich dargelegt, aber es ist egal, das ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Verfahrensanwalt weist mich darauf hin, dass Dr. Traumüller (*Abg. Krainer: Nicht anwesend ist, ja!*) es *nicht* in Abrede gestellt hat – so wie Sie das jetzt gesagt haben – und daher dieser Vorhalt falsch ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, ich habe das so in Erinnerung. Wir werden dann im Protokoll nachlesen, ob es so stimmt oder nicht. Er war nämlich der

Erste, der das in Abrede gestellt hat, und das hat mich total gewundert, dass ein Vorstand der FMA so etwas in Abrede stellt. Aber vielleicht war es auch so, weil es so spät war.

Mein „Vorwurf“ – unter Anführungszeichen – oder mein Vorhalt ist, dass dieses Problem, dass ich Anteile am Unternehmen habe und gleichzeitig in derselben Höhe – oder sogar ein bisschen höher, aber sagen wir, in derselben Höhe – einen Kredit von diesem mit mir verbundenen Unternehmen habe, an dem ich Anteile halte, strukturell in Wirklichkeit schon bei der Prüfung der Bilanz hätte auffallen müssen und dass da die Alarmglocken hätten schrillen **müssen!**

Das ist mein Vorhalt oder meine Meinung oder meinen **Wertung** der Sache. Deswegen habe ich das hier noch einmal so dargelegt. Meines Wissens hat dann auch diese Konstruktion zu den bilanziellen Schwierigkeiten geführt, zu diesen Eigenkapitalzuschüssen von den anderen Banken und Versicherungen, wobei dann diese zwei Töchter gegründet wurden. Das hat mit dazu geführt.

Dr. Kurt Pribil: Nein! Diese Konstruktion – nein, nicht Konstruktion, sondern diese Zuschüsse des Bundes und die Garantien der Bank wären in jedem Fall eingetreten, soweit ich das jetzt sagen kann. Denn in der Bank war dann in Summe – und das habe ich mit diesen drei Impacts angesprochen – plötzlich nicht nur der Refco-Kredit zu verdauen, sondern auch das Settlement mit den US-Behörden **und** zusätzlich noch die Sanierungen aus den nicht werthaltigen Stiftungsstrukturen. Das heißt, alles drei zusammen hätte in jedem Fall – unabhängig davon, ob man es so konstruiert oder nur einen Bankkonzern gemacht hätte – zu diesem Desaster geführt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Laut Wirtschaftsprüfern waren sie durch diese Haftung werthaltig, diese „Karibik 2“-Verluste, durch die Garantie – also laut Wirtschaftsprüfern. Das Problem war noch nicht der Refco-Kredit. Schwierig wurde es dann mit dem Settlement, aber das war auch noch kein Problem, sondern laut Wirtschaftsprüfern war das Problem der Run auf die Bank im April/Mai.

Dr. Kurt Pribil: Das war auch ein Problem. Aber das Problem war die Eigenmittelkonstruktion! Die Bank wäre – ich darf nur kurz nachschauen, weil ich die Zahlen nicht auswendig weiß – sowohl unten im Bankkonzern als auch oben in der AVB-Bilanz unter das Eigenmittel-Soll gerutscht, und daher hätten wir Anfang Mai die Bank auffordern müssen, die Garantien des ÖGB zu ziehen – unabhängig davon, ob es die AVB-Konstruktion war oder eine andere Konstruktion gewesen wäre.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie gesagt, das ist an und für sich etwas, was meiner Meinung nach hätte auffallen müssen und worüber Sie bereits im September hätten schreien müssen, dass das nicht geht. Ich kann nicht Anteile an einer Firma halten und gleichzeitig diese quasi mit einem Kredit von dieser Firma finanzieren, noch dazu höher als dem, was die Anteile buchhalterisch wert sind.

Dr. Kurt Pribil: Diese Konstruktion ist – und darauf legen wir großen Wert – **nichts** Abnormales! Das wird auch von anderen Banken in Österreich und außerhalb von Österreich bei Verschmelzungen, wie ich gesagt habe, verwendet. Wir hätten auch gar nicht die Möglichkeit gehabt, ohne ausreichende Begründung diese neue Lizenz zu verneinen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, nur fürs Protokoll: Von welchem Jahr sprechen wir? Sie sagten „September“?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir sprechen vom Jahr 2005.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nur fürs Protokoll, damit das in einem Jahr auch noch verständlich ist. – Danke.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja. Also im September 2005 wurde die Verschmelzung und Spaltungsbilanz von der FMA bewilligt.

Ich sage Ihnen auch, dass der Wirtschaftsprüfer hier ausgesagt hat, dass Sie selbst mehrmals schriftlich auch den Vorstand darauf hingewiesen haben, dass das an und für sich nicht geht und dass dieser Kredit möglichst schnell von der AVB quasi zu bezahlen ist, weil diese Konstruktion unsicher ist.

Dr. Kurt Pribil: Entschuldigung – dass ich Sie richtig verstanden habe: Der Wirtschaftsprüfer hat das gesagt?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat das hier im Ausschuss gesagt.

Dr. Kurt Pribil: Welcher?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, das war DDr. Wagner.

Dr. Kurt Pribil: Nur: DDr. Wagner, wenn ich das sagen darf ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sofern mir das jetzt erinnerlich ist, war er es, ja.

Dr. Kurt Pribil: Nur darf ich dazu sagen: DDr. Wagner hat nicht die Verschmelzungsbilanz testiert, sondern das war, soweit ich weiß, Dr. Zöchling als Erstbefugter. Und er hat uns eindeutig gesagt, dass das nichts Außergewöhnliches ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich bringe Ihnen nur zur Kenntnis – ich werte das also nicht – die Aussage von DDr. Wagner. Ganz kurz: Es sind schon einen Reihe dieser Indiskretionen besprochen worden; zwei sind noch offen, die ich auch noch kurz ansprechen möchte.

Das eine ist, dass unseres Wissens am 22. März 2006 die BAWAG Ihnen, der FMA, ein achtseitiges Dossier übermittelt hat, dass dieses Papier ausschließlich der FMA vorgelegt wurde – von der BAWAG – und bereits am 27. 3. in der Zeitschrift „profil“ veröffentlicht wurde.

Haben Sie da Untersuchungen eingeleitet, ob das aus Ihrem Haus gekommen ist? Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, als das passiert ist?

Dr. Kurt Pribil: Das ist genau das Beispiel, das ich eingangs als absoluten Beleg für die FMA vorgebracht habe, dass dieses Dossier von **anderer** Seite hinausgegangen ist. Denn uns hat eine Journalist angerufen und mit dem Inhalt konfrontiert, **bevor** das Dossier noch bei uns war!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay, dann habe ich noch eine Frage. Ich darf Ihnen hier ein Papier vorhalten, mit der Frage, ob Ihnen das bekannt ist.

(Abg. Krainer begibt sich zur Auskunftsperson und legt dieser ein Schriftstück vor.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, fürs Protokoll: Was ist das für ein Papier?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist dasselbe Papier, das Kollege Kogler dem Dr. Traumüller in der letzten Sitzung vorgehalten hat. Das ist ein Dokument aus dem Finanzministerium mit Fragen, wobei der Verdacht im Raum steht, dass das an die FMA gerichtet wurde und sie dieses Schreiben beantwortet hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir werden dann dieses Exemplar, wenn Sie zustimmen, zum Protokoll dazunehmen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, dann brauche ich eine Kopie.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine Kopie davon, ja.

Dr. Kurt Pribil: Das sagt mir jetzt nichts. Nur: Das bezieht sich auf den Rechnungshofunterausschuss, und richtig ist, dass beim Rechnungshofunterausschuss das Procedere schon ein bisschen ein anderes war. Denn da sind wir hier gesessen – der damalige Finanzminister, Heinz Traumüller, ich und Direktor Christl von der Notenbank – und wurden gemeinsam befragt. Ich weiß jetzt nicht, inwieweit dieses Papier kursiert ist. Oder ich kann jetzt auch gar nicht so schnell bewerten, ob das Fragen sind, die an uns gegangen sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie kennen das Papier nicht? – Gut. Oder Sie können sich nicht daran erinnern. (*Dr. Pribil: Nicht erinnern, ja!*) Sie kennen es nicht, und Sie können sich nicht daran erinnern, dass Sie es je gesehen haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn so ein Papier seitens des Finanzministeriums oder des Bundesministers für Finanzen an Ihre Behörde gerichtet wird: Würden Sie das beantworten?

Dr. Kurt Pribil: Darf ich kurz...? (*Dr. Pribil spricht kurz mit seiner Vertrauensperson.*) – Das Papier kennen wir nicht. Aber zur Ergänzung: Wir antworten dem Finanzminister nur dann – und das **müssen** wir dem Finanzminister beantworten –, wenn er eine schriftliche Frage über eine Bank einbringt, über die Entwicklung einer Bank, wenn er darüber Auskunft haben will. Das bezieht sich auf § 16; das tun wir. Ansonsten leben wir ganz strikt und nachweisbar – das war nicht immer einfach, aber nachweisbar – die Unabhängigkeit der FMA.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Um ganz zum Anfang zurückzukommen, diesen schriftlichen Unterfragen nach einer Excel-Tabelle, in der Angaben über die SPÖ-Kredite gespeichert wurden: Wurde diese Excel-Datei – oder Teile davon – an das Kabinett des Bundesministers weitergeleitet?

Dr. Kurt Pribil: Nein. Von mir sicher nicht, und meines Wissens auch sonst nicht. Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Noch einmal: Wenn **das** vom Kabinett des Bundesministers per E-Mail an Sie kommt – und da sind viele Fragen drinnen, die durchaus plausibel sind –, würden Sie so ein Papier beantworten?

Dr. Kurt Pribil: Ich habe das jetzt nur überflogen, ich kenne die Fragen nicht. Wenn es politisch-agitative Fragen sind, dann behandeln wir das sicher nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Lassen Sie diese aus? – Also politisch-agitative Fragen sind nicht drin.

Dr. Kurt Pribil: Das ist eine hypothetische Frage. Da müsste ich jede Frage einzeln ansehen. Wenn es der § 16 impliziert und der jeweilige Minister – ungeachtet seiner politischen Farbe – darauf insistiert, dann **müssen** wir das tun. Aber wir wehren uns dagegen, der verlängerte Arm des Finanzministeriums zu sein, und haben das, glaube ich, auch mehrmals schon gezeigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können wir auf das Papier warten? – Das ist jetzt so schwierig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das wird gerade kopiert, damit wir es dem Protokoll anfügen können. Sie brauchen das Exemplar jetzt?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na ja, es ist dann leichter! Denn er sagt ja zu Recht: Das ist jetzt eine hypothetische Frage, er sieht es nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber er hat schon gesagt – ich möchte daran erinnern –, dass er das Papier nicht kennt. Das alles sind „Was wäre, wenn ...“-Fragen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann frage ich inzwischen etwas anderes.

Es gibt einen Erhebungsbericht des Bundesministers für Finanzen für den Unterausschuss des Rechnungshofausschusses, in dem die Maßnahmen der diversen Aufsichtsbehörden detailliert angeführt sind. Waren Sie in die Erstellung dieses Berichtes in irgendeiner Form eingebunden?

Dr. Kurt Pribil: Das weiß ich nicht. Aber es **kann** durchaus sein, dass wir da die eine oder andere Information gegeben haben. Ich weiß es jetzt wirklich nicht, da müsste ich recherchieren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, es **muss** so sein. (*Dr. Pribil: Ja!*) Denn der Bundesminister kann das ja gar nicht wissen, was er mitgeteilt hat. (*Dr. Pribil: Eben! Genau!*) Und er muss es von Ihnen – würde ich einmal annehmen – erfahren haben.

Dr. Kurt Pribil: Ja. Wir waren auch da und haben sozusagen ... Wenn ich mich richtig erinnere, war er da vor allem als politische Auskunftsperson gefordert, und wir waren als Experten im Unterausschuss geladen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist ein anderer Punkt. Das haben dann schon wir hier gemacht.

Dr. Kurt Pribil: Ich glaube schon – ich kann mich jetzt nicht mehr wirklich daran erinnern –, dass wir ihm da mit Zusatzinformationen, zumindest was klare Schritte unserer Behörde betrifft, geholfen haben. Aber um zu wissen, in welcher Form wir ihm das übermittelt haben, müsste ich nachschauen. Das liegt aber auf.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn so eine Anfrage vom Kabinett kommt: An wen ist die gerichtet? An die Vorstände? Oder an Sachbearbeiter? Gemäß § 60, haben Sie, glaube ich, zitiert?

Dr. Kurt Pribil: Ich glaube, da geht die Kontaktaufnahme in der Regel – das passiert ja nicht so oft – über den Vorstand oder über das Vorstandsbüro.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es müsste also in irgendeiner Form über Ihren Schreibtisch laufen? Oder über Ihren Vorzimmer-Schreibtisch?

Dr. Kurt Pribil: Zumindest über Information des Vorstandes, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, dann würden Sie darüber informiert werden?

Dr. Kurt Pribil: Selbstverständlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, bei diesem Rechnungshofunterausschuss, für den der Bundesminister von Ihnen, und wahrscheinlich nicht nur von Ihnen, sondern auch von der OeNB und von anderen Seiten – oder nicht mehr viel mehr als von Ihnen beiden – die Antworten bekommen hat, erinnern Sie sich jetzt nicht mehr genau daran, wie das war?

Dr. Kurt Pribil: War ich eingebunden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber in irgendeiner Form werden Sie wohl informiert worden sein?

Dr. Kurt Pribil: Auf jeden Fall. Informiert ganz sicher!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Auch wenn Sie sich jetzt nicht im Detail daran erinnern?

Dr. Kurt Pribil: Auch wenn ich mich jetzt nicht im Detail daran erinnere. Also bevor ich etwas Falsches sage ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist in Ordnung! Ich erwarte nicht, dass Sie alles, was vor einem Jahr war, minutiös wissen. – **Das** Papier ist Ihnen **gar** nicht erinnerlich?

Dr. Kurt Pribil: Das ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist noch nicht vom Kopieren wieder da, sondern ich habe in der Zwischenzeit ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieses Papier – es ist schon vorgehalten worden, wir lassen es kopieren, es kommt zum Akt – ist der Auskunftsperson nicht erinnerlich. Das hat sie bereits beantwortet. (*Abg. Krainer: Ja, aber darf ich trotzdem dazu eine Frage stellen?*)

Daher jetzt die Frage: Fällt es Ihnen jetzt ein? Können Sie sich doch daran erinnern? (*Abg. Krainer: Wenn das Ihre Frage ist! Meine wäre es nicht gewesen!*)

Ich stelle jetzt diese Frage: Können Sie sich, wenn Sie es durchlesen, doch daran erinnern, ob Sie das je zu Gesicht bekommen haben?

Dr. Kurt Pribil: Nein! Daran kann ich mich nicht erinnern.

Wir haben sicher das eine oder andere dazu geliefert. Aber **das** Papier ist mir nicht bekannt, und ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich weiß nicht, ob ich hypothetische Fragen stellen darf.

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Die Antworten sind dann auch hypothetisch, und die bringen ja nicht weiter. Er soll über Tatsachen aussagen.

Es ist ja nicht verboten, hypothetisch zu fragen; das sind nur, speziell gesagt, Fangfragen und Suggestivfragen. Aber die Antwort ist dann auch nur hypothetisch. Die Antwort bezieht sich dann nicht auf eine Tatsache, sondern auf eine bloße Einschätzung oder Vermutung. Das ist dann keine Aussage über Tatsachen. Das bringt im Ergebnis nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann frage ich andersrum: Können Sie ausschließen, dass dieses Papier in der Form, wie es hier vorliegt, an Mitarbeiter Ihres Hauses zur Beantwortung weitergegeben wurde?

Dr. Kurt Pribil: Noch einmal: Ich kann mich an dieses Papier nicht erinnern. Ich weiß, dass wir wahrscheinlich ein paar Fragen generell beantwortet haben, aber ich kann mich an **dieses** Papier nicht erinnern.

Wie gesagt, all die Informationen, die **wir** weitergeleitet haben, sind natürlich über den Vorstand und über das Büro des Vorstandes gelaufen, keine Frage. Aber an das Papier konkret kann ich mich nicht erinnern.

Ich habe das nur überflogen. Gerade auf den letzten Seiten sind Fragen, die uns ja überhaupt nichts angehen und die wir auch, weil sie ein bisschen tendenziös wären, nie beantwortet hätten. – Dies jetzt aus dem schnellen Durchsehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay, keine weiteren Fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Keine Fragen mehr? Andere Abgeordnete von der SPÖ: auch keine Fragen mehr?

Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, ist die heutige Einvernahme beendet. Ich danke für Ihr Erscheinen. Sie sind für heute entlassen.

(Die Auskunftsperson Dr. **Pribil** und dessen Vertrauensperson Dr. **Traxler** verlassen den Sitzungssaal.)

Darüber hinaus gibt es auch keine Wortmeldungen mehr.

Damit schlieÙe ich die Sitzung, und wir werden vor der nächsten Sitzung noch kurzfristig eine Fraktionsführerbesprechung akkordieren und dazu einladen. – Ich höre, es ist schon eine anberaumt: Am Montag, den 5. März 2007, 10 bis 11 Uhr, ist Fraktionsführerbesprechung. Ich bitte die Klubsekretäre, diese Sitzung entsprechend vorzubereiten. – Danke.

Die Sitzung ist geschlossen. *(Dr. Engeljehringer/ PD: Ein Schriftführer fehlt! Die Sitzung ist noch nicht geschlossen!)*

Die Sitzung ist noch immer nicht geschlossen, weil wir noch Protokollberichtigungen vorzunehmen haben.

Es sind die Wünsche auf **Protokollberichtigung** aufgelegt. Da bisher kein Einwand an uns herangetragen wurde, schlage ich vor, dass wir diese Protokollberichtigungswünsche – wie wir das auch bisher geübt haben – einfach zum Protokoll dazuhängen, ohne Wertung seitens des Ausschusses. – Danke.

Ein Schriftführer muss noch gewählt werden. – Eine Schriftführung ist gefunden worden? *(Dr. Engeljehringer/ PD: Ja, man holt sie gleich herein! Dann sind wir beschlussfähig!)*

Ich bitte aus gegebenem Anlass die Fraktionen, dafür Sorge zu tragen, dass am Ende einer Sitzung zumindest **ein** Schriftführer anwesend ist.

Wer sind die Schriftführer? – Ich glaube, Kollege Amon und Kollegin Trunk.

Oder wir müssen noch zusätzliche wählen. Ich schlage auch vor, dass Vorschläge für Stellvertretungen eingebracht werden, um beim nächsten Mal weitere Schriftführer zu wählen, damit wir nicht mehr in diese missliche Lage kommen.

Die Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr